

Bericht der Bundesregierung
über die
deutsche humanitäre Hilfe im Ausland
2006 bis 2009

INHALTSVERZEICHNIS

ANLAGEN	4
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	6
1. DEUTSCHE HUMANITÄRE HILFE IM AUSLAND	9
2. KONZEPTION UND RAHMEN DER DEUTSCHEN HUMANITÄREN HILFE	10
3. HUMANITÄRE HILFE DER BUNDESREGIERUNG IN ZAHLEN	16
4. BERICHTSGRUNDLAGEN UND QUELLEN	16
5. DIE HUMANITÄRE HILFE DER BUNDESREGIERUNG – AUFGABENSPEKTRUM UND AKTEURE	17
5.1 AUFGABENSPEKTRUM	17
5.2 AKTEURE	18
5.2.1 <i>Das Auswärtige Amt</i>	20
5.2.1.1 Humanitäre Projekthilfe	20
5.2.1.2 Katastrophenvorsorge	22
5.2.1.3 Humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen	24
5.2.1.4 Freiwillige Beiträge an Internationale Organisationen	27
5.2.1.5 Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe	28
5.2.2 <i>Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)</i>	29
5.2.3 <i>Bundesministerium des Innern (BMI)</i>	32
5.2.4 <i>Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)</i>	33
5.2.5 <i>Weitere Bundesressorts</i>	35
6. HUMANITÄRE HILFE DER BUNDESLÄNDER	36
7. HUMANITÄRE HILFE DEUTSCHER NICHTSTAATLICHER ORGANISATIONEN	36
8. KOHÄRENZ UND QUALITÄT DER DEUTSCHEN HUMANITÄREN HILFE .	37
8.1 KOORDINIERUNGSAUSSCHUSS HUMANITÄRE HILFE	37
8.2 VON DER SOFORT- ZUR ÜBERGANGSHILFE: „LINKING RELIEF, REHABILITATION AND DEVELOPMENT“ (LRRD)	38
8.3 QUALITÄT DER HUMANITÄREN HILFE	39
8.4 OECD DAC PEER REVIEW	41
8.5 ERFOLGSKONTROLLE UND EVALUIERUNG	42

9. HUMANITÄRE HILFE AUF EU-EBENE	43
10. INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT	45
10.1 INTERNATIONALE KOORDINIERUNG.....	46
10.2 ZUSAMMENARBEIT MIT INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN.....	47
<i>10.2.1 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)</i>	<i>47</i>
<i>10.2.2 Welternährungsprogramm (WEP).....</i>	<i>48</i>
<i>10.2.3 Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)</i>	<i>49</i>
<i>10.2.4 Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)</i>	<i>51</i>
<i>10.2.5 Internationale Strategie zur Reduzierung von Naturkatastrophen (UNISDR)</i>	<i>52</i>
10.3. MITWIRKUNG IN INTERNATIONALEN GREMIEN	52
<i>10.3.1 Generalversammlung und Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen</i>	<i>52</i>
<i>10.3.2 Good Humanitarian Donorship Initiative (GHD)</i>	<i>53</i>
11. DIE WELTWEITE HUMANITÄRE HILFE DER BUNDESREGIERUNG VON 2006-2009.....	54
11.1 AFRIKA.....	55
11.2 ASIEN	68
11.3 NAHER OSTEN	76
11.4 ARABISCHE HALBINSEL	78
11.5 AMERIKA.....	79
11.6 EUROPA	81
12. DEUTSCHE HUMANITÄRE HILFE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH	82
13. TRENDS UND HERAUSFORDERUNGEN	83

ANLAGEN

- 1 Humanitäre Hilfe der Bundesregierung nach Ressorts
- 2 Humanitäre Hilfe der Bundesregierung nach Zielländern und Ressorts
- 3 Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts nach Regionen
- 4 Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts nach Ländern ohne Katastrophenvorsorge und humanitäres Minenräumen
- 5 Maßnahmen der Katastrophenvorsorge des Auswärtigen Amts
- 6a Projekte des humanitären Minenräumens des Auswärtigen Amts nach Ländern
- 6b Humanitäres Minenräumen
Wichtigste Geber
- 7 Freiwillige nicht zweckgebundene Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zu Internationalen Organisationen
- 8 Leistungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nach Ländern für Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe (ohne Ernährungssicherung und Katastrophenvorsorge)
- 9a Ernährungssicherungsprogramme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- 9b Katastrophenvorsorge des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- 10 Humanitäre Hilfe der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) nach Empfängerländern (aus Mitteln des AA, BMI, BMZ, der Länder, dritter Staaten und anderen Quellen)
- 11 Hilfseinsätze der Bundeswehr im Ausland
- 12 Humanitäre Hilfe der Bundesländer nach Empfängerländern
- 13 Humanitäre Hilfe der einzelnen Bundesländer
- 14 Humanitäre Hilfe ausgewählter deutscher Hilfsorganisationen
Ausgaben für Hilfsprojekte im Ausland
- 15 Humanitäre Hilfe der Europäischen Union
ECHO - Regionale Verteilung
- 16 Humanitäre Hilfe der Europäischen Union
ECHO – Partnerorganisationen

- 17a Geberstatistik des Entwicklungshilfekomitees (DAC) der OECD
- 17b Geberstatistik internationaler humanitärer Hilfe des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der VN (UN OCHA) – Financial Tracking Service (FTS)
- 18 Hoher Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)
Wichtigste Geber
- 19 Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP)
Wichtigste Geber
- 20 Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Wichtigste Geber
- 21 Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Wichtigste Geber

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ADRA	Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe e.V. (Adventist Development and Relief Agency)
ALNAP	Netzwerk zur Evaluierung von Rechenschaft und Verantwortung in der humanitären Hilfe (Active Learning Network for Accountability and Performance in Humanitarian Action)
ASB	Arbeiter-Samariterbund
BMI	Bundesministerium des Innern
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CARE	CARE Deutschland – Luxemburg e.V. (Cooperative for Assistance and Relief to Everywhere)
CIMIC	Zivilmilitärische Zusammenarbeit (Civil Military Cooperation)
CERF	Zentraler Nothilfefonds der Vereinten Nationen (Central Emergency Response Fund)
COHAFA	EU-Ratsarbeitsgruppe für humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe (Working Party on Humanitarian Aid and Food Aid)
DAC	Entwicklungshilfekomitee der OECD (Development Assistance Committee)
DIPECHO	Katastrophenvorsorgeprogramm der GD ECHO (Disaster Preparedness Programme)
DKKV	Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge e.V.
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DWHH	Deutsche Welthungerhilfe e.V.
ECHO/GD ECHO	Generaldirektion für humanitäre Hilfe der EU-Kommission (Directorate-General for Humanitarian Aid)
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
ENÜH	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe
EU KOM	Europäische Kommission
FAC	Internationales Nahrungsmittelhilfeübereinkommen (Food Aid Convention)
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization)
GHD	Gute humanitäre Geberschaft (Good Humanitarian Donorship)
GICHD	Genfer Internationales Zentrum für Humanitäres Minenräumen (Geneva International Centre for Humanitarian Demining)
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
HAC	Ausschuss für humanitäre Hilfe (Humanitarian Aid Committee)

HELP	HELP Hilfe zur Selbsthilfe e.V.
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
LRRD	Verknüpfung von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklung (Linking Relief, Rehabilitation and Development)
OCHA	Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs)
ODA	Staatliche Entwicklungshilfe (Official Development Aid)
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
SEEBA	Schnelle Einsatzeinheit Bergung Ausland
SEEWA	Schnell Einsatzeinheit Wasserversorgung Ausland
THW	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
UNHCR	Hoher Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees)
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund)
UNISDR	Internationale Strategie zur Reduzierung von Naturkatastrophen (International Strategy for Disaster Reduction)
UNMAS	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Minenräumen (United Nations Mine Action Service)
UNRWA	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
VN	Vereinte Nationen
WEP	Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Zusammenfassung

Die Bundesregierung legt hiermit den Bericht über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland vor. Er umfasst den Zeitraum der Jahre 2006 bis 2009. In diesem Zeitraum hat der weltweite Bedarf an humanitärer Hilfe zugenommen: Naturkatastrophen mit zum Teil erheblichen Opferzahlen sowie die große Zahl von Gewaltopfern, Flüchtlingen und Vertriebenen in Folge politisch komplexer Krisen sind die wichtigsten Ursachen. Aber auch erkennbare Auswirkungen des Klimawandels – wie anhaltende Dürreperioden – oder die Nahrungsmittelpreiskrise haben den humanitären Bedarf in den vergangenen Jahren steigen lassen.

Die Bundesregierung hat ihr Engagement im Bereich der Humanitären Hilfe im Berichtszeitraum deutlich verstärkt. Dies gilt sowohl im Sinne eines wachsenden Volumens der finanziellen Leistungen, als auch im Sinne eines gesteigerten Engagements in den Foren der Vereinten Nationen und der EU, die sich um die Fortentwicklung der humanitären Reform, d.h. insbesondere eine bessere Koordinierung und Effizienzsteigerung der global geleisteten humanitären Hilfe bemühen. Insbesondere ausgebaut wurden das finanzielle und inhaltliche Engagement für humanitäres Minenräumen sowie die Katastrophenvorsorge.

Das deutsche System der humanitären Hilfe beruht auf dem Prinzip der staatlichen Teilfinanzierung von Projekten, die von eigenverantwortlich agierenden Nichtregierungsorganisationen und internationalen Hilfsorganisationen, insbesondere der Vereinten Nationen und der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, entwickelt und durchgeführt werden. Dieses Prinzip hat sich im Berichtszeitraum weiter bewährt. Bei der Mittelvergabe wurde auf eine ausgewogene Verteilung zwischen den vorgenannten Gruppen geachtet. Die Bundesregierung hat sich neben der Bedarfsorientierung auch von den humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit leiten lassen.

Eine im Berichtszeitraum gewachsene Herausforderung für humanitäre Hilfe und Helfer ist deren Sicherheit: aufgrund zunehmender Übergriffe durch unterschiedliche Tätergruppen wurde und wird der humanitäre Raum in vielen Konfliktgebieten eingeschränkt und ist Hilfe oft nur noch teilweise oder aus der Ferne möglich. Dies erfordert zusätzliche Anstrengungen zur Gewährleistung und Respektierung der Neutralität und Unparteilichkeit humanitärer Hilfe ebenso wie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und flexible Lösungen zwischen unterschiedlichen Beteiligten vor Ort.

Eine weitere Herausforderung war und ist der Übergang von humanitärer zur Entwicklungshilfe: vor allem in langfristigen Konflikten oder Flüchtlingssituationen muss humanitäre Hilfe der Gefahr neuer Abhängigkeiten vorbeugen und so früh wie möglich die Voraussetzungen für Selbsthilfe schaffen. Die Bundesregierung trägt dem durch Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe Rechnung.

Ausdruck des gesteigerten finanziellen und konzeptionellen Engagements sind auch verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung und Sicherung der Qualität in der humanitären Hilfe. Dies umfasst eine erhöhte Zahl an Einzel-Evaluierungen, die Förderung internationaler Gutachten und der Weiterentwicklung technischer Standards sowie die Einleitung einer mehrstufigen Evaluierung der gesamten deutschen humanitären Hilfe der Jahre 2006-2009. Mit Ergebnissen ist ab 2011 zu rechnen.

Humanitäre Hilfe aus Deutschland ist weltweit anerkannt. Sie trägt wesentlich zu unserem hohen Ansehen gerade im zivilen Bereich der internationalen Zusammenarbeit bei. Vor allem aber ist sie dem Wohl derjenigen verpflichtet, die nach Naturkatastrophen oder Vertreibung in Not sind. Dies galt und gilt es zu wahren.

Trotz unserer Erfolge: Die aus öffentlichen Mitteln gewährte humanitäre Hilfe aus Deutschland ist im internationalen Vergleich ungeachtet der Steigerungen noch gering. In ihrer Wirtschaftskraft vergleichbare Staaten bringen zum Teil einen höheren Anteil ihrer „Official Development Aid“ (ODA) für humanitäre Hilfe auf. Auch Staaten mit geringerer Wirtschaftskraft (so z.B. die skandinavischen Länder) leisten in einigen Fällen sogar absolut mehr. Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt rangiert in den Geberstatistiken in der Regel um den zehnten Platz, wenn auch seit einigen Jahren mit steigender Tendenz.

Ein steigender humanitärer Bedarf trifft allerdings auf zunehmend schwierige budgetäre Rahmenbedingungen. Daher wird sich die Bundesregierung – national wie international – weiter intensiv für eine Steigerung der Qualität und Effizienz in der humanitären Hilfe einsetzen.

1. Deutsche humanitäre Hilfe im Ausland

Die weltweiten Anforderungen an die humanitäre Hilfe sind im Berichtszeitraum kontinuierlich gestiegen. Naturkatastrophen haben zunehmend schwerwiegende humanitäre Folgen gezeigt. Globale Herausforderungen wie die Wirtschafts- und Finanzkrise, die

Nahrungsmittelpreiskrise, der Klimawandel, fortschreitende Umweltzerstörung sowie Übernutzung natürlicher Ressourcen, Bevölkerungswachstum und Verstädterung erhöhen bestehende Gefährdungen. Allein der Zyklon Nargis in Myanmar und das Erdbeben in der chinesischen Provinz Sichuan forderten 2008 über 225.000 Menschenleben. Lang anhaltende gewaltsame Auseinandersetzungen wie in Afghanistan, Pakistan, im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo gefährden das Leben und die Existenzgrundlage von Millionen Menschen und haben über 42 Mio. Menschen zu Flüchtlingen und Binnenvertriebenen gemacht. Der generell zu beobachtende Trend eines schrumpfenden „humanitären Raumes“, der u.a. darin seinen Ausdruck findet, dass humanitären Helfern der Zugang zu Hilfsbedürftigen verwehrt wird und humanitäre Akteure selbst immer häufiger Opfer von Gewalt werden, erschwert zusätzlich die Aufgabe, wirksam humanitäre Hilfe zu leisten. Als Reaktion auf die gewachsenen Herausforderungen hat die Bundesregierung ihr Engagement in der humanitären Hilfe im Berichtszeitraum deutlich gesteigert und zur Stärkung von Koordinierung und Kohärenz der humanitären Hilfe auf nationaler und internationaler Ebene beigetragen.

Die Bundesregierung ist dabei nur ein Akteur unter vielen: Neben den aus den öffentlichen Haushalten bereit gestellten Mitteln bleiben die Spenden von Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Finanzierungsquelle der humanitären Hilfe. Umgesetzt wird die Hilfe von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen und deren Partnerorganisationen in den betroffenen Ländern sowie von den Vereinten Nationen und der Rotkreuz- und Rothalbmondbeziehung.

2. Konzeption und Rahmen der deutschen humanitären Hilfe

Humanitäre Hilfe dient dem Ziel, bedarfsorientiert Hilfe zu leisten, um Menschenleben zu retten, menschliches Leiden zu vermeiden oder zu lindern und den Menschen ein Dasein in Würde zu ermöglichen, wenn Regierungen und lokale Akteure überfordert, außer Stande oder nicht willens sind, angemessene Hilfe in Notsituationen zu leisten. Die Bundesregierung reagiert mit ihrer humanitären Hilfe je nach Bedarf sowohl auf von Menschen verursachte Krisen (einschließlich bewaffneter Konflikte) als auch auf Naturkatastrophen.

Wichtige Grundlage der deutschen humanitären Hilfe ist der Europäische Konsens über die humanitäre Hilfe vom Dezember 2007, den die Bundesregierung maßgeblich mit initiiert und ausgearbeitet hat. Die „Prinzipien und Gute Praxis Humanitärer Geberschaft“ (Principles and Good Practice of Humanitarian Donorship), die zugleich Grundlage des Europäischen Konsenses sind, sind für die deutsche humanitäre Hilfe wichtiges Referenzdokument und Maßstab.

Im Bereich der zivil-militärischen Koordinierung hält sich die Bundesregierung an die Guidelines on the Use of Military and Civil Defence Assets in Disaster Relief (Oslo Guidelines) und die Guidelines on the Use of Military and Civil Defence Assets to Support UN Humanitarian Activities in Complex Emergencies (MCDA Guidelines), an deren Ausarbeitung sie beteiligt war.

Zentraler Bezugspunkt im Bereich der Katastrophenvorsorge ist der Hyogo Framework for Action, ein im Januar 2005 auf der zweiten Konferenz der Vereinten Nationen zur Reduzierung von Katastrophen in Kobe, Japan, von der Weltgemeinschaft gemeinsam verabschiedeter Rahmenaktionsplan.

Im Bereich des humanitären Minen- und Kampfmittelräumens sind folgende Übereinkommen von übergeordneter Relevanz:

Das VN-Waffenübereinkommen (in Kraft getreten am 2.12.1983)

Das VN-Waffenübereinkommen hat zum Ziel, den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, in erklärten Kriegen und anderen – grenzüberschreitenden und internen – bewaffneten Konflikten zu verbieten oder zu beschränken. Bislang haben 111 Staaten das Übereinkommen ratifiziert und 5 Staaten haben es gezeichnet.

Das Ottawa-Übereinkommen (in Kraft getreten am 1.3.1999)

Mit seinem umfassenden Verbotsansatz und den bindenden Vorschriften zur Räumung von Anti-Personenminen, Gefahrenaufklärung, Lagerbestandszerstörung und Opferfürsorge hat das Übereinkommen aus abrüstungspolitischer wie auch aus Sicht des humanitären Völkerrechts neue Maßstäbe gesetzt.

Das Streumunitionsübereinkommen (tritt zum 1.8.2010 in Kraft)

Der von Norwegen im Februar 2007 außerhalb des VN-Kontextes eröffnete „Oslo-Prozess zu Streumunition“ wurde in Dublin am 30.5.2008 mit der Konsens-Annahme eines Abkommenstextes abgeschlossen. Das Übereinkommen wurde am 3.12.2008 in Oslo von 94 Staaten (darunter auch Deutschland) gezeichnet. Länder mit großen Streumunitionsbeständen wie USA, Russland, China, Indien, Pakistan, Brasilien, Südkorea und Israel sind dem Übereinkommen allerdings nicht beigetreten. Inzwischen haben 106 Staaten das Übereinkommen gezeichnet und 38 (darunter Deutschland am 8.7.2009) ratifiziert.

Auf nationaler Ebene gelten weiterhin die von der Bundesregierung und deutschen Nichtregierungsorganisationen beschlossenen, mit den internationalen Prinzipien in Einklang stehenden Zwölf Grundregeln für die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland.

Die deutsche Förderpolitik stützt sich darüber hinaus auf detaillierte Konzepte und Leitlinien für einzelne Bereiche der humanitären Hilfe, die im Berichtszeitraum entwickelt bzw. weiterentwickelt wurden. Im Einzelnen handelt es sich um das Konzept zur Förderung von Vorhaben der humanitären Hilfe im Bereich der Not- und Soforthilfe sowie das Konzept und die Förderrichtlinie für Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe (ENÜH), das Positionspapier der Bundesregierung zur Katastrophenvorsorge im Ausland, die Leitlinien zur Förderung von Maßnahmen der Katastrophenvorsorge durch das Auswärtige Amt, der Handlungsrahmen für Maßnahmen der Katastrophenvorsorge im Rahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Leitlinien zur Förderung von Projekten der humanitären Minen- und Kampfmittelräumung.

Die wichtigsten Grundlagendokumente der deutschen humanitären Hilfe auf einen Blick

International

Grundsätze

- Europäischer Konsens über die humanitäre Hilfe
- Prinzipien und Gute Praxis Humanitärer Geberschaft (23 GHD-Prinzipien)

Zivil-Militärische Koordinierung

- Guidelines on the Use of Military and Civil Defence Assets in Disaster Relief (Oslo Guidelines)
- Guidelines on the Use of Military and Civil Defence Assets to Support UN Humanitarian Activities in Complex Emergencies (MCDA Guidelines)

Katastrophenvorsorge

- Hyogo Framework for Action

Humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen

- VN Waffenübereinkommen
- Ottawa-Übereinkommen
- Oslo-Übereinkommen

National (jeweils auf Grundlage der oben genannten internationalen Dokumente)

- 12 Grundregeln für die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland
- Konzept des Auswärtigen Amts zur Förderung von Vorhaben der Humanitären Hilfe
- Konzept und Förderrichtlinie für Maßnahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Positionspapier der Bundesregierung zur Katastrophenvorsorge im Ausland
- Leitlinien zur Förderung von Maßnahmen der Katastrophenvorsorge durch das Auswärtige Amt
- Handlungsrahmen für Maßnahmen der Katastrophenvorsorge im Rahmen der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Leitlinien des Auswärtigen Amts zur Förderung von Projekten der humanitären Minen- und Kampfmittelräumung

Wesentliche Kennzeichen der deutschen humanitären Hilfe sind:

- Die deutsche humanitäre Hilfe verfolgt keine politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen staatlichen Ziele, sondern folgt ausschließlich dem humanitären Imperativ. Sie orientiert sich an den humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit.
- Deutsche humanitäre Hilfe ist strikt an den Erfordernissen der jeweiligen humanitären Notlagen orientiert.
- Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich die zentrale koordinierende Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System der humanitären Hilfe sowie die zentralen Elemente der humanitären VN-Reform. Deshalb sind die konsolidierten Finanzierungsaufträge des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der VN (OCHA) für die Bundesregierung wichtige Entscheidungsgrundlagen.
- Die Bundesregierung sieht es als ihre Aufgabe und Verantwortung als Geber an, sich selbst ein Bild des bestehenden humanitären Bedarfs und der dabei erforderlichen Prioritätensetzung zu machen und entsprechend zielgerichtet Finanzierungsentscheidungen zu treffen. Dies gilt sowohl global als auch bezogen auf einzelne Krisen.
- Die Bundesregierung nutzt das Instrument der Projektförderung, um einen Beitrag zur Deckung spezifischen prioritären humanitären Bedarfs zu leisten, und ist im Fall akuter humanitärer Krisen in der Lage, schnell und zielgerichtet zu reagieren.
- Die Bundesregierung schafft durch die frühzeitige Bereitstellung zweckungebundener Beiträge und durch Planungsgespräche am Jahresanfang für die internationalen Organisationen eine verlässliche Planungsgrundlage. Sie ermöglicht dem Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen durch die Bereitstellung von Mitteln für den VN-Nothilfefonds CERF (Central Emergency Response Fund), zentral auf Finanzierungsdefizite in akuten und unterfinanzierten Krisen zu reagieren.

- Die Bundesregierung sieht die Vielfalt der humanitären Akteure und die Ausprägung von Spezialisierungen unter den humanitären Akteuren als besondere Stärke des humanitären Systems an und arbeitet mit einer großen Zahl humanitärer Akteure zusammen. Aufgrund völkerrechtlicher Mandate, besonderer Leistungsmerkmale oder Spezialisierungen leisten die Organisationen des VN-Systems und der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie die Nichtregierungsorganisationen jeweils unverzichtbare Beiträge zum Schutz und zur Hilfe für von Katastrophen betroffene Menschen.
- Die leistungsstarken deutschen humanitären Nichtregierungsorganisationen sind eine wichtige Säule der humanitären Hilfe. Durch ihre Zugehörigkeit zu internationalen und lokalen Netzwerken mit Partnerorganisationen unmittelbar in den Krisengebieten leisten sie nicht nur kostengünstig und effektiv humanitäre Hilfe, sondern fördern gleichzeitig den Aufbau von Fähigkeiten der Partner und Strukturen vor Ort.
- Die Bundesregierung praktiziert in der Zusammenarbeit mit den humanitären Akteuren einen partnerschaftlichen Ansatz. Dieser findet u.a. im regelmäßigen Dialog zwischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe sowie in Strategie- und Steuerungsgesprächen seinen Ausdruck. Auf internationaler Ebene setzt sich die Bundesregierung für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen allen humanitären Akteuren ein.
- Die Bundesregierung strebt eine sinnvolle und wirksame Verknüpfung von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklung (Linking Relief, Rehabilitation and Development, LRRD) an.
- Durch die Anwendung des „Do no harm“-Prinzips sollen in allen Phasen der humanitären Hilfe unerwünschte negative Projektwirkungen, etwa auf die Umwelt, vermieden werden.
- Die Bundesregierung misst der übergreifenden Aufgabe der Katastrophenvorsorge auch im Rahmen der humanitären Hilfe hohe Bedeutung bei. Ziel ist es, schon im

Vorfeld von Naturkatastrophen die Notwendigkeit humanitärer Hilfsmaßnahmen durch gezielte Vorsorge zu verringern.

3. Humanitäre Hilfe der Bundesregierung in Zahlen

Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Gesamtausgaben der Bundesregierung im Feld der humanitären Hilfe im Zeitraum vom 1.1.2006 bis 31.12.2009. Die Bundesregierung hat in diesem Zeitraum insgesamt rund 925,5 Mio. Euro weltweit für humanitäre Hilfe bereit gestellt. Daraus wurden Projekte der humanitären Not- und Soforthilfe und der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe finanziert, zudem die freiwilligen, zweck-ungebundenen Beiträge der Bundesregierung an den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), das Welternährungsprogramm (WEP), das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und das Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) (Anlage 1).

Zu diesen Leistungen kommt der Anteil hinzu, den Deutschland als mit ca. 20% bei weitem größter Beitragszahler zum Haushalt der EU an der humanitären Hilfe der Europäischen Kommission (GD ECHO) geleistet hat.

4. Berichtsgrundlagen und Quellen

Dieser Bericht basiert neben den Informationen und Übersichten, die von den beteiligten Bundesministerien, Bundesländern und Nichtregierungsorganisationen bereit gestellt wurden, auf einer Reihe weiterer Quellen. Wichtigste Quellen waren Berichte der Vereinten Nationen, u.a. die Jahresberichte des Generalsekretärs, die Weltkatastrophenberichte der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, Publikationen des UNHCR zu Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen sowie Jahresberichte sonstiger internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, ferner Berichte deutscher Auslandsvertretungen. Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf Einzelnachweise im Textteil verzichtet.

Der Bericht wird aufgrund eines Antrags aller Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 1992 (BT-Drucksache 12/2776) und eines Beschlusses des Bundestages vom 30.

September 1993 (BT-Drucksache 12/5430) für jede Legislaturperiode erstellt und schließt sich an vorhergehende Berichte an, die die Zeiträume ab dem Jahr 1965 behandelten (BT-Drucksachen 8/2155, 9/2364, 10/6564, 11/7508, 12/7737, 14/3891, 15/2019 und 16/3777).

5. Die humanitäre Hilfe der Bundesregierung – Aufgabenspektrum und Akteure

5.1 Aufgabenspektrum

Im Rahmen der humanitären Hilfe nimmt die Bundesregierung folgende Aufgaben wahr:

Humanitäre Not- und Soforthilfe

Die humanitäre Not- und Soforthilfe zielt unmittelbar darauf ab, Leben zu retten und menschliches Leid zu lindern. In akuten Notsituationen setzt sie als Soforthilfe unmittelbar nach Eintritt der Krise ein mit dem Ziel, die akute Not zu lindern. Als Nothilfe deckt sie darüber hinaus auch in länger dauernden humanitären Krisen den lebensnotwendigen Bedarf ab, z.B. von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Typische Maßnahmen sind Projekte zur medizinischen Notversorgung, Hygienemaßnahmen, Maßnahmen der Trinkwasserversorgung und Bereitstellung von Notunterkünften und anderen Hilfsgütern („non-food items“). Aufgrund ihrer Zielrichtung sind Maßnahmen der Not- und Soforthilfe in der Regel auf sechs Monate befristet. Sie können jedoch bei anhaltendem Nothilfebedarf fortgeführt werden.

Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe (ENÜH)

Die Maßnahmen der ENÜH haben das Ziel, die Lücke zwischen der humanitären Not- und Soforthilfe und der auf strukturelle Wirkungen angelegten Entwicklungszusammenarbeit zu schließen. Ihre Zielrichtung ist eine doppelte: Den von der Not betroffenen Menschen soll möglichst effektiv und schnell geholfen werden. Außerdem sollen die ersten Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung nach der akuten Krise geschaffen werden. ENÜH umfasst Maßnahmen zur kurzfristigen Sicherstellung der Ernährung durch Nahrungsmittelhilfe wie auch Ernährungssicherungsprogramme, zur Schaffung bzw. Wiederherstellung der sozialen und infrastrukturellen Grundversorgung, zur Stärkung der Selbsthilfekräfte der betroffenen Frauen und Männer und Hilfen für Flüchtlinge. Die Projektlaufzeit beträgt in der Regel zwischen sechs Monaten und drei Jahren.

Humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen

Das humanitäre Minen- und Kampfmittelräumen zielt darauf ab, in von Minen und Blindgängern betroffenen Ländern das Leben der gefährdeten Menschen unmittelbar zu sichern, das Leiden der Bevölkerung zu mindern und sozio-ökonomische Auswirkungen zu verringern. Betroffene Länder werden beim Räumen von Minen und Blindgängern unterstützt, die Bevölkerung über bestehende Gefahren unterrichtet und Opferfürsorge geleistet. Zudem werden die betroffenen Staaten in der Erfüllung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem „VN-Waffenübereinkommen“, dem "Ottawa-Übereinkommen" und zukünftig dem „Oslo-Übereinkommen“ unterstützt. Projektförderung wird in der Regel für ein Jahr gewährt, wobei eine Anschlussförderung dann vorgesehen wird, wenn die Projekte den Aufbau von nationalen und lokalen Strukturen sicherstellen sowie die Nachhaltigkeit gewährleisten.

Katastrophenvorsorge

Durch Katastrophenvorsorge können die Folgen von Naturkatastrophen bereits im Vorfeld abgemildert und menschliches Leid sowie materielle Schäden reduziert werden. Die Bundesregierung tritt für die Stärkung der Katastrophenvorsorge weltweit und der darauf gerichteten politischen Prozesse ein, dies insbesondere im VN- und EU-Kontext. Sie fördert konkrete Projekte in Regionen mit hohem Katastrophenrisiko. Angestrebt wird der Auf- und Ausbau von Strukturen und Verantwortlichkeiten auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene.

5.2 Akteure

Innerhalb der Bundesregierung ist das Auswärtige Amt federführend für die humanitäre Hilfe im Ausland. Die Haushaltsmittel zur Förderung humanitärer Hilfe haben im Berichtszeitraum bei zwei Ressorts der Bundesregierung gelegen: beim Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das sich zur Umsetzung humanitärer Hilfsmaßnahmen auch der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bedient.

Daneben beteiligen sich an der humanitären Hilfe der Bundesregierung komplementär das Bundesministerium des Innern (BMI) als Dienstherr des Technischen Hilfswerks THW, subsidiär das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und mit Einzelaspekten das

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Staatliche Stellen sind dabei in der deutschen humanitären Hilfe regelmäßig Mittelgeber und sind unterstützend in der Koordinierung im Inland und Ausland tätig. Nur in selteneren Fällen sind Bundesstellen selbst Durchführer von Hilfsmaßnahmen. Letzteres trifft auf den Katastrophenschutz und namentlich das Technische Hilfswerk zu. Insbesondere im Falle einer Natur-, Technologie- oder Umweltkatastrophe kann der Katastrophenschutz mit seinen möglichen Vorteilen in Bezug auf Schnelligkeit, Spezialisierung, Effizienz und Wirksamkeit besonders in der Frühphase der Katastrophenhilfe einen wertvollen Beitrag zu humanitären Maßnahmen leisten. Werden Katastrophenschutzressourcen bei humanitären Krisen eingesetzt, erfolgt der Einsatz jeweils bedarfsorientiert, zusätzlich (komplementär) zu humanitärer Hilfe und im Einklang mit den international anerkannten Grundsätzen und Leitlinien zur humanitären Hilfe.

Unter ganz besonderen Umständen und ebenfalls im Einklang mit den international anerkannten Grundsätzen und Leitlinien zur humanitären Hilfe kann bei der humanitären Hilfe auch auf militärische Mittel und damit den Einsatz der Bundeswehr zurückgegriffen werden, und zwar vor allem zur logistischen Unterstützung und Infrastrukturunterstützung im Zusammenhang mit Naturkatastrophen. Um die Abgrenzung zwischen militärischen Operationen und Maßnahmen im Rahmen der humanitären Hilfe nicht zu verwischen, dürfen militärische Mittel und Fähigkeiten nur unter sehr genau festgelegten Umständen und auch nur dann zur Unterstützung humanitärer Maßnahmen herangezogen werden, wenn diese das „letzte Mittel“ sind, d.h. wenn die zivilen Mittel keine vergleichbare Alternative bieten und nur durch den Einsatz militärischer Mittel, die hinsichtlich Fähigkeiten und Verfügbarkeit einzigartigen Charakter haben, eine dringend benötigte humanitäre Hilfeleistung erbracht werden kann. Dieses Vorgehen der Bundesregierung befindet sich in voller Übereinstimmung mit dem Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe.

Kleinere Hilfsprojekte werden auch von den deutschen Auslandsvertretungen in Eigenverantwortung oder in Zusammenarbeit mit örtlichen nichtstaatlichen Organisationen geplant und durchgeführt.

5.2.1 Das Auswärtige Amt

Die vom Auswärtigen Amt im Berichtszeitraum eingesetzten Mittel flossen in Projekte der humanitären Not- und Soforthilfe, einschließlich der vom Auswärtigen Amt wahrgenommenen Katastrophenvorsorge und des humanitären Minenräumens. Für humanitäre Not- und Soforthilfeprojekte und Projekte des humanitären Minenräumens setzte das Auswärtige Amt auch Mittel der Stabilitätspakte Afghanistan und Südosteuropa ein. Ferner waren beim Auswärtigen Amt die Mittel für zweck-ungebundene Beiträge an den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und das Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) sowie - seit 2008 - der deutsche Beitrag zum VN-Nothilfefonds CERF budgetiert. Insgesamt hat das Auswärtige Amt von 2006 bis 2009 395.971.357 Euro für humanitäre Hilfe bereit gestellt (Anlage 1).

5.2.1.1 Humanitäre Projekthilfe

Der zentrale Haushaltsansatz des Auswärtigen Amts für humanitäre Hilfe findet sich in Kapitel 0502 Titel 687 72 "Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe". Hieraus werden Projekte der humanitären Not- und Soforthilfe, der Katastrophenvorsorge und des humanitären Minenräumens sowie der deutsche Beitrag zum VN-Nothilfefonds CERF finanziert. Im Berichtszeitraum wuchs der Ansatz des Titels kontinuierlich an: 2006: 50 Mio. Euro, 2007: 50 Mio. Euro, 2008: 95,6 Mio. Euro, 2009: 102,4 Mio. Euro. Dieser Aufwuchs ermöglichte eine deutliche Steigerung des Engagements des Auswärtigen Amts in der humanitären Hilfe.

2007 und 2008 hat das Auswärtige Amt zudem insgesamt 3 Mio. Euro aus Mitteln des Stabilitätspakts Afghanistan für Projekte der humanitären Not- und Soforthilfe eingesetzt. 2007 bis 2009 hat das Auswärtige Amt darüber hinaus mit jeweils rund 1,5 Mio. Euro Not- und Soforthilfeprojekte aus dem Stabilitätspakt Südosteuropa in dieser Region finanziert. 2006 wurden zu diesem Zweck noch 3,3 Mio. Euro verwendet.

Insgesamt finanzierte das Auswärtige Amt im Berichtszeitraum 1.362 Projekte der humanitären Hilfe. Maßgeblich für die Bewertung und Bewilligung von Einzelprojekten

war und ist das „Konzept zur Förderung von Vorhaben der Humanitären Hilfe“ des Auswärtigen Amtes. Wesentliche Elemente dabei sind die Zielsetzung der Überlebenssicherung von Menschen in akuten Notlagen, die Beachtung der humanitären Prinzipien sowie die Anerkennung der koordinierenden Rolle der Vereinten Nationen. Ebenfalls zum Ausdruck kommt das Subsidiaritätsprinzip, demzufolge Hilfe nur dort unterstützt wird, wo die Regierungen des Gaststaates dies selbst nicht ausreichend können.

Gefördert wurden insbesondere Vorhaben nach Naturkatastrophen wie Erdbeben, Wirbelstürmen oder Überschwemmungen sowie in politisch komplexen Krisen mit in der Regel hohen Flüchtlings- und Vertriebenenanzahlen. Typische Fördermaßnahmen umfassen die Bereitstellung von Trinkwasser, Notunterkünften, Decken, einfachen Hilfsgütern, Zusatznahrung sowie medizinische Versorgung. Der regionale Teil (Kapitel 11 enthält ausführliche Hinweise zu den regionalen Krisen und jeweiligen Fördermaßnahmen).

In Reaktion auf sich verändernde Anforderungen und Sicherheitslagen hat das Auswärtige Amt im Berichtszeitraum sein Förderkonzept kontinuierlich weiterentwickelt. Dies trägt auch der Fortentwicklung der humanitären Hilfe im internationalen Kontext Rechnung. Die humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes entspricht dem Förderspektrum der GD ECHO und dem Tätigkeitsfeld der humanitären Akteure der VN, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und der Nichtregierungsorganisationen.

Insbesondere Flüchtlingssituationen und die Lage von Vertriebenen, die mit ungewisser zeitlicher Perspektive Aufnahme in Lagern finden, unterstreichen zunehmend die Notwendigkeit, auch Bildungskomponenten ("emergency education") in das Förderspektrum aufzunehmen. Maßnahmen, die bereits in der Notsituation und ersten Phase der Versorgung einen Anschluss an Bildungsmöglichkeiten ermöglichen, sollen dazu beitragen, "verlorene Generationen" zu vermeiden und den Betroffenen bereits in der Krise eine Perspektive zu ermöglichen.

Schnelligkeit ist ein wesentlicher Aspekt der humanitären Hilfe. Zur Verkürzung von Transportwegen und auch Kostensenkung bestehen international Anstrengungen, zur Vorbereitung auf humanitäre Krisen Logistikzentren einschließlich Lager z.B. für Nahrungsmittel in Regionen aufzubauen, die von wiederkehrenden Naturkatastrophen betroffen sind. Vor diesem Hintergrund hat das Auswärtige Amt im Berichtszeitraum auch

die Möglichkeit der Finanzierung von Ersatzbeschaffungen und Lagerhaltung von Hilfsgütern in sein Förderkonzept aufgenommen.

Aufgrund zunehmend komplexer Bedingungen für die humanitäre Hilfe kommt sowohl der konzeptionellen Weiterentwicklung der Hilfe als auch der praktischen Vorbereitung humanitärer Helfer eine wachsende Bedeutung zu. Aus diesem Grund hat sich das Auswärtige Amt sowohl an der Finanzierung entsprechender Studien, zumeist im VN-Kontext, als auch am Kapazitätsaufbau der durchführenden Hilfsorganisationen beteiligt.

Angesichts zunehmender Risiken und auch gezielter Übergriffe auf humanitäre Helfer gilt ähnliches für die Finanzierung von Sicherheitskosten wie Schutz von Personal und Infrastruktur sowie angemessene Kommunikationsmittel, ohne die ein sicheres Arbeiten in vielen Einsatzgebieten nicht mehr möglich ist.

Die Anlagen 3 und 4 geben einen Überblick über die Breite der vom Auswärtigen Amt geförderten Maßnahmen der humanitären Hilfe.

5.2.1.2 Katastrophenvorsorge

Die Stärkung der Katastrophenvorsorge im Ausland ist eine Querschnittsaufgabe sowohl der humanitären Not- und Soforthilfe als auch der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe und letztlich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung der Katastrophenvorsorge erfolgt dementsprechend durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wobei die Aufgabenteilung dem Charakter der jeweiligen Haushaltstitel folgt.

Das Auswärtige Amt hat im Berichtszeitraum seine Mittel für Projekte der Katastrophenvorsorge mehr als verdreifacht und insgesamt über 16 Mio. Euro bereit gestellt. Das Auswärtige Amt reserviert heute 10% seiner Mittel der humanitären Projekthilfe für die Katastrophenvorsorge. Damit hat es eine im internationalen Kontext als vorbildlich geltende Zielgröße erreicht.

Das Auswärtige Amt fördert vor allem kurz- und mittelfristige Projekte. Schwerpunkte der Förderung lagen in besonders gefährdeten Küstenregionen ärmerer Länder, in denen die

Systeme von Katastrophenvorsorge und -management besondere Lücken aufweisen. Unterstützt wurden u.a. Projektmaßnahmen, die auf Grundlage einer Gefährdungsanalyse, die zur Bewusstseinsbildung beiträgt, Verhaltensweisen entwickeln und trainieren sowie die Gefahrenmomente reduzieren, zum Beispiel durch die Einrichtung von Frühwarnsystemen und Festlegung von Evakuierungswegen und Einrichtung von Sammelpunkten. Auch Ausbildung in erster Hilfe und Hilfe zur Selbsthilfe bei der Bergung von Opfern wurde gefördert. Ferner finanziert das Auswärtige Amt regelmäßig praxisorientierte internationale Trainingskurse, u.a. des Geoforschungszentrums Potsdam, für Seismologen aus von Erdbeben besonders betroffenen Staaten und so genannte „Train the Trainers“-Kurse für Multiplikatoren in den gefährdeten Regionen. Eine detaillierte Übersicht befindet sich in Anlage 5.

Das Auswärtige Amt arbeitet eng mit dem in Bonn ansässigen Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) zusammen. Das DKKV ist die nationale Plattform der Bundesregierung für die Umsetzung und Erreichung der internationalen Zielsetzungen des Hyogo Framework for Action für die Zeit 2005 bis 2015. Es gilt als nationales Kompetenzzentrum und hat u.a. wegweisende Studien zur Umsetzung des Hyogo Frameworks erstellt. Zusammen mit dem Sekretariat der Internationalen Strategie zur Reduzierung von Naturkatastrophen der VN (UNISDR) ist das DKKV wichtiger Partner bei der Bildung länderübergreifender Netzwerke zur Verhinderung von Katastrophen sowie bei der Zusammenarbeit auf regionaler Ebene und bei der Stärkung von Regionalorganisationen.

Auf politischer Ebene konnte das Auswärtige Amt 2006 mit der Ausrichtung der dritten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stehenden Early Warning Konferenz in Bonn das internationale Profil Deutschlands im Bereich Katastrophenvorsorge weiter ausbauen. 2007 machte die Bundesregierung die Förderung der Katastrophenvorsorge zu einem humanitären Schwerpunktthema ihrer EU-Ratspräsidentschaft. Mit dem Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe vom Dezember 2007 bekennt sich die EU zur Katastrophenrisikoverringern und Katastrophenvorsorge in Entwicklungsländern. Die Bundesregierung hat dies bei der Entwicklung des Konsenses unterstützt und sich aktiv in die Ausarbeitung der daraus entstandenen EU-Strategie zur Katastrophenvorsorge in Entwicklungsländern eingebracht.

5.2.1.3 Humanitäres Minen- und Kampfmittelräumen

Das Auswärtige Amt unterstützt weltweit Projekte der humanitären Minen- und Kampfmittelräumung und hat seit 1992 ca. 183,5 Mio. Euro für Projekte in 42 Staaten aufgewendet. Vorhaben der humanitären Minen- und Kampfmittelräumung, der Gefahrenaufklärung und der Opferfürsorge werden in der Regel in Vertragsstaaten des Ottawa-Übereinkommens und zukünftig des Streumunitionsübereinkommens gefördert. Ausnahmen sind dann möglich, wenn Minen und Blindgänger ein besonders drängendes humanitäres Problem darstellen. Für Abrüstungsmaßnahmen, etwa die Zerstörung von Lagerbeständen, stehen dagegen nach der Zweckbestimmung des Haushaltstitels keine Mittel zur Verfügung. Geographische Schwerpunkte im Berichtszeitraum waren Afghanistan, die Balkanregion, Angola, Kambodscha, Tadschikistan, Sudan, Vietnam und Laos. Im Berichtszeitraum betrug die Fördersumme unter Einschluss der Mittel aus den Stabilitätspakten Afghanistan und Südosteuropa insgesamt 61.985.725 Euro (Anlage 6a). Dabei war eine Steigerung der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 13,9 Mio. Euro 2006 auf 17 Mio. Euro 2009 zu verzeichnen. Hinzu kommen Projekte des BMZ für Opferfürsorge in Höhe von etwa 2,3 Mio. Euro im Berichtszeitraum. Die Bundeswehr unterstützt das Minen- und Kampfmittelräumen durch Expertise und die punktuelle Abstellung von Fachpersonal.

Deutschland ist dem „Übereinkommen über das Verbot und den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken“ (VN-Waffenübereinkommen), dem „Ottawa-Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung“ und dem „Übereinkommen über Streumunition“ beigetreten und setzt sich mit Nachdruck für die Implementierung und Universalisierung der Übereinkommen ein. Gemäß den vertraglichen Verpflichtungen unterstützt die Bundesregierung Minen- und Kampfmittelräumung weltweit.

Das in wenigen Jahren durch das Ottawa-Übereinkommen Erreichte ist beachtlich:

- 156 Staaten sind beigetreten
(seit 2005 sind 13 neue Vertragsstaaten hinzugekommen).

- Die Opferzahlen sind im Berichtszeitraum annähernd konstant geblieben (2006 = 5.751; 2008 = 5.197).
- Der Handel mit Anti-Personenminen ist faktisch zum Erliegen gekommen.
- Der Einsatz von Anti-Personenminen durch Nationalstaaten ist stigmatisiert.
- Lediglich zwei Länder (Russland, Myanmar) sollen 2008 noch Anti-Personenminen eingesetzt haben. Darüber hinaus wurden durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen Anti-Personenminen in sieben weiteren Ländern eingesetzt.
- Wichtige Länder, die dem Übereinkommen nicht beigetreten sind (Russland, China, USA), haben ein Exportmoratorium verfügt.
- Ca. 44 Mio. Anti-Personenminen aus Lagerbeständen wurden bislang zerstört.
- Ca. 2,2 Mio. Anti-Personenminen wurden bisher geräumt (zusätzlich wurden ca. 250.000 Anti-Fahrzeugminen und ca. 17 Mio. explosive Kampfmittelrückstände geräumt).

Nach Einschätzung des Landmine-Monitor-Berichts 2009 sind zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Ottawa-Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung weltweit noch ca. 3.000 km² Fläche mit Minen kontaminiert. 2008 wurden 160 km² Fläche geräumt. Damit ist das globale Landminenproblem erheblich geringer als ursprünglich angenommen. Selbst die VN gehen davon aus, dass es eher in Jahren als in Jahrzehnten gelöst werden kann (Rede des VN-Generalsekretärs anlässlich des ersten internationalen Landminentages am 4.4.2006). Die Größe der Fläche, die durch explosive Kampfmittelrückstände (nicht zur Wirkung gelangte Munition (Blindgänger) und Fundmunition konventioneller Bauweise) verseucht ist, ist nicht bekannt. Jedoch wurden 2008 270 km² Fläche geräumt.

Rund 70 Länder gelten nach wie vor, wenngleich in sehr unterschiedlichem Umfang, als betroffen. In besonderem Maße trifft dies auf Afghanistan, Kambodscha, Kolumbien, Irak, Angola, Bosnien und Herzegowina, Äthiopien und Sudan zu. Die Zahl der Unfallopfer durch Landminen und explosive Kampfmittelrückstände ist wegen des schlechten Berichtswesens in vielen Entwicklungsländern nicht mit letzter Genauigkeit zu beziffern. Weltweit wurden 2008 5.197 Unfälle berichtet. Nachweislich wurden von 3.078 Fällen 1.641 (53%) durch Landminen, 1.227 (40%) durch explosive Kampfmittelrückstände, 125

(4%) durch Streumunition und 80 (3%) durch Sprengfallen verursacht (Landmine Monitor Report 2009).

Von den 70 kontaminierten Staaten sind 38 Staaten Mitgliedsstaaten des Ottawa-Übereinkommens. Gemäß diesem haben die Mitgliedstaaten die Verpflichtung, innerhalb von 10 Jahren nach der Ratifizierung alle bekannten Minenflächen innerhalb ihres Territoriums zu räumen. 16 Staaten sind dieser Verpflichtung bisher nachgekommen. Von 19 Vertragsstaaten mit Fristablauf in 2009 haben auf dem 9. Vertragsstaatentreffen (9MSP) des Ottawa-Übereinkommens in Genf 16 Staaten einen Antrag auf Fristverlängerung gestellt. Das Vertragsstaatentreffen nahm als wichtigste Entscheidungen am 28.11.2008 die Verlängerungsanträge für Minenräumfristen nach Art. 5 des Übereinkommens von 15 Staaten in „General Agreement“ und ohne Einzelabstimmung an, zum Teil aber mit wichtigen Auflagen (für ein Land wurde die Entscheidung auf 2010 verschoben).

Nach bewaffneten Konflikten stellen Landminen und Blindgänger neben dem humanitären Problem häufig ein Hindernis beim wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau dar. Die – begründete oder im Einzelfall vielleicht auch unbegründete – Angst vor Landminen und Blindgängern kann das Leben ganzer Gemeinden nachhaltig beeinträchtigen. Straßen werden aus Furcht nicht mehr benutzt, Felder nicht mehr bestellt oder abgeerntet. Die Beschaffung von Wasser und Feuerholz wird zu einer Gefahr insbesondere für Frauen, die in vielen betroffenen Ländern die Hauptlast bei der Versorgung der Familien tragen.

Da die meisten betroffenen Staaten nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um das Problem in eigener Zuständigkeit lösen zu können, ist internationale Unterstützung nach wie vor geboten.

Durch das Engagement des Auswärtigen Amtes, gemeinsam mit dem BMZ und dem BMVg, hat sich die Bundesregierung auf dem Feld der humanitären Minen- und Kampfmittelräumung international gut positioniert und ist als einer der weltweit größten und verlässlichsten Geldgeber seiner exponierten Rolle bei der Umsetzung und weiteren Verbreitung der Übereinkommen gerecht geworden. In der Rangfolge der Geber 2008 nimmt Deutschland mit 18,1 Mio. Euro Platz Sieben nach der Europäischen Union (60,8 Mio. Euro), den USA (57,7 Mio. Euro), Japan (35 Mio. Euro), Kanada (29,3 Mio. Euro), Norwegen (24,9 Mio. Euro) und den Niederlanden (19,2 Mio. Euro) ein (Anlage 6b).

Im Bereich des humanitären Minen- und Kampfmittelräumens arbeitet das Auswärtige Amt mit dem United Nations Mine Action Service (UNMAS), dem eine koordinierende Funktion innerhalb der Vereinten Nationen übertragen wurde, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sowie dem Geneva International Center for Humanitarian Demining (GICHD) als wichtigsten Partnern zusammen.

5.2.1.4 Freiwillige Beiträge an Internationale Organisationen

Das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und das Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) sind für die Bundesregierung zentrale Partner in der humanitären Hilfe. Die Anforderungen an diese Organisationen sind im Berichtszeitraum mit den wachsenden Herausforderungen in der humanitären Hilfe weltweit kontinuierlich gestiegen.

Mit freiwilligen, nicht zweckgebundenen Beiträgen unterstützt das federführende Auswärtige Amt die Organisationen bei der Aufrechterhaltung ihrer organisatorischen Strukturen am Hauptsitz und in den Ländern, in denen sie operativ tätig sind, und versetzt sie damit in die Lage, ihre mandatsgemäßen Aufgaben wahrnehmen zu können. Nicht zweckgebundene Beiträge, insbesondere wenn sie frühzeitig im Haushaltsjahr bereit gestellt werden, geben den – fast ausschließlich auf freiwillige Beiträge angewiesenen – Organisationen eine verlässliche Planungsgrundlage für ihre Operationen und versetzen sie in der Lage, auch auf kurzfristig auftretenden Bedarf an Schutz- und Hilfsmaßnahmen schnell reagieren und auch solchen Bedarf abdecken zu können, der nicht in ausreichendem Maß die Aufmerksamkeit der Gebergemeinschaft genießt.

Freiwillige, nicht zweckgebundene Beiträge eröffnen der Bundesregierung zugleich über die Mitgliedschaft in den entsprechenden Aufsichts- oder Beratungsgremien Mitwirkungsmöglichkeiten einschließlich Kontroll-, Beratungs- und auch Mitentscheidungsfunktionen, die je nach Organisation unterschiedlich ausgestaltet sind.

Im Berichtszeitraum erhielten der UNHCR, UNRWA und OCHA aus dem Kapitel 0502 Titel 687 67 insgesamt 44,81 Mio. Euro an freiwilligen, nicht zweckgebundenen Beiträgen

(Anlage 7). Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Stand des letzten Berichts der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland für den Zeitraum 2002 bis 2005 von 41,7 Prozent/13,19 Mio. Euro. Zusätzlich erhielten die Organisationen Projektfördermittel. Zur Tätigkeit der einzelnen Organisationen einschließlich des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) s. Ziffer 10.2.

5.2.1.5 Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe

Das 1998 geschaffene Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt wurde im Berichtszeitraum von Günter Nooke ausgeübt. Aufgabe des Beauftragten ist es, Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte und der humanitären Hilfe zu verfolgen und dem Bundesminister des Auswärtigen Vorschläge zur Gestaltung der deutschen Politik zu machen.

Der Beauftragte beteiligte sich am nationalen und internationalen Dialog zu Fragen der humanitären Hilfe. Er hielt Kontakt zu den relevanten Akteuren auf europäischer und internationaler Ebene, beispielsweise zur GD ECHO, zu UNRWA, dem UNHCR, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Der Beauftragte nahm an Sitzungen des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe teil und stand in Kontakt mit humanitären Hilfsorganisationen. Im Zentrum des Austausches mit den Hilfsorganisationen standen Fragen der humanitären Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten, der Schutz humanitärer Helfer und humanitäre Beiträge der Bundeswehr.

Zu den Aufgaben des Beauftragten gehörte es auch, die deutsche humanitäre Hilfe darzustellen. Er vertrat die Bundesregierung vor dem Bundestagsausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, sofern Belange des Auswärtigen Amts betroffen waren. Der Beauftragte nutzte Auslandsreisen, um das humanitäre Engagement und den Stellenwert der humanitären Hilfe zu unterstreichen. Er besuchte Projekte der humanitären Hilfe, führte Gespräche mit Menschen in humanitären Notlagen und überzeugte sich von der Wirksamkeit der deutschen Hilfe vor Ort. Der Beauftragte sprach den beteiligten Hilfsorganisationen Wertschätzung und Anerkennung für ihre Arbeit unter häufig schwierigsten Bedingungen aus. Reisen mit humanitärem Fokus führten ihn im Jahr 2006

in den Sudan/Darfur, im Jahr 2007 in die Demokratische Republik Kongo und in die Russische Föderation/den Nordkaukasus. Ein Schwerpunkt der Reisetätigkeit im humanitären Bereich war die Lage von Flüchtlingen. 2008 besuchte der Beauftragte ein Flüchtlingslager für aus Myanmar geflohene Angehörige der Karen-Minderheit in Mae Sot/Thailand und ein Lager für mehrheitlich somalische Flüchtlinge in Kharraz/Jemen. In Bangladesch besuchte er 2009 ein Flüchtlingslager der Rohingya an der Grenze zu Myanmar.

5.2.2 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung verfügt zur Erfüllung seiner Aufgaben über die Haushaltsmittel in Kap. 2302, Titel 687 20 und Titel 687 23 (Beteiligung am VN-Welternährungsprogramm (WEP) - zum Ansatz des WEP siehe Absatz 10.2.2).

Die Mittel der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe (ENÜH) wurden im Berichtszeitraum für die kurz- bis mittelfristige Schaffung oder Wiederherstellung der Lebensgrundlagen bedürftiger Menschen im Kontext von Krisen, Konflikten oder Katastrophen eingesetzt. Dazu gehören Maßnahmen zur Ernährungssicherung, zur Schaffung einer sozialen und infrastrukturellen Mindestversorgung (z. B. Beschaffung von Feldbearbeitungsgeräten und Saatgut, Bohren von Brunnen, Anlage sanitärer oder infrastruktureller Einrichtungen), die Betreuung und Rückführung von Flüchtlingen sowie Maßnahmen zur Vorbeugung bzw. Bearbeitung von Konflikten und zur entwicklungsorientierten Katastrophenvorsorge.

Die Nahrungsmittelhilfe umfasst sowohl Nahrungsmittelnothilfe als auch Nahrungsmittelhilfe im Übergang von krisenhaften Situationen zu stabileren Verhältnissen. Die Bundesregierung erfüllt mit den in diesem Kontext bereitgestellten Nahrungsmittelhilfen ihre (freiwillige) Verpflichtung aus dem internationalen Nahrungshilfe-Übereinkommen (Food Aid Convention, FAC) in Höhe von 56,242 Mio. Euro.

Durch den kurz- bis mittelfristigen Ansatz des Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfetitels werden erste Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung nach der akuten Krise geschaffen – damit nehmen die Maßnahmen eine Verknüpfungsfunktion zwischen der humanitären Not- und Soforthilfe und langfristiger Entwicklungszusammenarbeit ein (gemäß dem „Linking Relief, Rehabilitation and Development“-Ansatz, LRRD).

Der Ansatz des Titels hat sich im Berichtszeitraum signifikant erhöht (2006: 93,5 Mio. Euro, 2007: 91,5 Mio. Euro, 2008: 103,5 Mio. Euro, 2009: 129 Mio. Euro) und ermöglichte damit ab 2008 eine unmittelbare Reaktion auf die Nahrungsmittel- und Energiepreiskrise sowie auf die weltweit gestiegenen Anforderungen im Hinblick auf die Bewältigung von Katastrophen- und anderen Notlagen.

Insgesamt hat das BMZ im Berichtszeitraum rund 417,89 Mio. Euro für 535 Projekte der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe aufgewandt. Darunter waren 56 Ernährungssicherungsprojekte im Umfang von rund 58 Mio. Euro.

Eine Übersicht über die Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe des BMZ enthalten die Anlagen 8, 9a und 9b.

Die Umsetzung und Koordinierung der Hilfsmaßnahmen erfolgte durch gemeinnützige deutsche Nichtregierungsorganisationen (Deutsche Welthungerhilfe, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Caritas Verband, Diakonie Katastrophenhilfe, Help, CARE, Malteser, Mediothek, Kindernothilfe) auf Basis einer zweckgebundenen Zuwendung auf Grundlage der Förderrichtlinie zum ENÜH-Titel. Weitere Kooperationspartner waren internationale Organisationen wie das Welternährungsprogramm (WEP), der Hohe Flüchtlingskommissar der VN (UNHCR) und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie die GTZ.

Schwerpunkte der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe

Schwerpunkte des Engagements der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe im Berichtszeitraum waren Naturkatastrophen, wie die Zyklone „Nargis“ (Myanmar) und „Sidr“ (Bangladesch und Indien) 2008 sowie Taifun „Ketsana“ 2009 im asiatischen und

pazifischen Raum, in denen Nahrungsmittelnothilfe und Wiederaufbauhilfe geleistet wurden.

Aufgrund der akuten Nahrungsmittelpreiskrise 2008 wurde in 17 bedürftigen Ländern zusätzliche Nahrungsmittelhilfe in einem Umfang von ca. 23 Mio. Euro geleistet. Besonders betroffen dabei war Äthiopien, da dort die Krise mit einer extremen Dürre zusammenfiel. Weitere stark betroffene Länder waren: DR Kongo, Burundi, Mali, Afghanistan, Myanmar, Nordkorea, Tadschikistan. Anlage 9a enthält eine Übersicht über die Ernährungssicherungsprogramme des BMZ im gesamten Berichtszeitraum.

Ein weiterer Fokus lag auf Projekten der Reintegration und Wiederansiedlung von Flüchtlingen, Rückkehrern und Binnenvertriebenen.

In Gebieten, in denen militärische Konflikte und Bürgerkriege die soziale und kommunale Infrastruktur zerstört hatten, wurden insbesondere Maßnahmen zur Sicherung der Lebensgrundlagen der betroffenen Menschen in Verbindung mit Maßnahmen der Konflikt- und Krisenprävention gefördert. Länder mit solchen Konflikt- bzw. Post-Konflikt-Situationen waren in den vergangenen Jahren vor allem der Sudan, die DR Kongo und Somalia, aber auch Sri Lanka und Kolumbien.

Regional lag der Schwerpunkt in Afrika südlich der Sahara (über 50% der Gesamtausgaben). Neben Projektmaßnahmen nach bewaffneten Konflikten wurde insbesondere Nahrungsmittelnothilfe in durch Dürren betroffenen Gebieten geleistet, oft in Zusammenarbeit mit dem WEP.

In Asien wurden 2009 insbesondere in Pakistan nach Kampfhandlungen für Binnenvertriebene Nahrungsmittelhilfen i.H.v. 10 Mio. Euro über das WEP geleistet. Ein besonderes Engagement der vergangenen Jahre lag nach wie vor in Afghanistan. Aufgrund der weiterhin instabilen Lage des Landes wurde entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe geleistet, und dadurch das Land in seinem Bemühen unterstützt, die Lebenssituation der Bevölkerung zu verbessern und zu stabilisieren. Dabei wurde vor allem der Wiederaufbau in Nordafghanistan gefördert mit Maßnahmen zur Wiederherstellung und Stabilisierung von Basis- und landwirtschaftlicher Produktionsinfrastruktur, der Gemeindeentwicklung, der Einkommensschaffung sowie durch Rehabilitations- und Reintegrationshilfen.

Seit 2007 wurden im Rahmen der ENÜH auch gezielt Projekte zur Katastrophenprävention gefördert (ca. 27,2 Mio. Euro im Berichtszeitraum, siehe Anlage 9b). Der Fokus lag hierbei vor allem auf besonders gefährdeten Entwicklungsländern, die wiederkehrend Naturkatastrophen ausgesetzt sind. Zielsetzung dabei war und ist es, die Gefährdung der betroffenen Bevölkerung in künftigen Katastrophen zu mindern. So zielen mehrere Projekte im asiatischen und pazifischen Raum auf ein verbessertes Katastrophenrisikomanagement hin. Auch in Haiti wurden Maßnahmen zum katastrophenpräventiven Wiederaufbau unterstützt. Um den Dürren im afrikanischen Raum zu begegnen, wurden, beispielsweise in Mosambik, Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserverfügbarkeit durchgeführt.

2009 unterstützte das BMZ auch die GFDRR (Global Facility for Disaster Reduction and Recovery) mit einer Einzahlung von 6 Mio. Euro. Dieser Fonds, der 2006 mit Unterstützung der Weltbank gegründet wurde, hat das Ziel, die geförderten Länder dabei zu unterstützen, Strategien der Katastrophenvorsorge in deren nationale und lokale Entwicklungspläne zu integrieren. Damit leistet er einen maßgeblichen Beitrag zur Umsetzung des 2005 vereinbarten Hyogo Framework for Action, welches auf der VN-Geberkonferenz in Kobe verabschiedet wurde.

5.2.3 Bundesministerium des Innern (BMI)

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) ist im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern die Katastrophenschutz- und Einsatzorganisation des Bundes.

Das THW wird von ehrenamtlichem Engagement getragen. In dieser Struktur ist es einmalig in der Welt. Bundesweit engagieren sich in ihrer Freizeit ca. 80.000 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich.

Das THW verfügt über hoch spezialisierte Einheiten, die den Anforderungen auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes in jeder Hinsicht gewachsen sind.

Nach dem Gesetz über das Technische Hilfswerk (THW-Gesetz) gehört die technische Hilfe im Auftrag der Bundesregierung im Ausland zum Aufgabenspektrum des THW.

Schnelle, zuverlässige und effektive Hilfseinsätze bei größeren Katastrophen im Ausland haben dem THW weltweite Anerkennung gebracht. Das Leistungsspektrum des THW reicht dabei von der akuten Nothilfe bis zum partnerschaftlichen Engagement beim Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, z. B. im Bereich der Wasserversorgung. Einen Überblick über die Einsätze des THW im Berichtszeitraum gibt Anlage 10.

Mit den so genannten „Schnell-Einsatz-Einheiten“ (SEEBa = Schnell-Einsatz-Einheit-Bergung-Ausland und SEEWa = Schnell-Einsatz-Einheit-Wasserversorgung-Ausland), die mit kompletter Ausrüstung innerhalb von 6 Stunden in Einsätze geschickt werden können, gehörte das THW in Katastrophenfällen (wie z.B. nach dem Zyklon 2008 in Myanmar) zu den ersten Helfern vor Ort. Das THW bietet seinen Auftraggebern – darunter auch die Vereinten Nationen und die Europäische Union – zudem die Sicherheit einer zuverlässigen und kompetenten Umsetzung von Projekten.

Die Kosten für die Auslandseinsätze des THW werden vom Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie von internationalen Organisationen getragen. Die Kosten für die vor einem Einsatz notwendigen Erkundungsmissionen werden vom THW aus einem hierfür eingerichteten eigenen Haushaltstitel getragen.

5.2.4 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

Unter besonderen Umständen kann bei der humanitären Hilfe auf militärische Mittel zurückgegriffen werden, und zwar vor allem zur logistischen und Infrastrukturunterstützung im Zusammenhang mit Naturkatastrophen. Um die Abgrenzung zwischen militärischen Operationen und Maßnahmen im Rahmen der humanitären Hilfe nicht zu verwischen, dürfen militärische Mittel und Fähigkeiten nur unter sehr genau festgelegten Umständen und auch nur dann zur Unterstützung humanitärer Maßnahmen herangezogen werden, wenn dies das "letzte Mittel" ist, d. h. wenn die zivilen Mittel keine vergleichbare Alternative bieten und nur durch den Einsatz militärischer Mittel, die hinsichtlich Fähigkeiten und Verfügbarkeit einzigartigen Charakter haben, eine dringend benötigte humanitäre Hilfeleistung erbracht werden kann. Der Einsatz von militärischen Mitteln bei humanitären Maßnahmen erfolgt in diesen Fällen gemäß den Leitlinien für den Einsatz von militärischen und Zivilschutzmitteln in komplexen Notsituationen und den

Osloer Leitlinien für den Einsatz von militärischen und Zivilschutzmitteln bei der Katastrophenhilfe.

In diesem Kontext stellte im Berichtszeitraum der Einsatz der Bundeswehr in Pakistan, mit dem die Maßnahmen der Bundesregierung nach dem Erdbeben im Oktober 2005 im Raum Islamabad - Mazufarabad unterstützt wurden, den größten Hilfseinsatz der Bundeswehr dar. Über sechs Monate wurden Transportunterstützung für Hilfsgüter, insbesondere für medizinische Hilfe, und logistische Unterstützung geleistet.

Der frühe und sehr harte Winter in Afghanistan 2007 forderte Hilfen aus aller Welt für die Not leidende Bevölkerung. Auch die Bundeswehr leistete ihren Beitrag durch Transportunterstützung, Lebensmittelhilfe und die Abgabe mehrerer Tausend Decken. Eine weitere logistische Herausforderung waren Transport und Aufbau von 80 Zelten mit Zubehör nach dem Erdbeben am 12. Mai 2008 in China.

Insgesamt entstanden Kosten für Katastrophen- und Hilfseinsätze im Berichtszeitraum in Höhe von ca. 19 Mio Euro.

Von der humanitären Hilfe zu unterscheiden ist die zivil-militärische Zusammenarbeit. Diese ist fest etablierter Bestandteil der Einsätze der Bundeswehr im Ausland, zu dem immer auch Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für den Aufbau einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft gehören. Neben der Feststellung der zivilen Lage und der Koordinierung militärischer Operationsführung mit dem zivilen Umfeld erfolgen durch die CIMIC-Kräfte (Civil-Military-Cooperation) einsatzbegleitende Unterstützungsmaßnahmen, die dem Schutz der Einsatzkontingente (Force Protection), dem Ansehen Deutschlands in der Bevölkerung und der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in den Einsatzgebieten dienen.

Im Berichtszeitraum führte die Bundeswehr CIMIC-Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien und Afghanistan durch. Schwerpunkte dieser Arbeit sind Soforthilfen zur Unterstützung der Bevölkerung und der Wiederaufbau der Infrastruktur, insbesondere öffentlicher Einrichtungen, wie zum Beispiel Schulen. Von 2006 bis 2009 wurden durch die Bundeswehr nahezu 840 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 5,4 Mio. Euro durchgeführt. Annähernd 85% wurden durch private Spenden und zu einem geringen Prozentsatz auch aus Mitteln des BMZ finanziert.

In den Einsatzgebieten wurden der Bundeswehr dabei auch Mittel aus den vom Auswärtigen Amt bewirtschafteten Sondermitteln des „Stabilitätspakts Südosteuropa“ sowie des „Stabilitätspakts Afghanistan“ zur Verfügung gestellt. Insgesamt bestand bei etwas mehr als 15% aller durchgeführten Projekte eine Kooperation zwischen dem Auswärtigen Amt und den deutschen CIMIC-Kräften. Dabei wurden Maßnahmen zur Unterstützung der Minderheitenrückkehr in Bosnien und Herzegowina, zur Notinstandsetzung von Häusern, die Notversorgung der Bevölkerung mit Gütern wie Feuerholz, kleinen Öfen und Lebensmitteln und der Aufbau moderner Schulgebäude im Kosovo finanziert. Der Aufbau von Polizeistationen in Afghanistan (Kabul) – im Rahmen der Gesamtverantwortung der Bundesregierung für den Wiederaufbau der afghanischen Polizei – mit einem Gesamtvolumen von über 2,2 Mio. Euro bildete im Berichtszeitraum den finanziellen Schwerpunkt der Zusammenarbeit.

Eine Gesamtübersicht über die Hilfseinsätze der Bundeswehr und CIMIC-Projekte im Berichtszeitraum enthält die Anlage 11.

Einen der humanitären Hilfe verwandten Bereich stellt daneben die Überlassung von nicht mehr benötigtem Material aus Bundeswehrbeständen als Materialabgaben dar. Durch diese werden internationale und nationale Organisationen, kirchliche Träger und private Initiativen auf Antrag bei ihren Auslandsprojekten und in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt unterstützt. Im Rahmen bilateraler Verträge auf Regierungsebene wurde hierdurch zur Verbesserung des Gesundheitswesens in einer Anzahl von Ländern beigetragen. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum Hilfsgüter (Sanitätsmaterial, Ausstattungsgegenstände, Bekleidung) im Abgabewert von rund 10,4 Mio. Euro für Projekte in 60 Ländern unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Abgabewert beträgt dabei ca. 15-20% des Beschaffungswertes. Davon entfielen auf Abgaben an deutsche Organisationen für Hilfen im Ausland rund 8,1 Mio. Euro, auf direkte Abgaben an andere Staaten über 2,3 Mio. Euro.

5.2.5 Weitere Bundesressorts

Insgesamt 53 Mio. Euro wurden nach dem Seebeben im Indischen Ozean über das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für das Tsunami-Frühwarnsystem in Indonesien bereit gestellt, das Ende 2008 in Betrieb genommen wurde. 45 Mio. Euro

dieser Mittel stammen aus dem Haushalt des BMZ für Wiederaufbau, die übrigen 8 Mio. Euro stammen aus dem Haushalt des BMBF.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) wirkt im Rahmen der humanitären Hilfe der Bundesregierung auf Anforderung anderer Bundesressorts bei der Analyse der für Hilfsgütertransporte erforderlichen Oberflächen-, See- oder Lufttransportkapazitäten mit.

6. Humanitäre Hilfe der Bundesländer

Die Bundesländer haben im Berichtszeitraum insgesamt ungefähr 8,63 Mio. Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt (Anlage 12 und 13). Oft handelt es sich um kleinere, sehr spezifische Projekte, die zum Teil auf gewachsenen Beziehungen zwischen den Bundesländern und den jeweiligen Regionen oder Staaten beruhen. Sie sind eine wichtige Ergänzung der Anstrengungen der Bundesregierung und der humanitären Nichtregierungsorganisationen.

Entsprechendes gilt für viele deutsche Städte und Kommunen, die im Rahmen von Partnerschaften, insbesondere Städtepartnerschaften, in humanitären Krisen vielfach zusätzliche Hilfe mobilisieren.

7. Humanitäre Hilfe deutscher nichtstaatlicher Organisationen

Nichtstaatliche Organisationen sind für die humanitäre Hilfe von zentraler Bedeutung, da sie in Anbetracht ihrer Präsenz vor Ort und ihrer Flexibilität, die oft mit einem hohen Spezialisierungsgrad einhergeht, den größten Anteil an der internationalen humanitären Hilfe erbringen. In ihnen kommt das aktive Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die Sache der humanitären Hilfe unmittelbar zum Ausdruck.

Gerade deutsche nichtstaatliche Organisationen verfügen über eine hohe Präsenz im Ausland bzw. sind zur Durchführung der Projekte Teil von internationalen und lokalen Netzwerken. Es ist die Vielzahl großer und kleiner humanitärer Nichtregierungsorganisationen, die das Bild der deutschen humanitären Hilfe im Ausland

wesentlich prägt. Anlage 14 gibt einen Überblick des humanitären Engagements einiger ausgewählter deutscher Hilfsorganisationen in den Jahren 2006 bis 2009.

Die Bundesregierung hat in diesem Zeitraum mit rund 50 deutschen nichtstaatlichen Partnern zur Durchführung ihrer humanitären Hilfe zusammengearbeitet, zu denen Nichtregierungsorganisationen und das Deutsche Rote Kreuz gehören. Die hohe Präsenz und die Leistungsfähigkeit deutscher nichtstaatlicher Organisationen ermöglicht es der Bundesregierung, besonders auch bei plötzlich auftretenden Naturkatastrophen schnelle Hilfe, wenn nötig binnen Stunden, entsprechend dem Bedarf auf den Weg zu bringen.

Daneben finanzieren die nichtstaatlichen Organisationen ihre Arbeit aus Spendengeldern. Deren Anteil variiert zwischen den Nichtregierungsorganisationen und auch nach Art, Umfang und Medienberichterstattung zu humanitären Krisen erheblich. Der Anteil staatlicher Zuschüsse (Bundesregierung, GD ECHO, VN) an den Hilfsmaßnahmen der Nichtregierungsorganisationen schwankte im Berichtszeitraum von unter zehn bis zu rund 70%.

8. Kohärenz und Qualität der deutschen humanitären Hilfe

8.1 Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe

Der Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe ist als Forum für den Dialog zwischen der Bundesregierung und den Hilfsorganisationen über die Schwerpunkte der deutschen humanitären Hilfe etabliert. Zur Stärkung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den deutschen Akteuren der humanitären Hilfe trat der Koordinierungsausschuss im Berichtszeitraum alle zwei Monate unter wechselndem Vorsitz des Auswärtigen Amtes und des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammen. Dem Ausschuss gehörten Ende 2009 32 Mitglieder an, davon 15 humanitäre Hilfsorganisationen, VENRO, fünf Bundesministerien (AA, BMZ, BMI, BMVg und BMG), das THW, die GTZ sowie Vertreter mehrerer Bundesländer und der Wissenschaft. Ebenfalls vertreten ist das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV). Der Koordinierungsausschuss befasste sich mit konkreten humanitären Notlagen und Querschnittsthemen, so z.B. mit der Frage nach Möglichkeiten zur Stärkung der Sicherheit in der humanitären Hilfe, nach der Gestaltung des Übergangs der humanitären Not- und

Soforthilfe zur Übergangshilfe und nach Mitwirkungsmöglichkeiten an der humanitären VN-Reform. Zur Abstimmung des Vorgehens der humanitären Akteure nach dem Wirbelsturm Nargis in Myanmar fand im Mai 2008 unter Leitung des Bundesministers des Auswärtigen eine Sondersitzung des Koordinierungsausschusses statt.

Die Stärkung von Koordinierung in der humanitären Hilfe auf nationaler und internationaler Ebene war auch Thema einer Klausurtagung der Mitglieder des Koordinierungsausschusses im März 2008. Als ein wichtiges Element dazu wurde der Austausch der humanitären Hilfsorganisationen mit dem Parlament und der Bundesregierung identifiziert. Eine gemeinsame Sitzung mit den Bundestagsausschuss Menschenrechte und Humanitäre Hilfe fand auf Einladung der Ausschussvorsitzenden zuletzt im September 2008 statt. Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses Humanitäre Hilfe sind an einer Fortsetzung des Austauschs interessiert.

Der Koordinierungsausschuss hat regelmäßig internationale Partner und andere Akteure der humanitären Hilfe in seinen Austausch eingebunden, so Vertreter von OCHA, des UNHCR und der GD ECHO sowie u.a. Transparency International zum Thema Korruptionsvorbeugung in der humanitären Hilfe oder auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) zum Einsatz von Satellitenbildern in der humanitären Hilfe.

8.2 Von der Sofort- zur Übergangshilfe: „Linking Relief, Rehabilitation and Development“ (LRRD)

Die humanitäre Hilfe in ihrer internationalen Definition wird innerhalb der Bundesregierung von zwei Ressorts mit jeweils eigenen Titeln umgesetzt. Die Aufteilung zwischen Maßnahmen der humanitären Not- und Soforthilfe des Auswärtigen Amtes und der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe des BMZ hat es den Ministerien ermöglicht, sich auf der Grundlage ihrer jeweiligen komparativen Vorteile einen hohen Grad an fachlicher Spezialisierung und Kompetenz anzueignen. Mit dem Ziel einer engen Verzahnung von Sofort-, Übergangshilfe und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit messen beide Ressorts der wechselseitigen Abstimmung besondere Bedeutung bei. Dies entspricht den drei Phasen des international verfolgten LRRD-Konzepts in der humanitären Hilfe („Linking Relief, Rehabilitation and Development“). Sie bietet Lösungen sowohl für Naturkatastrophen als auch für komplexe Krisen und ermöglicht in den Fällen, in denen

das sinnvoll, möglich und sachlich geboten ist, die Fortsetzung von humanitären Maßnahmen durch Maßnahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Eine Überführung *aller* Aktivitäten in langfristige deutsche Entwicklungsprogramme ist nicht möglich, denn diese entsprechen nicht zwangsläufig den mit den betreffenden Ländern verabredeten geographischen oder Sektorschwerpunkten. Daher werden die Umsetzungsorganisationen der deutschen humanitären Hilfe bei der Suche nach anderen (Finanzierungs-)Partnern unterstützt. Bereits bei der Beantragung von Projekten der Not- und Soforthilfe werden die Antragsteller aufgefordert, sich zu Möglichkeiten einer Überführung ihrer Projekte in Projekte der Übergangshilfe zu äußern. Die internationalen humanitären Organisationen werden in Planungsgesprächen und deutschen Stellungnahmen in den Aufsichts- und Beratungsgremien regelmäßig dazu aufgefordert, aktiv Übergangsszenarien aus Nothilfesituationen zu suchen und ggf. weitere Organisationen, insbesondere aus dem VN-Entwicklungsbereich, in deren Umsetzung einzubeziehen.

Da es sich als unmöglich erwiesen hat, den vielfältigen humanitären Krisensituationen mit Standardverfahren („one size fits all“) gerecht zu werden, findet die konzeptionelle Abstimmung u.a. in länderbezogenen Steuerungstreffen des Auswärtigen Amtes statt. Die länderbezogenen Diskussionen im Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe unterstützen ein abgestimmtes Vorgehen der Bundesministerien ebenso wie die wechselseitige Teilnahme von Vertretern der Ressorts an Erörterungen mit den Implementierungspartnern. Ungeachtet der erheblichen Fortschritte, die durch diese Maßnahmen bereits erzielt wurden, erkennt die Bundesregierung an, dass Bemühungen um eine Optimierung der Kohärenz deutscher humanitärer Hilfe auch zukünftig erforderlich und sinnvoll sind. Die Koordinierung mit den hier bereits erzielten Fortschritten wird zukünftig noch weiter intensiviert und systematisiert werden. So ist vorgesehen, die Maßnahmen der humanitären Not- und Soforthilfe noch besser in die Planung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe einfließen zu lassen.

8.3 Qualität der humanitären Hilfe

Die Aspekte Schnelligkeit und Qualität sind beide von ausschlaggebender Bedeutung für die wirksame Leistung humanitärer Hilfe. Als Geber sieht sich die Bundesregierung in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die geleistete Hilfe stets der bestmöglichen Option

entspricht und für den verfolgten Zweck geeignet ist. Daher verfolgt sie das Ziel, dass bei der Leistung humanitärer Hilfe eine Reihe international anerkannter Standards und Grundsätze eingehalten werden. Diese wurden im Verhaltenskodex der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und regierungsunabhängigen Organisationen für die Nothilfe niedergelegt. Weithin anerkannte Mindeststandards für die Katastrophenhilfe wurden generell und sektorbezogen auch durch das Sphere-Projekt vorgegeben. Diese Grundsätze für die Hilfeleistung entsprechen den international anerkannten OECD-DAC-Kriterien für die Evaluierung der humanitären Hilfe.

Das Sphere-Projekt wurde im Jahre 1997 ins Leben gerufen als eine gemeinsame Initiative verschiedener Nichtregierungsorganisationen. Wichtigstes Ergebnis des Projekts ist das Sphere-Handbuch, das die humanitärem Handeln zugrunde liegenden Prinzipien und das Recht Betroffener auf Schutz und Hilfe beschreibt und, darauf aufbauend, konkrete Minimalstandards dafür festlegt, wie die Umsetzung der Prinzipien in der Praxis erfolgen soll. Um die Standards an die sich ändernden Anforderungen des humanitären Umfelds anzupassen, wird das Sphere-Handbuch seit 2009 überarbeitet mit dem Ziel, qualitative und quantitative Indikatoren sowie Handlungsanleitungen zu aktualisieren, die Verzahnung einzelner Sektoren zu verbessern und Unstimmigkeiten der letzten Fassung zu bereinigen. Dabei soll auch technischen Neuerungen und geänderten Verfahrensweisen Rechnung getragen werden. Zudem sollen Themen einfließen, die in der humanitären Landschaft an Bedeutung gewonnen haben wie z.B. der Einfluss des Klimawandels, die Katastrophenvorsorge sowie die Ergebnisse der humanitären VN-Reform. Die Bundesregierung betrachtet das Sphere-Projekt als wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Qualität der internationalen humanitären Hilfe und unterstützt die Überarbeitung des Sphere-Handbuches mit einem Betrag von 200.000 Euro.

Diese Grundsätze, Normen und Bewertungskriterien bilden neben der Initiative "Good Humanitarian Donorship" (GHD) den allgemeinen Rahmen für die Gewährleistung eines qualitätsbezogenen Ansatzes für die Leistung humanitärer Hilfe durch die Bundesregierung.

8.4 OECD DAC Peer Review

Die OECD-Mitgliedstaaten unterwerfen im Rhythmus von vier bis fünf Jahren die Verwendung der Mittel ihrer offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) einer Überprüfung durch das Development Assistance Committee (OECD-DAC). Die Überprüfung findet in Form einer Peer Review statt, d.h. Vertreter von zwei Mitgliedstaaten überprüfen in Zusammenarbeit mit dem OECD DAC-Sekretariat einen dritten Staat und legen dem DAC einen entsprechenden Bericht vor. Ziele des Verfahrens sind die Untersuchung der Wirksamkeit der Hilfepolitik, Identifizierung von guter Praxis, Erfahrungsaustausch und vertiefte Koordinierung sowie die Verabschiedung von Empfehlungen an den betreffenden Staat. Die humanitäre Hilfe wurde erstmals 2005 in den Peer Review mit einbezogen. Da die humanitäre Hilfe zwar ODA-anrechenfähig ist, jedoch anderen inhaltlichen Prinzipien und Kriterien folgt als die Entwicklungszusammenarbeit, wird sie separat behandelt und geht in den Untersuchungsbericht als Annex ein.

Aus Sicht der Bundesregierung ist die DAC Peer Review auf internationaler Ebene der wichtigste Gradmesser für die Qualität ihrer humanitären Hilfe und für die Erfüllung der international anerkannten Kriterien guter humanitärer Geberschaft. Auch die deutschen Nichtregierungsorganisationen messen diesem Prozess große Bedeutung bei.

Die erstmalige Überprüfung der deutschen humanitären Hilfe durch eine DAC Peer Review im Jahr 2005 fiel durchaus kritisch aus. Thematisiert wurden u.a. der im OECD-Vergleich sehr geringe Anteil der humanitären Hilfe an den deutschen ODA-Gesamtausgaben, das Fehlen einer Gesamtstrategie für die humanitäre Hilfe und die Aufteilung der Haushaltsmittel für humanitäre Hilfe auf zwei bei unterschiedlichen Ressorts angesiedelte Haushaltstitel.

Die Bundesregierung hat diese Empfehlungen ernst genommen und wird in der für 2010 anstehenden nächsten DAC Peer Review auf Fortschritte verweisen können. So hat Deutschland im Berichtszeitraum seine für humanitäre Hilfe bereit gestellten Haushaltsmittel um ca. 40% gesteigert und verfügt inzwischen mit dem Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe und Förderkonzepten und -leitlinien für alle Bereiche der Hilfe über ein in sich geschlossenes Konzept der humanitären Hilfe. Auch bei der besseren Verzahnung der einzelnen Bereiche der humanitären Hilfe zwischen Auswärtigem

Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurden Fortschritte gemacht.

8.5 Erfolgskontrolle und Evaluierung

Mit dem verstärkten finanziellen und konzeptionellen Engagement in der humanitären Hilfe und in der internationalen Zusammenarbeit hat die Bundesregierung zugleich regelmäßige Erfolgskontrollen und externe Evaluierungen intensiviert und die effiziente und effektive Mittelvergabe mit besonderer Sorgfalt verfolgt.

Das Auswärtige Amt hat dazu mehrere seiner Projekte der humanitären Not- und Soforthilfe durch einen externen Sachverständigen begutachten lassen, so Projekte in Afghanistan, Eritrea, Bolivien, Kenia, Sudan, Indonesien und Irak. Darüber hinaus erfolgten Erfolgskontrollen bei Projektbesuchen in Kenia, Tschad, Pakistan, Afghanistan, Nordkorea, Serbien, Jordanien, Syrien, Libanon, Sudan und DR Kongo. Ferner hat das Auswärtige Amt verschiedene größere Evaluationsvorhaben initiiert, so eine Evaluierung der humanitären Hilfe anlässlich des Ausbruchs der Cholera in Zimbabwe um die Jahreswende 2008/09 sowie, in enger Abstimmung mit einer parallelen Evaluierung im Auftrag der GD ECHO, eine Evaluierung der deutschen Zusammenarbeit mit dem VN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, UNRWA. Bei der Evaluierung des VN-Sekretariats der Internationalen Strategie zur Katastrophenreduzierung (International Strategy for Disaster Reduction - UNISDR) in der zweiten Jahreshälfte 2009 war Deutschland Mitglied und Ko-Vorsitz des Steuerungsausschusses. Die Bundesregierung beteiligt sich ferner an einer internationalen Gemeinschaftsevaluierung der Hilfe für den Süd-Sudan.

Auch konzeptionell beteiligte sich die Bundesregierung im Berichtszeitraum aktiv an der Weiterentwicklung und Stärkung des Bereichs der Evaluierung. Die bereits seit dem Jahr 2000 bestehende Vollmitgliedschaft Deutschlands im Evaluierungsnetzwerk ALNAP (Active Learning Network for Accountability and Performance in Humanitarian Action) wurde in den letzten Jahren deutlich aufgewertet. Seit 2007 unterstützt das Auswärtige Amt jährlich die Finanzierung von Studien und Berichten. Ende 2008 hat das Auswärtige Amt die ALNAP-Jahreskonferenz in Berlin ausgerichtet, zu der eine Vielzahl internationaler Experten zum Thema „Re-thinking the impact of humanitarian aid“ zusammen kamen.

In Umsetzung der Empfehlung der OECD DAC Peer Review von 2005, die Kohärenz der deutschen humanitären Hilfe zu verbessern, haben das Auswärtige Amt und das BMZ 2008 eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet. Die Arbeitsgruppe wurde gleichzeitig Steuerungsgruppe für das neu geschaffene Arbeitsvorhaben „Evaluierung der deutschen humanitären Hilfe“. Ziel dieses in drei Phasen angelegten Vorhabens ist es, eine Gesamtbewertung der deutschen humanitären Hilfe im Ausland sowie die Einrichtung eines kohärenten Erfolgskontroll- und Evaluierungssystems zu erreichen.

Die noch 2008 abgeschlossene erste Phase bildeten zwei Vorstudien, die eine Bestandsaufnahme des Systems der Erfolgskontrolle bei der Finanzierung von Maßnahmen nationaler und internationaler Organisationen vornahmen. Zusätzlich wurden die Erfolgskontrollsysteme von drei anderen Geberländern (Großbritannien, Niederlande, Schweiz) analysiert. Im Laufe des Jahres 2009 erfolgte die Ausschreibung und im Dezember die erfolgreiche Vergabe des Auftrags der zweiten Phase, die auf 13 Monate angelegt ist.

In der Anfang 2010 begonnenen Phase II soll eine unabhängige Evaluierung des Systems der humanitären Hilfe Deutschlands einschließlich Erhebungen in repräsentativen Fallstudien vor Ort erfolgen. Die unmittelbar anschließende Phase III soll, aufbauend auf den Ergebnissen der Vorstudien, konkrete Vorschläge für die Einführung eines kohärenten Erfolgskontroll- und Evaluierungssystems erbringen.

Ergebnis der Bemühungen um eine stetige Verbesserung von Evaluierung und Erfolgskontrolle ist schließlich auch die Einrichtung einer eigenen zentralen Arbeitseinheit zur Evaluierungsberatung im Auswärtigen Amt, die Ende 2009 erfolgte.

9. Humanitäre Hilfe auf EU-Ebene

Die Generaldirektion für humanitäre Hilfe der EU-Kommission (ECHO) ist auf der Grundlage der Ministerratsverordnung 1257/96 vom 20. Juni 1996 mit der Durchführung und Finanzierung von humanitären Hilfsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft beauftragt. Sie deckt die ganze Bandbreite der humanitären Hilfe von der Not- und Soforthilfe bis zur Übergangshilfe ab und finanziert auch Projekte des humanitären Minenräumens. Wichtiger Aufgabenbereich ist auch die Katastrophenvorsorge

(DIPECHO), die mit einer eigenen Budgetlinie ausgestattet ist. Seit 2007 ist ECHO auch für die Nahrungsmittelhilfe der Europäischen Gemeinschaft zuständig, für die ebenfalls eine eigene Budgetlinie besteht. Regionaler Schwerpunkt der von ECHO geförderten humanitären Hilfe ist Afrika (Anlage 15).

Im Rahmen der laufenden Finanziellen Vorausschau wächst der ECHO-Haushalt jährlich um 3%. Darüber hinaus kann ECHO in besonderen Fällen Finanzmittel aus dem so genannten Umschlag B des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) sowie aus der Notreserve der Kommission für humanitäre Projekte mobilisieren. 2009 setzte ECHO rund 930 Mio. Euro für humanitäre Hilfe einschließlich Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge ein. ECHO bleibt damit nach den USA der zweitgrößte einzelne Geber in der humanitären Hilfe. Europäische Kommission und Mitgliedstaaten zusammen genommen finanzieren mehr als 50% der weltweiten humanitären Hilfe. Als mit rund 20% größter Beitragszahler zum EU-Haushalt ist Deutschland an der von ECHO geleisteten humanitären Hilfe in erheblichem Umfang beteiligt. Seine länderbezogenen Globalpläne sowie länder- und themenbezogenen Einzel-Finanzierungsentscheidungen stimmt ECHO im Komitologieausschuss für Humanitäre Hilfe (Humanitarian Aid Committee/HAC) mit den Mitgliedstaaten ab.

ECHO arbeitet mit über 200 Partnerorganisationen der humanitären Hilfe, vorwiegend aus dem Bereich der Vereinten Nationen, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und der Nichtregierungsorganisationen, zusammen (Anlage 16).

Neben seiner Rolle als Geber nimmt ECHO, gestützt auf einen umfangreichen Mitarbeiterstab in Brüssel und in rund 40 Büros in von humanitären Krisen betroffenen Ländern, in konzeptionellen Fragen der humanitären Hilfe eine führende Rolle ein, beobachtet intensiv die Umsetzung humanitärer Hilfe vor Ort, stellt den EU-Mitgliedstaaten wichtige aktuelle Informationen zu humanitären Krisen zur Verfügung und führt die Datenbank der von der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten finanzierten humanitären Hilfsmaßnahmen (HOLIS). Die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit ECHO ist eng und gut.

Wichtiger Erfolg im Bereich der humanitären Hilfe auf EU-Ebene war im Berichtszeitraum die Annahme des Europäischen Konsenses über die humanitäre Hilfe, der im Dezember

2007 von Europäischem Parlament, Rat und Kommission unterzeichnet wurde. Der Konsens ist die erste umfassende Grundsatzerklärung der gesamten EU zur humanitären Hilfe. Er formuliert erstmals ein geschlossenes Konzept für die Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten in der humanitären Hilfe auf der Basis grundlegender Prinzipien.

Am Zustandekommen des Europäischen Konsenses hatte die Bundesregierung entscheidenden Anteil. Als Schwerpunkt ihrer EU-Präsidentschaft im humanitären Bereich hatte die Bundesregierung den Konsens gemeinsam mit ECHO initiiert und auf den Weg gebracht und seine Abstimmung aktiv mitgestaltet. Sie hatte dabei die deutschen Nichtregierungsorganisationen auf breiter Basis eingebunden. Auch die deutschen Nichtregierungsorganisationen bewerten den Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe positiv.

Im Gefolge des Europäischen Konsenses wurde 2009 mit der Working Party on Humanitarian Aid and Food Aid (COHAFA) erstmals eine EU-Ratsarbeitsgruppe mit eigenem Mandat für Fragen der humanitären Hilfe geschaffen. COHAFA fördert den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten und Kommission über Politik und Maßnahmen der humanitären Hilfe. Sie berät darüber hinaus über Wege zu einer verbesserten Koordinierung der humanitären Hilfe der EU, konkrete humanitäre Krisensituationen und thematische und konzeptionelle Fragen der humanitären Hilfe.

10. Internationale Zusammenarbeit

Die Bundesregierung versteht die deutsche humanitäre Hilfe als Beitrag zu einer übergreifenden internationalen Gemeinschaftsaufgabe. Deshalb beschränkt sie sich nicht auf den bestmöglichen Einsatz der für humanitäre Hilfe bereit gestellten Haushaltsmittel, sondern setzt sich durch aktive Mitwirkung in den einschlägigen internationalen Gremien und Foren und durch die Förderung geeigneter Maßnahmen dafür ein, das Gesamtsystem der internationalen humanitären Hilfe effizienter und effektiver zu machen. Deutsches Kernanliegen ist es dabei, die zentrale koordinierende Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System der humanitären Hilfe und die im Rahmen der humanitären VN-Reform geschaffenen Strukturen und Mechanismen zu unterstützen und, wo erforderlich, weiter zu entwickeln.

10.1 Internationale Koordinierung

Der effizienten Koordinierung und Organisation der humanitären Hilfe kommt vor dem Hintergrund eines stetig wachsenden Bedarfs entscheidende Bedeutung zu. Die Bundesregierung unterstützt daher mit Nachdruck das Büro der VN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), das Teil des VN-Sekretariats ist. Dazu hat sie zum einen ihren freiwilligen, nicht zweckgebundenen Beitrag im Berichtszeitraum nahezu verdreifacht (Anlage 7) und OCHA auf Projektbasis mit bis zu 1,5 Mio. Euro jährlich unterstützt. Zum anderen bringt sich die Bundesregierung verstärkt in den internationalen Diskurs zur Reform des internationalen humanitären Systems ein, der insbesondere im Rahmen der OCHA Geber-Unterstützungsgruppe geführt wird, der die Bundesregierung seit 2005 angehört. Darüber hinaus ermuntert sie deutsche Nichtregierungsorganisationen, sich in den von OCHA geführten Prozess der Erstellung konsolidierter Hilfsaufrufe einzubringen, und richtet ihre eigenen Förderentscheidungen u.a. daran aus.

OCHA wird seit Januar 2007 vom Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, John Holmes (Großbritannien), geleitet. Als Prioritäten seiner Amtszeit verfolgt dieser den Ausbau von OCHAs Fähigkeiten (Ziel: gleichzeitige Bewältigung zweier parallel auftretender Großkatastrophen), eine weitere Stärkung der Rolle OCHAs bei der Bedarfsermittlung in Krisenfällen, die Führerschaft in der politischen Diskussion zu humanitären Fragen, die Stärkung des Bereichs der Katastrophenvorsorge sowie ein besseres Management der Übergangs- und Stabilisierungsphase nach einer humanitären Krise.

Im Rahmen der Projektzusammenarbeit mit OCHA konzentrierte sich die Bundesregierung auf die Einrichtung von OCHA-Länderbüros in Krisenregionen, z.B. Afghanistan, und auf Kernthemen der von OCHA 2005 angestoßenen humanitären VN-Reform, wie z.B. die Rolle der Humanitären Koordinatoren oder den so genannten Cluster-Ansatz. Nach dem Cluster-Ansatz wird einzelnen VN-Organisationen im Krisenfall die Gesamtkoordinierung für bestimmte Sektoren humanitärer Hilfe (z.B. Wasser, Unterkunft, medizinische Versorgung) übertragen. Zu beiden Themen ko-finanzierte die Bundesregierung verschiedene Studien.

Im Rahmen der humanitären Reform wurde Ende 2005 auch der VN-Nothilfefonds CERF (Central Emergency Response Fund) von der Generalversammlung als zusätzliches Finanzierungsinstrument eingerichtet. Er ist seit März 2006 operativ und wird von OCHA verwaltet. Rund 115 Staaten sind inzwischen an ihm beteiligt. Der Fonds hat zum Ziel, den VN ein frühzeitiges Eingreifen in humanitären Krisen zu ermöglichen, die Reaktion auf zeitkritische Anforderungen zu verbessern und die Reaktion auf unterfinanzierte Krisen zu stärken. Die Bundesregierung hat ihren jährlichen Beitrag zum CERF im Berichtszeitraum von 5 auf 15 Mio. Euro erhöht. Seit 2008 hat der aufsichtsratsähnliche Beirat des CERF, die so genannte Advisory Group, ein deutsches Mitglied. Schwerpunkte der Beiratsarbeit sind Transparenz der Mittelvergabe, Wirksamkeit und Evaluierung des Fonds.

10.2 Zusammenarbeit mit Internationalen Organisationen

10.2.1 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)

Wichtiger Partner der Bundesregierung in der humanitären Hilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene ist der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR). Ende 2009 umfasste das Mandat des UNHCR ca. 10,5 Mio. Flüchtlinge, 14,4 Mio. Binnenvertriebene und 6,6 Mio. Staatenlose.

Hochkommissar António Guterres hatte im Februar 2006 einen tiefgreifenden UNHCR-internen Reformprozess initiiert mit dem Ziel, die Effektivität seiner Organisation im Interesse besserer Leistungen zugunsten der UNHCR-Zielgruppen zu steigern. Wesentliche Elemente dieser Reform, die Ende 2009 in ihre Konsolidierungsphase eingetreten ist, sind die Einführung des Results-Based Management, Änderungen bei der Aufstellung des Haushalts, die Verschlinkung der Verwaltungsstruktur und Verlagerung von Aufgaben vom Hauptsitz in Genf in ein neu geschaffenes Global Service Center in Budapest und an die UNHCR-Vertretungen in den Regionen sowie umfangreiche Verbesserungen bei Personalmanagement und -entwicklung.

Die Bundesregierung hat die Reformanstrengungen des UNHCR nachdrücklich begrüßt und unterstützt. Im Exekutivausschuss des UNHCR setzt sie sich ferner dafür ein, dass die Organisation über die ihr durch die Genfer Flüchtlingskonvention und weitere völkerrechtliche Verträge übertragenen Mandate und Aufgaben hinaus ihre Leistungsfähigkeit voll in das System der VN-koordinierten internationalen humanitären

Hilfe einbringt, in dem dem UNHCR die Führungsrolle für mehrere Sektoren der Hilfe übertragen wurde.

Im Rahmen regelmäßiger Kontakte auf Arbeitsebene und in jährlichen bilateralen Konsultationen mit dem UNHCR werden die Schwerpunkte für die finanzielle Förderung der vom UNHCR durchgeführten Schutz- und Hilfsmaßnahmen durch die Bundesregierung erörtert und festgelegt. Neben der auf konkrete Krisensituationen bezogenen Projektförderung erhält der UNHCR aus dem Bundeshaushalt einen nicht zweckgebundenen Beitrag, der im Berichtszeitraum von 4,75 Mio. auf 8 Mio. Euro gesteigert werden konnte.

Besondere Beachtung verdient auch die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI), ein sur-place-Stipendienprogramm für Flüchtlinge, das seit 1992 vom UNHCR durchgeführt und von Deutschland vollständig finanziert wird. Im Dezember 2009 erhielten insgesamt 2.079 Flüchtlinge aus 37 Ländern ein Stipendium im Rahmen des DAFI-Programms. Im Berichtszeitraum wurde die deutsche Förderung dieses Programms auf 3,9 Mio. Euro mehr als verdoppelt.

Im Auftrag der Bundesregierung setzt die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) eine strategische Partnerschaft in einem jährlichen Umfang von ca. 28 Mio. Euro mit dem UNHCR um. Diese lösungsorientierte Kooperation schlägt die Brücke zwischen Nothilfe und längerfristigen Entwicklungszielen und dient der Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen, Rückkehrern und anderen relevanten Personen in Entwicklungsländern. Die Gesamtförderung des UNHCR aus dem Bundeshaushalt erreichte mit 39,1 Mio. Euro 2009 ihren bislang höchsten Wert. Deutschland war damit sechst-größter staatlicher Geber des UNHCR (Anlage 18).

10.2.2 Welternährungsprogramm (WEP)

Weiterer wichtiger Partner der deutschen humanitären Hilfe ist das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP). Es wurde 1961 als Nahrungsmittelhilfeprogramm von den Vereinten Nationen und der Landwirtschaftsorganisation FAO gegründet und ist heute die weltweit größte und leistungsfähigste Organisation im Nahrungsmittelhilfebereich. Das WEP hat 2008 einen

neuen Strategieplan mit fünf strategischen Zielen verabschiedet, um Hunger und Unterentwicklung nachhaltig zu bekämpfen. Das WEP wird vollständig aus freiwilligen Beiträgen finanziert.

Die Bundesregierung unterstützt das WEP über finanzielle und konzeptionelle Beiträge. Für Programme in ernährungsunsicheren Ländern erhält das WEP einen jährlichen Regelbeitrag in Höhe von 23,008 Mio. Euro, aus dem auch drei Sonderfonds (Qualitätssicherungsprogramm, Programm für kurzfristige Bedarfsermittlung, Evaluierungsprogramm) finanziert werden. Darüber hinaus werden Nothilfe- (emergency operations) und länger anhaltende Hilfs- und Wiederherstellungsmaßnahmen (protracted relief and recovery operations) finanziert sowie Leistungen im Bereich Logistik, die das WEP im Rahmen des von den VN koordinierten Systems der internationalen humanitären Hilfe erbringt. 2009 war Deutschland der fünft-größte bilaterale Geber des WEP (Anlage 19). Schwerpunktregion der deutschen Unterstützung ist traditionell Afrika.

Deutschland ist seit der Gründung des WEP Mitglied in dessen zentralem Steuerungs- und Aufsichtsorgan (bis 1995 Committee on Food Aid Policies, seit 1996 Exekutivrat) und wurde zuletzt für die Periode vom 1.1.2008 bis zum 31.12.2010 als Mitglied wiedergewählt. Deutschland beteiligt sich über den Exekutivrat an der Steuerung des WEP. Hauptthemen dabei waren im Berichtszeitraum der interne Reformprozess des WEP, die globalen Herausforderungen der Ernährungssicherung, die Weiterentwicklung des WEP von einer „food aid“- zu einer „food assistance“-Organisation sowie die Verbesserung des WEP-Finanzrahmens.

10.2.3 Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Für die humanitäre Hilfe der Bundesregierung im Nahen Osten ist das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) der bedeutendste Implementierungspartner in der Region. Das Mandat erstreckt sich auf ca. 4,67 Mio. Flüchtlinge in Jordanien, Libanon, Syrien, der Westbank und dem Gazastreifen, davon leben rund 1,3 Mio. Flüchtlinge in 58 Lagern. UNRWAs Tätigkeiten konzentrieren sich auf die Bereiche Bildung, Gesundheit, Mikrofinanzprojekte und Infrastruktur sowie soziale und humanitäre Maßnahmen. Die Arbeit wird von ca. 29.000 lokalen (fast 99%

palästinensische Flüchtlinge) und internationalen Mitarbeitern geleistet. UNRWA gehört damit zu den größten VN-Programmen und ist zugleich größter Arbeitgeber in der Region.

Die Bundesregierung hat UNRWA im Berichtszeitraum politisch, personell sowie finanziell unterstützt. Sie ist seit 2005 Mitglied in der Beratungskommission (Advisory Commission). 2009 hat Deutschland zudem den Vize-Vorsitz im Unterkomitee, das die Beratungskommission unterstützt, ausgeübt.

Angesichts chronischer Unterfinanzierung hat UNRWA 2006 eine umfassende interne Organisationsreform angestoßen. UNRWA soll darüber in die Lage versetzt werden, seine zentralen Aufgaben wirksamer und effizienter wahrzunehmen. Dieser Prozess war auf drei Jahre angelegt (2007-2009). Die wesentlichste Neuerung im Reformprozess betraf die grundsätzliche strategische Umorientierung von einem eher statischen, rein auf das Erbringen von Dienstleistungen ausgerichteten Hilfswerk zu einer flexibel und zielgerichtet auf konkret identifizierten Bedarf reagierenden Organisation. Dies wurde in der Mid Term Strategy 2010-2015 schließlich verankert. UNRWA verlässt damit die ausschließliche und jahrzehntelange Orientierung auf die reine Leistungsebene und stellt stattdessen die angestrebte Wirkung seiner Aktivitäten in den Vordergrund.

Die Bundesregierung hat sich im Beirat und Unterkomitee für die Organisationsreform, die Stärkung von Evaluierung und Monitoring und den Ausbau des internationalen Personals von UNRWA eingesetzt. Zudem hat sie das Camp Improvement-Programm von UNRWA als innovativen Ansatz der Entwicklung von Flüchtlingslagern unter Einbeziehung der Flüchtlinge und Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt.

Die Bundesregierung fördert UNRWA sowohl mit einem jährlichen freiwilligen, nicht zweckgebundenen Beitrag als auch durch Projektförderung in allen fünf Einsatzgebieten von UNRWA. 2008 hat die Bundesregierung ihren freiwilligen Beitrag zum zweckungebundenen Kernbudget verdreifacht (auf 7 Mio. Euro), und steigerte diesen 2009 um eine weitere Million auf insgesamt 8 Mio. Euro. Deutschland war 2008 unter die zehn größten Geber aufgerückt. 2009 lag Deutschland wiederum an Stelle 15 der größten Geber von UNRWA (Anlage 21).

Schwerpunkte der humanitären Projektzusammenarbeit 2006 bis 2009 bildeten Maßnahmen zur Instandsetzung von Flüchtlingslagern und Schulen sowie zur Unterstützung des Gesundheitsbereichs (medizinische Nothilfe). Zudem hat UNRWA 2009 Projektmittel der humanitären Hilfe in Höhe von 1 Mio. Euro zur Unterstützung der Opfer der militärischen Operation „Cast Lead“ im Gazastreifen erhalten. UNRWA ist im Libanon auch Partner der Bundesregierung im Bereich des humanitären Minenräumens.

10.2.4 Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist im Bereich der humanitären Hilfe einer der wichtigsten Partner der Bundesregierung. Aufgrund seines Mandats auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts kommt dem IKRK bei Kriegen und Bürgerkriegen eine herausgehobene Bedeutung zu, weil es oft als einzige oder erste Organisation Zugang zu den Konfliktopfern erhält. Mitunter ist das IKRK die einzige internationale Organisation, die von allen Konfliktparteien als neutral und unparteilich anerkannt wird.

Das IKRK setzt zur Sicherung des humanitären Zugangs zu Konfliktopfern in erster Linie auf unbedingte Glaubwürdigkeit seines rein humanitären Anliegens und, darauf aufbauend, die Akzeptanz seiner Arbeit durch alle beteiligten Konfliktparteien. Zur Erreichung dieses Ziels legt das IKRK Wert auf dauerhaftes Engagement in Konfliktgebieten, kontinuierlichen Dialog mit den Konfliktparteien und ein Konzept der praktizierten Nähe zu den Hilfsbedürftigen und den Konfliktparteien. Es lässt sich auch nur als Beobachter in das System der VN-koordinierten humanitären Hilfe einbinden.

Der jährliche Haushalt des IKRK bewegt sich in der Größenordnung von 850 Mio. Euro. Der Anteil der deutschen Beiträge lag im Berichtszeitraum jeweils bei ca. 2,5%.

Deutschland war damit 2009 acht-größter staatlicher Geber des IKRK (Anlage 20). Die von der Bundesregierung geförderten Projekte in den jeweiligen Konfliktgebieten umfassen regelmäßig sowohl Schutz- (im Hinblick auf das völkerrechtliche Mandat des IKRK) als auch Hilfsmaßnahmen wie die Bereitstellung von Notunterkünften und humanitären Bedarfsartikeln und medizinische Versorgung.

Die Bundesregierung setzt sich in den internationalen Beziehungen für die Achtung des humanitären Völkerrechts ein und unterstützt die Rolle des IKRK als wichtiger humanitärer Akteur. In regelmäßigen hochrangigen Kontakten und Konsultationen auf

Arbeitsebene sowie in der Geber-Unterstützungsgruppe führt sie mit dem IKRK den Dialog zu Fragen der humanitären Hilfe und des humanitären Völkerrechts sowie zur konkreten Umsetzung der Schutz- und Hilfsmaßnahmen durch das IKRK.

10.2.5 Internationale Strategie zur Reduzierung von Naturkatastrophen (UNISDR)

Das UNISDR-Sekretariat in Genf, das unmittelbar dem VN-Nothilfekordinator John Holmes untersteht und seit dem 1.1.2009 von der Beigeordneten VN-Generalsekretärin Margareta Wahlström (Schweden) geleitet wird, verfolgt die Aufgabe, Akteure und Ressourcen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für die Stärkung von Katastrophenvorsorge und die Umsetzung des Hyogo Framework für Action 2005-2015 zu mobilisieren und zu unterstützen. Deutschland zählt mit projektgebundenen Beiträgen von bis zu 2 Mio. Euro jährlich zu seinen großen internationalen Gebern. Als solcher ist die Bundesregierung in der Unterstützer-Gruppe aktiv und hat sich an der Evaluierung des Sekretariats, die gegen Ende des Berichtszeitraums eingeleitet wurde, finanziell und als Mitglied bzw. später als Ko-Vorsitz des zugehörigen Lenkungsausschusses inhaltlich beteiligt. Außerdem unterstützte die Bundesregierung 2007 und 2009 die Durchführung der „Global Platform for Disaster Risk Reduction“, ein zweijähriges internationales Konferenzforum von UNISDR zur Bestandsaufnahme der Umsetzung des Hyogo Framework for Action.

10.3. Mitwirkung in internationalen Gremien

10.3.1 Generalversammlung und Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen

Wirksame Hilfeleistung setzt einen Konsens der Staatengemeinschaft über grundlegende Fragen der humanitären Hilfe sowie ständigen Dialog zwischen Geberländern und Staaten, die von humanitären Krisen betroffen sind, voraus. Zentrale Foren hierfür sind die Generalversammlung und der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen. Die Generalversammlung befasst sich schwerpunktmäßig in jeder zweiten Jahreshälfte mit humanitären Fragen und nimmt, in der Regel im Konsens, eine Reihe von Resolutionen an, in denen u.a. die Rahmenbedingungen der internationalen humanitären Hilfe und die Aufgaben der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet behandelt werden. Der

ECOSOC widmet jährlich auf seiner Sitzung im Juli humanitären Fragen ein eigenes Segment der Tagesordnung und konzentriert sich, seinem Mandat entsprechend, auf operative und Koordinierungsaspekte der humanitären Hilfe.

Die jährlichen Verhandlungen der humanitären VN-Resolutionen sind Seismographen der internationalen Bewertung der humanitären Hilfe. Im Berichtszeitraum war zu beobachten, dass grundlegend und selbstverständlich erscheinende Kennzeichen der humanitären Hilfe mit leicht zunehmender Tendenz in Frage gestellt werden. So zeigte sich, dass die Bekräftigung von Grundvoraussetzungen der humanitären Hilfe, wie Respektierung und Förderung der humanitären Prinzipien von Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit, der Zugang der humanitären Helfer zu den Hilfebedürftigen und die Gewährleistung der Sicherheit humanitärer Helfer, ebenso wie der zentralen koordinierenden Rolle der Vereinten Nationen bei internationalen Hilfsmaßnahmen, immer wieder aufs Neue in mitunter zähen Verhandlungen durchgesetzt werden muss. Von Seiten einiger Staaten aus dem Kreis der G 77 wird dabei immer wieder die Frage der Staatensouveränität in den Vordergrund gerückt und in diesem Zusammenhang das Grundprinzip der humanitären Hilfe, durch unabhängige humanitäre Akteure den Hilfebedürftigen unmittelbar und ausschließlich an deren Bedarf orientiert Hilfe zu leisten, in Zweifel gezogen.

Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv an den Diskussionen in New York und Genf und bringt ihre Anliegen in die abgestimmte EU-Position ein. Deutschland ist traditionell Miteinbringer der humanitären Schlüsselresolutionen. Neben der Erzielung guter Verhandlungsergebnisse bemüht sich die Bundesregierung in diesen Gremien auch darum, das Verständnis und die Akzeptanz aller Mitglieder der Staatengemeinschaft für die Grundlagen der humanitären Hilfe zu verbessern.

10.3.2 Good Humanitarian Donorship Initiative (GHD)

Die GHD-Initiative ist ein freiwilliger Prozess, in dem sich die wichtigsten humanitären Geber (EU- und OECD-Kreis) über grundlegende Prinzipien und Standards ihrer humanitären Hilfe – insbesondere in Bezug auf und in Zusammenarbeit mit den VN-Hilfsorganisationen – verständigen. Ziel ist es, durch abgestimmte freiwillige

Selbstoptimierung der teilnehmenden Geber zu einem in seiner Gesamtheit effizienteren internationalen Hilfssystem zu gelangen.

Die Initiative wurde 2003 in Stockholm von ursprünglich 16 Staaten (darunter Deutschland) und der EU-Kommission ins Leben gerufen. Es wurden zwei grundlegende Dokumente verabschiedet: „Principles and Good Practice of Humanitarian Donorship“ sowie ein Implementierungsstrategiepapier. Im April 2006 wurden die 23 GHD-Prinzipien von den Mitgliedern des Development Assistance Committee (DAC) der OECD als verbindliche Standards anerkannt. Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Geberstaaten, die sich zu den Prinzipien und guten Praktiken humanitärer Geberschaft bekennen, auf 35 erhöht, darunter alle EU-Mitgliedstaaten. Der Europäische Konsens zur humanitären Hilfe unterstreicht die Bedeutung der GHD ausdrücklich. Die GHD-Gruppe tagt regelmäßig in Genf.

11. Die weltweite humanitäre Hilfe der Bundesregierung von 2006-2009

Im Berichtszeitraum ist ein kontinuierlicher Anstieg des weltweiten humanitären Bedarfs zu konstatieren.

Auch wenn die absolute Zahl der registrierten Naturkatastrophen von 2006 bis 2009 zurückgegangen ist, so ist nach Angaben von ECHO die Zahl der von Naturkatastrophen betroffenen und getöteten Menschen erheblich angestiegen. Insgesamt wurden in den vier Jahren 2006 bis 2009 1.530 Naturkatastrophen registriert. 2006 waren 143 Mio. Menschen von Naturkatastrophen betroffen, 2007 und 2008 jeweils über 200 Millionen. Im gesamten Berichtszeitraum waren mehr als 680 Mio. Menschen von den Folgen der Naturkatastrophen betroffen.

Komplexe und schwer lösbare Krisen wie beispielsweise in Darfur, in der DR Kongo, am Horn von Afrika oder auch in Afghanistan beeinträchtigen mit ihrer Dauer und Intensität nachhaltig das Leben der Menschen in den betroffenen Regionen und führten im Berichtszeitraum zu einer ansteigenden Zahl an Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Verzeichnete der UNHCR 2006 noch 9,9 Mio. Flüchtlinge, so lagen die Angaben für 2009 bei 10,5 Mio. Menschen. Im gesamten Berichtszeitraum wurden 42,3 Mio. Flüchtlinge registriert.

Eine zusätzliche Herausforderung stellte 2008 die Nahrungsmittelpreiskrise dar. In Folge des Preisanstiegs von Grundnahrungsmitteln und Öl haben sich die Kosten für humanitäre Maßnahmen in diesem Jahr deutlich erhöht. Dies wirkte sich auch auf die Krisenanfälligkeit der Bevölkerung aus, da diese einen größeren Teil ihrer begrenzten Mittel für Nahrungsmittel ausgeben musste.

Insgesamt hat sich der humanitäre Bedarf in Folge der Naturkatastrophen, komplexen Krisen und der Nahrungsmittelpreiskrise fast verdoppelt: OCHA bezifferte den humanitären Bedarf für 2006 und 2007 mit jeweils 5,1 Milliarden USD, im Jahr 2008 mit 7,1 Milliarden USD und 2009 sogar mit 9,8 Milliarden USD.

11.1 Afrika

Afrika bleibt der Schwerpunkt internationaler humanitärer Hilfe. Allein 2009 flossen rund 62% der weltweit registrierten humanitären Hilfsgelder in Projekte auf diesem Kontinent. Nirgendwo sonst leiden mehr Menschen an Hunger, Krankheiten und fortdauernder Mangelversorgung. Nirgendwo sonst sterben so viele Menschen an unnatürlichen Todesursachen. Ursächlich sind vor allem die „politisch komplexen“ Krisen Sudans, Somalias oder der DR Kongo, deren Folgen in Form von Gewalt und Vertreibung großes menschliches Leid und hohen humanitären Bedarf erzeugen. Hinzu kommen regelmäßig naturbedingte Notlagen wie die chronische Dürre am Horn von Afrika oder Überschwemmungen, deren Auswirkungen bedingt auch durch den Klimawandel erkennbar stärker werden.

Orientiert an diesem Bedarf war auch der Afrika-Anteil der mit Bundesmitteln ermöglichten humanitären Hilfe entsprechend hoch. Im Berichtszeitraum wurden 123 Mio. Euro für Projekte in Afrika verwendet; es wurden 430 Projekte in 37 Ländern unterstützt. Der überwiegende Anteil davon floss in die politisch komplexen Notlagen. Ergänzend wurde eine Vielzahl kleinerer Hilfsmaßnahmen nach Naturkatastrophen in unterschiedlichen Ländern finanziert.

Sudan

Der Sudan - besonders die Regionen Darfur und Südsudan - sowie der im Westen angrenzende Ost-Tschad, bilden ein komplexes humanitäres Krisengebiet. Mit 2,1 Mrd.

USD war der konsolidierte Hilfsaufruf (CAP) der VN für den Sudan 2009 der größte Einzelaufruf weltweit. Im Einklang damit ist die Region auch ein Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe.

Aufgrund der seit 2003 andauernden Darfur-Krise leben weiterhin 2,7 Mio. Binnenvertriebene in Notunterkünften sowie 290.000 Darfuris als Flüchtlinge im Ost-Tschad. Insgesamt gelten 4,7 Mio. Menschen in Darfur als humanitär notleidend. Die Binnenvertriebenen leben entweder in Dörfern bei Gastfamilien oder in einem der rund 75 Lager, die durch UNHCR und Hilfsorganisationen versorgt werden.

Das Friedensabkommen, unterzeichnet 2006 in Abuja, muss als gescheitert angesehen werden. Die Lage in Darfur blieb im Berichtszeitraum instabil. 2007 wurde die Friedensmission UNAMID, eine Hybridmission aus Kräften der African Union (AU) und der VN, eingesetzt, um Zivilisten und humanitäre Helfer zu schützen. Sie wurde selbst mehrfach Ziel von Angriffen. An der Grenze zwischen Sudan und Tschad kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Regierungen beider Länder haben jeweils Rebellengruppen im Nachbarland unterstützt. Friedensverhandlungen mit Rebellenführern wurden durch die Zersplitterung der Rebellengruppen erschwert. 2009 nahmen in Darfur bewaffnete Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen ab, aber bewaffnete Überfälle von Banditen auf Zivilisten, UNAMID und Hilfsorganisationen zu. Dabei kam es regelmäßig zu so genannten „carjackings“ (Autodiebstahl verbunden mit Entführung des Fahrers), Entführungen und z. T. sogar zu Todesfällen. Dies hatte zur Folge, dass viele Hilfsorganisationen sich nur noch im Konvoi bewegten, militärischen Schutz in Anspruch nahmen oder ihre Projekte zu so genannten „remote-control“-Vorhaben umfunktionierten, die von Städten aus gesteuert und durch lokale Helfer ausgeführt wurden.

Im März 2009 wurden 13 internationale Nichtregierungsorganisationen des Landes verwiesen, nachdem der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag einen Haftbefehl gegen den sudanesischen Staatspräsidenten Al Bashir erlassen hatte, in dem ihm Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden. Die befürchtete Verschlechterung der humanitären Lage blieb zunächst aus, hat mittlerweile aber zu einem Verlust an Qualität und Unabhängigkeit der geleisteten Hilfe geführt. Auch erschweren bürokratische Auflagen und Sicherheitsrisiken die humanitäre Arbeit. Ende 2009 kündigte

die sudanesische Regierung die Schließung der ersten Binnenvertriebenen-Lager in Darfur und die Umsiedlung der Menschen in die Hauptstädte Nord-, West- und Süddarfurs oder alternativ die Rückführung in ihre Heimatdörfer an. Nach Einschätzung der VN ist die Situation in den Herkunftsgebieten jedoch überwiegend noch nicht stabil genug, um die Menschen dort wieder anzusiedeln.

Im Südsudan leben in Folge des 2005 beendeten Bürgerkrieges zwischen Nord- und Südsudan weiterhin 1,3 Mio. Binnenvertriebene; 140.000 Südsudanesen haben als Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Zuflucht gesucht. Die Situation im Südsudan hat sich in den vergangenen Jahren rapide verschlechtert. 75% der Menschen haben keinen Zugang zu Basisgesundheitsversorgung, 50% keinen Zugang zu sauberem Wasser. Im Mai 2008 flammten an der Nord-Süd-Grenze erneute Kämpfe auf, in deren Folge 60.000 Menschen vertrieben wurden. 2009 war mit rund 2.500 Toten und über 350.000 Vertriebenen das gewalttätigste Jahr seit Unterzeichnung des umfassenden Friedensabkommens (CPA) 2005. Durch Stammeskonflikte, bei denen es inzwischen gezielt zu Angriffen auf Frauen und Kinder kommt, und Überfälle durch die ugandische Rebellenarmee Lord's Resistance Army (LRA) wurden im Berichtszeitraum hunderttausende Menschen vertrieben und tausende getötet. Die Friedensmission UNMIS wurde im März 2005 eingerichtet, um das Umfassende Friedensabkommen von 2005 u. a. durch die Vorbereitung der Wahlen 2010 und des Referendums 2011 zu überwachen und unterstützen. 2010 drohen durch Dürre und Konflikte 4,5 Mio. Menschen - die Hälfte der Bevölkerung Südsudans - auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen zu sein.

Mit Mitteln der humanitären Hilfe hat die Bundesregierung zwischen 2006 und 2009 im Sudan 124 Projekte mit insgesamt 63,02 Mio. Euro (AA 85 Projekte, 29 Mio. Euro; BMZ 39 Projekte, 34,02 Mio. Euro) unterstützt, die von deutschen Nichtregierungsorganisationen, VN-Organisationen oder dem IKRK durchgeführt wurden. Schwerpunkt waren vor allem medizinische Versorgung, technische Hilfe, Bedarfsgegenstände, Wasserversorgung und multisektorale Nothilfe. Hilfsempfänger waren besonders Binnenvertriebene, die in Lagern versorgt wurden, aber auch Flüchtlinge und die lokale Bevölkerung. Nur etwa 12% wurden für Südsudan bereitgestellt, was sich aufgrund der sich zuletzt verschlechternden humanitären Lage in der Region voraussichtlich ändern wird.

Tschad

Im Tschad leben bis zu 290.000 Flüchtlinge aus Darfur in 12 Lagern entlang der Grenze zum Sudan. Wassermangel gefährdet die Versorgung der Flüchtlinge und provoziert Zwischenfälle mit der lokalen Bevölkerung, weshalb Hilfsorganisationen stets bedacht sind, die hilfsbedürftige lokale Bevölkerung mitzuversorgen. Ab Dezember 2005 griffen die Kriegshandlungen aus Darfur auf die Grenzgebiete im Tschad über. Außerdem kam es vermehrt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten tschadischen Gruppen. VN-Berichten zufolge haben die Kriegshandlungen 167.000 Menschen zur Flucht im eigenen Land und 36.000 über die Grenze nach Darfur gezwungen. Im Süd-Tschad halten sich 74.000 Flüchtlinge aus der Zentralafrikanischen Republik auf. Im Februar 2008 scheiterte ein bewaffneter Umsturzversuch. Mindestens 30.000 Menschen flohen in der Folge aus der Hauptstadt kurzzeitig nach Kamerun, Niger und Nigeria. Die meisten von ihnen sind inzwischen zurückgekehrt. Im Ost-Tschad hat die Zahl der Überfälle auf Zivilisten und Hilfsorganisationen zugenommen, so dass Helfer z. T. aus ihrer Projektregion evakuiert wurden.

Die humanitären Hilfsaufrufe der VN haben sich von 167 Mio. USD in 2006 auf 389 Mio. USD 2009 mehr als verdoppelt. Trotz der schlechten Sicherheitslage befindet sich der Tschad laut VN in einer Übergangsphase von der akuten Notlage zur Stabilisierung. Die Bundesregierung hat zwischen 2006 und 2009 im Tschad 57 Projekte (AA 39 Projekte, 17 Mio. Euro; BMZ 18 Projekte, 9,62 Mio. Euro) der medizinischen Versorgung, Bedarfsgegenstände, Wasser, multisektorale Nothilfe und Nahrungsmittel in Höhe von insgesamt rund 36,62 Mio. Euro finanziert.

Zentralafrikanische Republik

In der Zentralafrikanischen Republik herrscht aufgrund fehlender Infrastruktur, gewalttätiger Konflikte zwischen der Armee, Rebellen, Selbstverteidigungskomitees, Straßenbanditen sowie Überfällen durch die LRA, die immer neue Vertreibungen auslösen, eine komplexe Krise, die aufgrund der geringen öffentlichen Aufmerksamkeit zu den „vergessenen Krisen“ zählt. Insgesamt sind ca. 1 Mio. Menschen - ein Viertel der Gesamtbevölkerung - von der Krise betroffen. 74.000 Zentralafrikaner leben als Flüchtlinge im Süden des Tschad, 63.000 sind nach Kamerun geflohen. Die Zentralafrikanische Republik zählt zu den ärmsten Ländern der Welt mit einer sehr hohen Kindersterblichkeit (180/1000) und einer geringen Lebenserwartung (39,3 Jahre). Die Zahl

der Binnenvertriebenen beträgt 162.000. Im ganzen Land gibt es nur ein Binnenvertriebenen-Lager, die übrigen müssen bei Gastfamilien unterkommen.

Die Zahl der Hilfsorganisationen in der Zentralafrikanischen Republik ist auf über 40 angewachsen, die Mehrzahl ist im Norden tätig. Laut OCHA haben sie ihre Hilfe auf abgelegene Gebiete ausgeweitet. Herausforderungen ergeben sich für Hilfsorganisationen aus der zunehmenden Gewalt und dem begrenzten Zugang, der zum einen durch die Regierung und zum anderen durch die schlechte Infrastruktur sowie die Flucht der Menschen in entlegene Gebiete erschwert wird. 2009 haben die Überfälle auf Hilfsorganisationen stark zugenommen.

Die VN erhöhten ihren humanitären Hilfsaufruf für die Zentralafrikanische Republik sprunghaft von 49 Mio. USD im Jahr 2007 auf 92 Mio. USD 2008. 2009 betrug die Unterstützung bereits 116 Mio. USD. In der Zentralafrikanischen Republik finanzierte die Bundesregierung zwischen 2006 und 2009 11 Projekte (AA 6 Projekte, 1,9 Mio. Euro; BMZ 5 Projekte, 1,95 Mio. Euro) in den Bereichen medizinische Versorgung, multisektorale Nothilfe, Wasser, Sanitär, Bedarfsgegenstände, Nahrung und einkommensschaffende Maßnahmen in Höhe von insgesamt 3,85 Mio. Euro.

Die Region am Horn von Afrika

Die Region am Horn von Afrika wird von chronischen Problemen wie wiederkehrende Dürren und Hungersnöte belastet. Diese werden durch kriegerische Auseinandersetzungen, innerstaatliche Verwerfungen oder zumindest Demokratiedefizite, Flucht und Vertreibung weiter verschärft. Die Nahrungsmittelpreise in der Region sind in den vergangenen Jahren um ein Vielfaches gestiegen. Die Pirateriegefahr am Horn von Afrika hat dazu noch beigetragen.

Neben politisch verursachten Krisen ist die Region am Horn von Afrika in besonderem Maße durch anhaltende Dürre, Ernteausfälle und in deren Folge von Hungersnöten betroffen. Die seltenen, dann aber heftigen Regenfälle lösen regelmäßig Überschwemmungen und zusätzliche Notlagen aus. Experten führen diese gegenläufigen Phänomene auch auf den Klimawandel zurück. In Folge der besonders gravierenden Trockenheit 2009 und Hilfsaufrufen der Vereinten Nationen sowie der betroffenen

Regierungen erhöhte die Bundesregierung ihre Nothilfe für die Staaten am Horn von Afrika. Unterstützt wurden sowohl die Nahrungsmittelhilfe des Welternährungsprogramms als auch Maßnahmen der Zusatzernährung, Wasserversorgung, Erosionsschutz, medizinischen Notversorgung und Cholera-Behandlung.

Insgesamt stellte die Bundesregierung für humanitäre Hilfsprojekte am Horn von Afrika im Berichtszeitraum 32,65 Mio. Euro zur Verfügung. Davon entfielen auf Somalia 16,5 Mio. Euro (50,5%), Kenia 11,52 Mio. Euro (35,3%), Äthiopien 4,04 Mio. Euro (12,4%), Eritrea 297.000 Euro (0,9%) und Dschibuti 303.000 Euro (0,9%). Dem spezifischen humanitären Bedarf in der Krisenregion entsprechend wurden die Mittel v. a. eingesetzt für Projekte, die in besonderem Maße den Bedürfnissen von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen sowie ohnehin vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie Kleinkindern, Schwangeren und stillenden Frauen Rechnung trugen.

Somalia

Bereits seit dem Sturz von Diktator Siad Barre 1991 befindet sich Somalia im Bürgerkrieg. Die humanitäre Lage bleibt v. a. auf Grund der Sicherheitslage katastrophal. Die Hauptursachen sind eine anhaltende Dürre, verbreitete Unsicherheit und Gewalt, mangelnde Staatsstrukturen, Hyperinflation sowie der regional stark eingeschränkte Zugang für humanitäre Hilfslieferungen aus dem Ausland.

Die Zahl der auf humanitäre Hilfe angewiesenen Menschen beläuft sich Ende 2009 auf 3,2 Mio. Menschen (42% der Gesamtbevölkerung). Sowohl die Unterernährungsrate als auch die Kinder- und Müttersterblichkeitsraten sind in Somalia sehr hoch. Weniger als ein Drittel der Bevölkerung hat Zugang zu sauberem Trinkwasser. Regional besonders betroffen ist Süd-Zentral-Somalia, wohingegen die Situation in den nördlichen Regionen Somaliland und Puntland sich geringfügig besser darstellt.

Entsprechend ist Somalia für die humanitäre Hilfe ein schwieriges Tätigkeitsfeld: Gezielte Entführungen, Tötungen und Bedrohungen humanitärer Helfer erschweren fortdauernd den Zugang ausländischer Hilfsorganisationen. Sie können trotz Einhaltung humanitärer Prinzipien kaum noch mit ausländischem Personal vor Ort tätig sein. Weiter verschärft wurde die Versorgung durch Piraten-Übergriffe vor der Küste Somalias, die auch die Lieferung von Nahrungsmitteln und weiteren humanitären Hilfsgütern beeinträchtigte. Als

Reaktion hierauf erhöhte die internationale Staatengemeinschaft ab 2008 ihre Marine-Präsenz in den angrenzenden Gewässern. Dank der ESVP-Mission „Atalanta“, die unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands den Transporten des Welternährungsprogramms Begleitschutz leistete, konnten ab November 2008 fast alle Frachter mit humanitären Hilfsgütern wieder regelmäßig in Somalia anlanden. Die anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der international anerkannten föderalen Übergangsregierung und islamistischen Extremisten schränken den Zugang humanitärer Hilfe in Somalia aber weiter erheblich ein.

Trotz dieser Einschränkungen stellte die Bundesregierung im Berichtszeitraum 16,6 Mio. Euro für eine Vielzahl humanitärer Hilfsprojekte bereit, die von erfahrenen lokalen Partnern deutscher Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen implementiert wurden.

Die Menschen in Somalia werden aber nicht nur im eigenen Land Opfer von Vertreibung, sondern suchen auch in den Nachbarländern Zuflucht. Das weltgrößte Flüchtlingslager Dadaab im Nordosten Kenias beherbergt mittlerweile über 260.000 meist somalische Flüchtlinge, mehr als das Dreifache seiner ursprünglichen Kapazität. Auch dieser besonderen Situation trug die Bundesregierung Rechnung, indem sie auf die speziellen Bedürfnisse der Menschen zugeschnittene Hilfsmaßnahmen mit 3,57 Mio. Euro förderte. Weitere Hilfsprojekte für somalische Flüchtlinge wurden in Djibouti und im Jemen unterstützt.

Kenia

Nach den Präsidentschaftswahlen in Kenia im Dezember 2007 kam es Anfang 2008 vielerorts zu Gewaltausbrüchen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Über 1.200 Menschen kamen ums Leben, zahlreiche wurden verletzt, es gab Plünderungen und gewalttätige Demonstrationen, 600.000 Menschen wurden vertrieben. Die Bundesregierung half der Not leidenden Bevölkerung mit 16 Projekten mit einem Gesamtvolumen von 3,6 Mio. Euro. Im Rahmen dieser Hilfsprojekte wurden die Binnenvertriebenen v. a. mit Nahrungsmitteln, Notunterkünften und Trinkwasser begünstigt.

Die Region der Großen Seen

DR Kongo

In der Region der Großen Seen liegt der Schwerpunkt der humanitären Hilfe der Bundesregierung im Berichtszeitraum in der DR Kongo, wo die Folgen des 2003 offiziell beendeten Bürgerkriegs mit immer noch rund 2,1 Mio. binnenvertriebenen Menschen nach wie vor eine schwerwiegende humanitäre Krise darstellt. Der humanitäre Kontext ist chronisch belastet durch fortdauernde, oft systematische Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen an Bevölkerung und Vertriebenen sowie eine unberechenbare allgemeine Sicherheitslage. Inzwischen konzentrieren sich die humanitären Notlagen in der DR Kongo nicht mehr nur auf die Ostregion, sondern spielen sich in verschiedenen Provinzen ab:

Im Berichtszeitraum am schwersten betroffen waren die Ost-Provinzen Nord- und Süd-Kivu, in denen nach jüngsten VN-Angaben derzeit rund 1,4 Mio. Menschen als binnenvertrieben und abhängig von humanitärer Hilfe gelten, davon allein im Jahr 2009 1 Mio. Die humanitäre Krise ist Resultat der weiter schwelenden Auseinandersetzungen zwischen den kongolesischen Regierungstruppen FARDC (Forces Armées de la République Démocratique du Congo) und verschiedenen Konfliktparteien, beginnend mit der Tutsi-Rebellengruppe CNDP (Congrès National pour la Défense du Peuple) sowie mit der Hutu-Miliz FDLR (Front Démocratique pour la Libération du Ruanda), zwischen deren Fronten die Menschen regelmäßig gerieten. Trotz wiederholter Militäraktionen der Regierungstruppen mit teilweiser Unterstützung durch das benachbarte Ruanda (“Umoja Wetu”, “Kimia II”, “Amani Leo”) kehrten die Rebellen in wieder entstehende Sicherheitslücken zurück und rächten sich auf brutale Weise an der Bevölkerung, die vor sexueller Gewalt, Brandschatzung, Plünderung und vielen anderen Gräueltaten, auch seitens der chronisch unter- bzw. unbezahlten Regierungstruppen, immer wieder flüchten musste. Aktuelle VN-Quellen geben die Zahl der vergewaltigten Frauen in den Kivu-Provinzen mit 160 pro Woche an. Auch die Auseinandersetzungen mit den lokalen Mayi-Mayi-Rebellen stellen in verschiedenen Teilen der Ostprovinzen ein humanitäres Gefahrenpotential für die Bevölkerung dar.

Die multidimensionale VN-Friedensmission MONUC ist im Berichtszeitraum mit einem robusten Mandat ausgestattet worden und auf über 18.000 Mann angewachsen. Ein

wichtiger Teil-Auftrag ist die Unterstützung der kongolesischen Behörden beim Schutz der Zivilbevölkerung. Im Verlauf wiederholter Militäraktionen im Berichtszeitraum wurde aber deutlich, dass dieses Ziel nur mit erheblichen Einschränkungen erreicht werden kann.

In der nordöstlichen Provinz Orientale ging die aus Uganda stammende Lord's Resistance Army (LRA) unter ihrem vom IStGH angeklagten Anführer Joseph Kony seit September 2008 besonders gewaltsam gegen die Zivilbevölkerung vor. Laut VN-Angaben wurden in der Region durch LRA-Gewalt über 1.300 Menschen getötet, 2.100 Menschen entführt, darunter über 650 Kinder, zahlreiche Dörfer niedergebrannt, mehrere tausend Häuser zerstört. Auch hier hatte eine gemeinsame ugandisch-sudanesisch-kongolesische Militäraktion "Lightning Thunder" Ende 2008 nicht den gewünschten Erfolg gegen die LRA, die mit immer neuen Übergriffen insbesondere in den Distrikten Haut und Bas Uélé antwortete. Die Zahl der Binnenflüchtlinge in der Provinz Orientale wird aktuell auf 464.000 geschätzt, davon alleine 285.000 im Jahr 2009.

Auch aus dem Distrikt Ituri wurden an die 170.000 Binnenvertriebene gemeldet, wo zurückgehend auf schon Jahre schwelende ethnische Spannungen die FARDC die Operation „Iron Stone“ gegen Rebellen der „Front de résistance patriotique en Ituri“ (FRPI) und „Front populaire pour la justice au Congo“ (FPJC) führte und der humanitäre Zugang aufgrund der prekären Sicherheitslage besonders schwierig war.

In der nordwestlichen Provinz Equateur spitzte sich Ende Oktober 2009 im Distrikt Süd Oubangi die humanitäre Lage zu: Was ursprünglich als ein länger schwelender Konflikt zwischen rivalisierenden Ethnien um Fisch- und Ackerbaugründe begonnen hatte, weitete sich zu blutigen Gewalteskalationen insbesondere um die Stadt Dongo aus, denen nach Schätzungen inzwischen über 1.000 Menschen zum Opfer gefallen sein sollen. Infolgedessen mussten rund 215.000 Menschen ihre Dörfer verlassen, um ihr Leben zu retten, wovon 90.000 innerhalb der DR Kongo flohen, 18.000 in die Zentralafrikanische Republik und 107.000 Menschen weiter in die Grenzregion Likouala der benachbarten Republik Kongo, wo sie weiterhin auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

In den letzten Monaten des Jahres 2009 sorgten ebenfalls gegenseitige Ausweisungswellen von kongolesischen Staatsangehörigen aus Angola (160.000 seit Dezember 2008) und angolanischen Staatsangehörigen aus DR Kongo (60.000) in den Grenzregionen für eine humanitär bedenkliche Situation.

Dennoch ist in den letzten Monaten, insbesondere auch in Nord-Kivu, eine stetige Flüchtlings- und Binnenvertriebenen-Rückkehr zu beobachten. Nicht einfach gestaltet sich die Rückkehr von kongolesischen Flüchtlingen aus Burundi mangels adäquater Auffangkapazitäten auf kongolesischer Seite, auch die Flüchtlingsrückkehr aus Tansania nach Süd-Kivu geschieht wegen Kriminalität und Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen, FDLR und Mayi-Mayi unter schwierigen Vorzeichen. Auch aus Sambia wird vermehrt Flüchtlingsrückkehr nach Katanga gemeldet.

Der Humanitäre Arbeitsplan (HAP) der VN für die DR Kongo vom November 2009 benennt für 2010 einen Bedarf für humanitäre Not- und Übergangshilfe in Höhe von 827 Mio. USD.

Im Berichtszeitraum hat die Bundesregierung in der DR Kongo humanitäre Hilfe sowie Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe in Höhe von über 51 Mio. Euro geleistet (AA: über 21 Mio. Euro in 69 Projekten, BMZ über 30 Mio. Euro in 26 Projekten). Projektpartner sind deutsche NRO, das IKRK, WEP sowie der UNHCR. Inhaltliche Schwerpunkte der humanitären Hilfe sind im Berichtszeitraum wie auch aktuell die Versorgung von Binnenflüchtlingen mit Bedarfsgegenständen sowie die medizinische Notversorgung, die insbesondere auch die Erstversorgung von Opfern sexueller Gewalt mit einbezieht. Schwerpunkte der Entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe sind die Förderung der Reintegration von zurückkehrenden Flüchtlingen und intern Vertriebenen insbesondere durch Nahrungsmittelhilfe, Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion u.a. einkommensschaffende Maßnahmen, Rehabilitierung von Infrastruktur, Aufbau lokaler administrativer Strukturen sowie friedensfördernde Maßnahmen.

Die Arbeit deutscher wie internationaler Hilfsorganisationen wird nach wie vor durch die riesigen Entfernungen, mangelnde Transportsysteme sowie die teilweise unberechenbare Sicherheitslage erschwert. Aufgrund der immer wieder aufflackernden Gewaltausbrüche sind die Hilfsorganisationen in unregelmäßigen Abständen gezwungen, sich aus den Projektregionen zurückzuziehen. Immer wieder gibt es Berichte über Überfälle auf humanitäre Helfer, Fahrzeugkonfiszierungen, Behinderungen durch illegale Wegezölle u.a. Im Jahr 2009 wurden allein 180 solcher Vorfälle gemeldet.

Uganda

In der Region der Großen Seen war auch Uganda 2006 und 2007 von humanitären Krisen betroffen. Infolge der Jahre anhaltenden Kämpfen zwischen Angehörigen der Lord's Resistance Army (LRA) und ugandischen Regierungstruppen, Überfällen kenianischer räuberischer Stämme (Karamojong) im Grenzgebiet zu Kenia, dem Zustrom von Flüchtlingen aus Konfliktgebieten im benachbarten Südsudan sowie wiederholten Dürreperioden im Norden des Landes war es zu einer humanitären Krise mit ca. 1,5 Mio. Binnenflüchtlingen gekommen. Uganda war überdies im Jahr 2007 auch von einer verheerenden Flut betroffen. Das Auswärtige Amt hat in den Jahren 2006 und 2007 in Uganda insgesamt 20 humanitäre Hilfsprojekte in Höhe von 5,6 Mio. Euro mit dem Schwerpunkt einer Unterstützung für Binnenflüchtlinge und Flutnothilfe durchgeführt.

Südliches Afrika

Die großen Flutkatastrophen der Jahre 2007/2008 betrafen im südlichen Afrika vor allem auch Mosambik schwer, wo das Auswärtige Amt neun Flutnothilfeprojekte mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Mio. Euro realisiert hat. In der ersten Jahreshälfte 2009 konnte das Auswärtige Amt außerdem Namibia, das angesichts dramatischer Überschwemmungen den Notstand ausgerufen hatte, sehr rasch mit zwei humanitären Hilfsprojekten in Höhe von 268.000 Euro helfen.

Simbabwe

In Simbabwe war der Berichtszeitraum von einer rapiden Verschlechterung der humanitären Gesamtlage gekennzeichnet. Der Abwärtstrend der Nahrungsmittelproduktion hat sich kontinuierlich fortgesetzt. Die Zahl der auf Nahrungsmittelhilfe angewiesenen Menschen erhöhte sich in den ersten drei Monaten 2009 auf über 7 Mio. Besondere Tiefpunkte bildeten die von Gewalt durchsetzte Nachwahlphase 2008 und die sich anschließende verheerende Choleraepidemie 2008/2009.

Nach der Wahl am 29.3.2008 war es zu massiver, systematischer staatlicher Gewalt v.a. gegen die Opposition mit über 100 Toten, 900 erfassten Verletzten mit weitaus größerer Dunkelziffer sowie mindestens 25.000 Binnenflüchtlingen und 40.000 obdachlosen Farmarbeitern gekommen. Seither kam es sukzessive zum Kollaps der Infrastruktur des Landes: Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Schulsystem und wirtschaftliches Leben

brachen zusammen. Etwa ein Drittel der Bevölkerung Simbabwes flüchtete vor Repressalien und wirtschaftlichem Elend ins Ausland. Die Arbeitslosenquote von über 80% sowie die nicht mehr bezifferbare Hyperinflation und Dollarisierung erlaubten den Zugang zu Nahrung nur noch für einen kleinen privilegierten Personenkreis. Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser war aus Mangel an Wartung und entsprechenden Chemikalien stark beeinträchtigt und teilweise vollständig zum Erliegen gekommen.

Die ab Sommer/Herbst 2008 im Lande herrschende Choleraepidemie ging infolge von Entkräftung und Hunger der Betroffenen sowie desaströser hygienischer Verhältnisse mit einer hohen Todesrate einher. Auch Mangel an sauberem Trinkwasser, an qualifiziertem Personal und Medikamenten sowie Unerreichbarkeit von Behandlungszentren trugen zu der hohen Sterblichkeitsrate bei. Die Cholera erfasste über 98.000 Personen und forderte über 4.000 Todesopfer. Erst gegen Mitte des Jahres 2009 zeichnete sich ein Stillstand der Epidemie ab, der den intensiven Hilfsanstrengungen der internationalen Gebergemeinschaft zu verdanken war.

Die Tätigkeit der humanitären Hilfsorganisationen wurde durch die Regierung Simbabwes zeitweise stark erschwert und massiv eingeschränkt: Am 5.6.2008 hatte die Regierung alle im Land tätigen Hilfsorganisationen angewiesen, ihre Arbeit einzustellen. Die Regierung berief sich darauf, dass einige Hilfsorganisationen die Bedingungen für ihre Zulassung verletzt und Wahlkampf für die Opposition betrieben hätten. Ende August 2008 wurde dieses Verbot zurückgenommen. Seit der Bildung der Koalitionsregierung Mitte September 2008 hat sich die Situation für die Hilfsorganisationen kontinuierlich entspannt.

Die humanitäre Soforthilfe und die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe der Bundesregierung für Simbabwe belief sich im Berichtszeitraum auf über 21 Mio. Euro (AA 6,73 Mio. Euro für 27 Projekte, BMZ 14,33 Mio. Euro für 22 Projekte). Inhaltliche Schwerpunkte der humanitären Soforthilfe waren 2008 neben einer über die deutsche Botschaft und kirchliche Organisationen gesteuerten Unterstützung für die Gewaltopfer vor allem Projekte der medizinischen Nothilfe. Das Gros der im Jahr 2008/2009 ausgegebenen Mittel floss in Projekte zur Cholerabekämpfung. Neben Notversorgung mit Trinkwasser und Hygienemaßnahmen wurden vor allem Medikamente und medizinisches Verbrauchsmaterial zur Bekämpfung der Epidemie bereit gestellt. Daneben wurde wegen der völligen Entkräftung der Menschen und der fortschreitenden Abwanderung von Krankenhauspersonal auch Nahrungsunterstützung von Krankenhauspatienten und –

personal gewährt. Die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe des BMZ förderte schwerpunktmäßig Maßnahmen der Nahrungsmittelhilfe (u.a. für HIV/AIDS Patienten und Opfer polit. Gewalt), der Rehabilitierung der ländlichen Wasserversorgung für Trinkwasser und Landwirtschaft sowie die Bereitstellung landwirtschaftlicher Produktionsgüter (Verteilung von Saatgut, Setzlingen und Düngemitteln, Einführung von konservierender Landwirtschaft, sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich).

Westafrika

Die humanitäre Lage in Westafrika hat sich nach dem Ende der Bürgerkriege in Liberia (2003) und der Elfenbeinküste (2007) vergleichsweise entspannt. Die Zahl der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge aus beiden Ländern ging stetig zurück. Dennoch lebten 2009 in Westafrika mindestens 139 Mio. Menschen in extremer Armut. Darüber hinaus gelten 25 Mio. Menschen nach VN Angaben als von Naturkatastrophen besonders gefährdete Bevölkerung.

Im Berichtszeitraum hat die Bundesregierung in Westafrika 42 Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund 5 Mio. Euro gefördert. 2006 und 2007 konzentrierte sich die humanitäre Hilfe auf Binnenvertriebene und Flüchtlinge. Rund die Hälfte der Projekte im Berichtszeitraum wurde nach den regelmäßig auftretenden Überschwemmungen finanziert. Der Großteil der weiteren Projekte hatte ein vergleichsweise geringes Volumen. Oft wurden Projekte von lokalen Nichtregierungsorganisationen in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft vor Ort durchgeführt.

Da in vielen westafrikanischen Ländern die medizinische Versorgung immer noch schwach ausgeprägt ist, wurde in Ländern wie Niger, Nigeria und Mauretanien medizinische Hilfe zur Überlebenssicherung geleistet, beispielsweise nach Meningitisepidemien. Zudem wurden in jedem Jahr des Berichtzeitraumes ein Schulspeisungsprojekt in Guinea-Bissau durchgeführt.

Die am stärksten von Überschwemmungen betroffenen Länder waren 2006 bis 2009 Benin, Burkina Faso, Ghana, Niger und Guinea. Der Schwerpunkt der Hilfe lag dabei auf der

Verteilung von Hilfsgütern wie Kochgeschirr, Matten und Decken sowie auf der Bereitstellung von Notunterkünften und sauberem Trinkwasser.

Überregional

Um der in Afrika bestehenden überregionalen Flüchtlingsproblematik zu begegnen, wurde im Jahr 2005 das UNHCR-BMZ-Partnerschaftsprogramm ins Leben gerufen. Das BMZ stellt seitdem jährlich rund 7 Mio. Euro bereit, mit weiteren 21 Mio. Euro finanziert der UNHCR diese überregionale Partnerschaft, mit der längerfristige Ansätze bei der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen verfolgt werden. Die Maßnahmen in 8 Ländern (Kenia, Süd-Sudan, Uganda, Tschad, Burundi, DR Kongo, Ruanda und Tansania) werden von der GTZ umgesetzt.

11.2 Asien

In Asien waren zwischen 2006 und 2009 neben Naturkatastrophen, allen voran Erdbeben und Stürme, auch zahlreiche Konflikte zu beobachten, die Menschen in diversen Ländern in eine humanitäre Notlage brachten. Die Krisen in Afghanistan, Pakistan und auch im Irak blieben komplex und erforderten ein kontinuierliches Engagement in verschiedenen Bereichen. Insgesamt wurden durch das Auswärtige Amt im Berichtszeitraum für humanitäre Projekte in Asien rund 77 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Zentralasien

Afghanistan

Von den komplexen Krisen der Region ist vor allem Afghanistan hervorzuheben. Insgesamt wurden allein dort im Berichtszeitraum Projekte aus Mitteln der humanitären Hilfe einschließlich Mitteln des Stabilitätspakts Afghanistan mit einem Gesamtvolumen von über 20 Mio. Euro umgesetzt. Das Auswärtige Amt hat in diesem Rahmen auch die Stärkung der Koordinierungsrolle der Vereinten Nationen vor Ort verfolgt und für den Aufbau einer Vertretung des Büros der VN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) in Afghanistan, der 2009 erfolgte, 1 Mio. Euro bereit gestellt.

Auch in diesem Berichtszeitraum verschlechterte sich alljährlich im Winter die humanitäre Lage der afghanischen Bevölkerung deutlich, wobei sich die Lage im Winter 2009/2010 aufgrund guter vorangegangener Ernten insgesamt besser darstellte als in den Vorjahren. Aufgrund der extremen Witterungsbedingungen und mangelnder Versorgung vor allem abgelegener Regionen mit Nahrung, medizinischer Hilfe und Dingen des alltäglichen Bedarfs war regelmäßig externe Hilfe notwendig. Besonders der Winter 2007/2008 war durch extreme und lang anhaltende Kälte geprägt. Das Auswärtige Amt stellte direkt zu Beginn des Jahres 2008 1 Mio. Euro für Projekte der Winterhilfe in Afghanistan bereit, die über die Botschaft und sieben deutsche Nichtregierungsorganisationen vor Ort umgesetzt wurden. Um für den darauf folgenden Winter eine frühzeitige Lageeinschätzung der Situation und des aktuellen Bedarfs zu erhalten, wurde in Kabul Anfang November 2008 eine ressortübergreifende „Task Force Winterhilfe“ unter Leitung des deutschen Botschafters eingerichtet. Über den Jahreswechsel 2008/2009 wurden weitere insgesamt 1,4 Mio. Euro für Projekte der Winterhilfe durch das Auswärtige Amt zur Verfügung gestellt.

Neben der nach wie vor in weiten Teilen des Landes an Unterversorgung leidenden Landbevölkerung, die oftmals durch Naturkatastrophen zusätzlich betroffen war, blieben weiterhin vor allem Rückkehrer und Binnenvertriebene auf externe Unterstützung angewiesen. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren Ende 2009 noch 235.000 Menschen in Afghanistan Binnenvertriebene. Hinzu kommen rund 2,6 Mio. registrierte afghanische Flüchtlinge in der Region. Zur Verbesserung der Situation der Rückkehrer erhielt der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) vom Auswärtigen Amt in den Jahren 2006 bis 2009 insgesamt 9,8 Mio. Euro für Maßnahmen in Afghanistan. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt in demselben Zeitraum für Schutz- und Hilfsmaßnahmen für Rückkehrer insgesamt 5,5 Mio. Euro. Mit diesen Mitteln wurden neben den Rückkehrern in Afghanistan auch Maßnahmen zugunsten afghanischer Flüchtlinge in Pakistan unterstützt (Schutzmaßnahmen und rechtliche Unterstützung, Einkommensschaffende Maßnahmen, Erziehung und Bildung, Wasserversorgung, Notunterkünfte und infrastrukturelle Maßnahmen).

Deutsche und internationale Organisationen haben 2006 bis 2009 unter Beachtung entsprechender Sicherheitsvorkehrungen humanitäre Hilfsprojekte umgesetzt. Die über den Berichtszeitraum auch in Teilen Nordafghanistans verschlechterte Sicherheitslage

erschwert allerdings den Zugang für humanitäre Hilfe. Wiederholt berichteten deutsche und internationale Hilfsorganisationen über Sicherheitszwischenfälle in ihrem jeweiligen Einsatzgebiet.

Pakistan

In direkter Nachbarschaft zu Afghanistan war auch Pakistan 2006 bis 2009 eines der Hauptempfängerlande von Mitteln der humanitären Hilfe des Auswärtigen Amts. So wurden nach dem schweren Erdbeben in Kaschmir im Oktober 2005 auch zu Beginn des Jahres 2006 noch Maßnahmen der Erdbebennothilfe, vor allem zur Überbrückung des Winters, in den am meisten betroffenen Gebieten gefördert. In den schwer zugänglichen Gebirgsregionen waren 380.000 Menschen unter schwierigen logistischen Bedingungen zu versorgen. Das Auswärtige Amt hat mit verschiedenen deutschen Hilfsorganisationen Projekte im Bereich Notunterkünfte, Decken, medizinische Versorgung und Haushaltsgegenstände durchgeführt. Insgesamt wurden hierfür im Jahr 2006 rund 800.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2007 wurden aus Mitteln der humanitären Hilfe des Auswärtigen Amts Hilfsmaßnahmen für Opfer der Überschwemmungen in Belutschistan finanziert, ein Jahr später wurden für das Erdbeben in Belutschistan 380.000 Euro zur Verfügung gestellt und weitere 100.000 Euro für Überschwemmungsoffer in Peshawar.

Großen Bedarf an humanitärer Hilfe hatten die nach wie vor zahlreichen afghanischen Flüchtlinge, die sich in Pakistan aufhalten. Zum Ende des Berichtszeitraumes wurde von geschätzten 1,7 Mio. verbliebenen afghanischen Flüchtlingen in Pakistan ausgegangen. Die Rückkehr der ursprünglich über 5 Mio. Flüchtlinge hatte sich seit 2006 deutlich verlangsamt. Ungefähr die Hälfte der Flüchtlinge lebt in Flüchtlingslagern und ist dort nach Einschätzung des UNHCR hauptsächlich auf humanitäre Hilfe in den Bereichen Sanitär-, Wasser- und medizinische Versorgung angewiesen. Die Bundesregierung unterstützte das Programm des UNHCR in Pakistan im Berichtszeitraum mit insgesamt 1,7 Mio. Euro. Seit 2009 werden auch die Gemeinschaften in Pakistan unterstützt, die afghanische Flüchtlinge aufnehmen, um so das friedliche Zusammenleben von Flüchtlingen und lokaler Bevölkerung zu unterstützen.

Aufgrund der seit Anfang August 2008 immer wieder aufflammenden Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und militanten Extremisten in den Federally Administered Tribal Areas (FATA) sowie der North-West Frontier Province (NWFP) verließen zahlreiche

Bewohner der Region ihre Heimatdörfer und flohen in andere Landesteile. Die Zahl der Binnenflüchtlinge stieg im Sommer 2009 auf bis zu 2 Mio. Menschen an. Die Mehrzahl der Binnenvertriebenen lebte bei Gastfamilien oder in spontan errichteten Unterkünften, nur rund zehn Prozent kamen in offiziellen Lagern unter. Bereits im November 2008 hatte die pakistanische Provinz- und Zentralregierung um internationale Hilfe ersucht. Im Laufe des Jahres 2009 wurden für humanitäre Hilfsmaßnahmen für Binnenflüchtlinge in und außerhalb von Flüchtlingslagern und für Gastgemeinden von der Bundesregierung insgesamt 11,9 Mio. Euro bereitgestellt. Ein besonderer Schwerpunkt der durch das Auswärtige Amt finanzierten Soforthilfe lag bei Projekten, die die medizinische Basisversorgung sicherstellen, sowie bei Projekten aus dem Sanitärbereich und die Verteilung von grundlegenden Bedarfsartikeln (Non-Food-Items). Das BMZ unterstützte mit Mitteln der ENÜH über das Welternährungsprogramm die Versorgung der Binnenflüchtlinge im Nordwesten des Landes mit Nahrungsmittelnothilfe im Umfang von 10 Mio. Euro.

Mittlerer Osten

Irak

Im Irak führte 2006 bis 2009 die anhaltende Gewalt mit häufigen Vorfällen und Übergriffen auf Zivilisten zu einer Verstetigung der hohen Zahl an Binnenvertriebenen und Flüchtlingen. Der Schutz der Zivilbevölkerung und die Sicherstellung der Wasser- und Gesundheitsversorgung vor allem für Binnenvertriebene und die sie aufnehmenden Gemeinden waren im Irak die größten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Die prekäre Sicherheitslage erschwerte diese Aufgabe. Das Auswärtige Amt konnte dennoch zwischen 2006 und 2009 mit Hilfe verschiedener Partner Projekte im Volumen von insgesamt rund 725.000 Euro im Irak umsetzen.

Nach Angaben der Vereinten Nationen konnten im Berichtszeitraum insgesamt rund 500.000 irakische Flüchtlinge und knapp 125.000 Binnenvertriebene in ihre Heimat zurückkehren, allerdings ging der UNHCR auch noch im Juli 2009 von bis zu 2,9 Mio. Binnenvertriebenen und 1,7 Mio. Flüchtlingen in sieben Ländern des Mittleren Ostens aus (Hauptaufnahmeländer sind Syrien, Jordanien und Libanon). Das Auswärtige Amt stellte dem UNHCR in den vergangenen vier Jahren insgesamt 6 Mio. Euro zur Unterstützung der Binnenvertriebenen sowie der Flüchtlinge in Syrien und in Jordanien zur Verfügung.

Daneben finanzierte das Auswärtige Amt zwischen 2006 und 2009 zur Unterstützung irakischer Flüchtlinge in Jordanien Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen in einem Volumen von insgesamt 1,8 Mio. Euro.

Ferner hat sich Deutschland bereit erklärt, im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens in der EU aus humanitären Gründen sowie als Zeichen der Solidarität mit den besonders belasteten Erstaufnahmeländern, 2.500 besonders schutzbedürftige irakische Flüchtlinge aus Jordanien und Syrien aufzunehmen, deren Rückkehr in den Irak ausgeschlossen erscheint. Bis Ende 2009 sind hiervon bereits mehr als 2.000 Personen eingereist.

Südostasien

Sri Lanka

Ebenfalls eine von Menschen verursachte komplexe Notlage war im Berichtszeitraum in Sri Lanka zu beobachten, wo die Kampfhandlungen zum Ende des Bürgerkrieges für viele Menschen gravierende humanitäre Implikationen hatten. Die seit dem 26.6.2006 wieder aufgeflamten Kämpfe zwischen der srilankischen Armee und der LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) in den nördlichen und östlichen Landesteilen zwangen immer mehr Menschen zum Verlassen ihrer ursprünglichen Wohngebiete. Die Zahl der Binnenvertriebenen stieg im Berichtszeitraum auf bis zu 300.000 Menschen, die nach dem Sieg der srilankischen Armee über die LTTE monatelang in militärisch kontrollierten Lagern ohne Recht auf Freizügigkeit festgehalten wurden.

Der Zugang zu den Menschen in Not war für humanitäre Helfer durchweg problematisch. Während der noch aktiven Kampfphase bereitete vor allem die Sicherheit der Helfer große Sorge. Alleine zwischen 2006 und 2008 kamen 30 Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen ums Leben. Auch nach dem Ende der Kampfhandlungen sahen sich die humanitären Akteure starken Behinderungen und Einschränkungen ausgesetzt. Zugang zu den Lagern war nur sehr begrenzt, zu den ehemaligen Kampfgebieten gar nicht möglich. Der Zugang zu den Internierungslagern, in denen ehemalige LTTE-Kämpfer inhaftiert sind, bleibt humanitären Nichtregierungsorganisationen weiterhin verwehrt.

Trotz dieser schwierigen Bedingungen konnte die Bundesregierung ihre humanitäre Hilfe kontinuierlich ausbauen. Während 2006 noch alleine IKRK und UNHCR vom Auswärtigen Amt insgesamt 400.000 Euro zur Unterstützung der Vertriebenen erhielten, wurden 2007

bereits 1,4 Mio. Euro aus Mitteln des Auswärtigen Amts unter anderem auch über vier deutsche Nichtregierungsorganisationen umgesetzt. Im Folgejahr verdoppelte das Auswärtige Amt seinen Beitrag und stellte 2,9 Mio. Euro für Hilfsmaßnahmen in Sri Lanka zur Verfügung. Ein ähnlicher Betrag (3,2 Mio. Euro) kam schließlich auch 2009 den hilfsbedürftigen Menschen auf der Insel zugute. Die finanzierten Projekte konzentrierten sich über die Jahre hinweg vor allem auf Maßnahmen im Bereich Notunterkünfte, Wasserversorgung und Haushalts- und Hygienesets. Gleichzeitig wurden 2009 aus Mitteln des BMZ 2 Mio. Euro für Nahrungsmittelhilfe sowie 2,5 Mio. Euro Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe und 2,5 Mio. aus TZ-Reservemitteln zugunsten von Binnenvertriebenen zur Verfügung gestellt. Der gesamte, von Deutschland zugesagte Betrag belief sich 2009 auf 10,5 Mio. Euro. Die EU stellte aus Mitteln der GD ECHO im gleichen Zeitraum 13 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Bundesregierung trat parallel kontinuierlich auch politisch für eine Verbesserung der Situation der Binnenvertriebenen und uneingeschränkten humanitären Zugang ein. Im Rahmen der Europäischen Union hat sich die Bundesregierung intensiv für ein koordiniertes Vorgehen eingesetzt und war an der Erarbeitung von Ratsschlussfolgerungen beteiligt, die im Oktober 2009 vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten verabschiedet wurden. Seit dem 1.12.2009 genießen alle Binnenvertriebenen grundsätzlich Freizügigkeit. Ende 2009 hatten bereits über die Hälfte der Binnenvertriebenen die Lager verlassen und die Rückkehr in ihre Heimatgebiete angetreten.

China

Neben den beschriebenen komplexen Krisen wurde Asien im Berichtszeitraum auch von mehreren Erdbeben und Flutkatastrophen betroffen, die ein humanitäres Engagement erforderlich machten. Zu einer außergewöhnlichen Akkumulation kam es im Mai 2008, als zwei Naturkatastrophen mit erheblichem Ausmaß in kurzer Folge stattfanden. Während der Zyklon Nargis am 2.5.2008 in Myanmar verheerende Schäden anrichtete, erschütterte am 12.5.2008 die chinesische Provinz Sichuan ein Erdbeben der Stärke 8,0. Die internationale Gemeinschaft stand vor der Herausforderung, die Koordination und Durchführung von Hilfsmaßnahmen in zwei Katastrophengebieten gleichzeitig zu bewältigen.

China hatte – im Unterschied zu früheren Naturkatastrophen – angesichts des Ausmaßes der Schäden ausländische Unterstützung ausdrücklich willkommen geheißen. Als Reaktion

auf dringenden Bedarf finanzierte das Auswärtige Amt die umgehende Bereitstellung von sechs Trinkwasseraufbereitungsanlagen durch das THW. Außerdem stellte das Auswärtige Amt unter anderem Mittel für Notunterkünfte und eine mobile Klinik bereit. Insgesamt wurden durch das Auswärtige Amt Maßnahmen in Höhe von 2,8 Mio. Euro für die Opfer des Erdbebens in China finanziert.

Myanmar

Der Zyklon Nargis hatte Myanmar ca. 250 km südwestlich von Rangun erreicht. Die größten Schäden gab es in der Küstenregion, wo der Zyklon von einer vier Meter hohen Flutwelle begleitet wurde. Viele Ortschaften konnten danach nur mit Boot oder Hubschraubern erreicht werden. Die VN bezifferte die Anzahl der auf Nothilfe angewiesenen Menschen auf 2,4 Mio., die ohne adäquaten Zugang zu Nahrungsmitteln, Trinkwasser oder Unterkünften waren.

Nachdem anfänglich der humanitäre Zugang von der Regierung Myanmars trotz gegenteiliger Ankündigungen zum Teil signifikant erschwert und behindert wurde, verbesserte sich die Situation für internationale humanitäre Helfer nach dem Besuch von VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und der internationalen Geberkonferenz in Rangun, die von der Bundesregierung hochrangig wahrgenommen worden war, deutlich.

Das Auswärtige Amt hat insgesamt 3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, mit denen drei Hilfsflüge ins Katastrophengebiet finanziert sowie der VN-Nothilfeaufruf (Flash Appeal) bedient wurde. Deutsche Hilfsorganisationen haben mit der finanziellen Unterstützung des Auswärtigen Amts vor allem Projekte im Bereich Notunterkünfte, medizinischer Notfallversorgung und Hilfsgüter für den täglichen Bedarf umgesetzt. Zur Koordinierung der umfangreichen Hilfsanstrengungen war vom 30.6. bis zum 21.8.2008 speziell ein Koordinator für die deutsche humanitäre Hilfe der Botschaft Rangun zugeteilt.

Bangladesch / Philippinen

Weitere Tropenstürme (Zyklone) haben in Asien im Berichtszeitraum immer wieder für Verwüstung und große Not unter der Bevölkerung gesorgt. Zyklon „Sidr“ ist im November 2007 über den Golf von Bengalen gezogen. 9 Mio. Menschen waren in Bangladesch und Indien betroffen. Im Mai 2009 wurde die Region erneut von einem Zyklon heimgesucht. „Aila“ verursachte große Schäden in der Küstenregion, 3,9 Mio. Menschen waren

betroffen. Aufgrund der Lage im pazifischen Taifungürtel sind auch die Philippinen eines der am häufigsten von Naturkatastrophen heimgesuchten Länder. Zuletzt kam es im Herbst 2009 zu einer meteorologisch seltenen Akkumulation von Stürmen in kurzer Zeit.

Insgesamt wurden in den Jahren 2006 bis 2009 Mittel in Höhe von 3,7 Mio. Euro für Projekte der Flutopferhilfe nach Überschwemmungen und Tropenstürmen in den besonders betroffenen Ländern Bangladesch und Philippinen, sowie in Indien und Vietnam, zur Verfügung gestellt.

Indonesien

Indonesien schließlich sah sich im Berichtszeitraum mit verschiedenen Naturkatastrophen konfrontiert. Neben Hilfe für die Opfer von Überschwemmungen auf Sumatra im Jahr 2007 wurden 2006 und 2009 auch Mittel für Maßnahmen nach den Erdbeben in Java (Mai 2006) sowie Westjava und Sumatra (September/Oktober 2009) vom Auswärtigen Amt bereit gestellt. Insgesamt rund 2,5 Mio. Euro wurden im Berichtszeitraum für Projekte vor allem in den Bereichen medizinische Basisversorgung, Wasser, Sanitär und Hygiene, Nahrungsmittel und Shelter/Non-Food-Items (d.h. Zelte, Decken, Planen, Matratzen, Kochgeschirr etc.) umgesetzt.

Eurasien

Südkaucasus

In den Berichtszeitraum fiel auch die Krise im Südkaucasus. Am 8.8.2008 brach in Südossetien ein militärischer Konflikt zwischen Georgien und Russland aus und zwang einen Großteil der Bevölkerung aus Gebieten in Südossetien und im Zchinwali-Gori Korridor zur Flucht. Nach UNHCR-Angaben waren zwischenzeitlich bis zu 158.000 Menschen durch den Konflikt vertrieben.

Zusätzlich zu den durch die Kampfhandlungen betroffenen Menschen waren auch rund 220.000 Binnenvertriebene, die teilweise bereits vor etlichen Jahren vor allem aus Abchasien nach Georgien geflohen waren, auf externe Hilfe angewiesen. Die Ermittlung des konkreten humanitären Bedarfs stellte sich nicht zuletzt aufgrund des stark eingeschränkten Zugangs nach Abchasien und Südossetien schwierig dar. Allein das IKRK hatte in der ersten Zeit Zugang zu den hilfsbedürftigen Menschen in Südossetien. Das

Auswärtige Amt stellte umgehend 1 Mio. Euro für Hilfsmaßnahmen des IKRK und des UNHCR zur Verfügung.

Das Auswärtige Amt stellte insgesamt 1,6 Mio. Euro für Maßnahmen der humanitären Hilfe zur Verfügung, mit denen neben den Maßnahmen des UNHCR und des IKRK auch insgesamt drei Projekte von vor Ort vertretenen deutschen Hilfsorganisationen (CARE, Caritas und Diakonie Katastrophenhilfe) in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern finanziert wurden.

11.3 Naher Osten

Libanon

Die Versorgung der Betroffenen des so genannten Sommerkriegs zwischen der Hisbollah und Israel im Libanon war die wichtigste Aufgabe der humanitären Hilfe im Sommer und Herbst 2006 in dieser Region. Rund 1.200 Menschen starben, etwa 4.400 wurden verletzt. Eine Million Menschen verließen wegen der Kämpfe ihr Zuhause. Von diesen flohen mehr als 230.000 in die Nachbarländer.

Insgesamt stellte die Bundesregierung Hilfsorganisationen mehr als 6,5 Mio. Euro für akute Hilfsmaßnahmen für die Zivilbevölkerung bereit, davon gut 4,5 Mio. Euro das Auswärtige Amt und 2 Mio. Euro das BMZ.

Die Mittel wurden größtenteils über internationale Hilfsorganisationen umgesetzt (IKRK, UNHCR und WEP). Im Mittelpunkt standen die Versorgung von Verletzten, die Auslieferung von Hilfsgütern und die Verteilung von Lebensmitteln und Trinkwasser. Die Bundesregierung unterstützte ferner deutsche Hilfsorganisationen zur Versorgung der Flüchtlinge mit Medikamenten, Matratzen und Hygieneartikeln.

Im Sommer 2007 flohen im Zuge dreimonatiger Kämpfe zwischen Extremisten und der libanesischen Armee um das palästinensische Flüchtlingslager Nahr-el-Bared im Norden Libanons die rund 30.000 Bewohner des Flüchtlingslagers. Die meisten fanden vorübergehend Unterkunft im nahe gelegenen Lager Beddawi. Das Lager Nahr-el-Bared selbst wurde vollständig zerstört, auch umliegende Gebiete wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Die Bundesregierung stellte dem VN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten UNRWA daraufhin 750.000 Euro zur Verfügung, zum einen zur medizinischen Versorgung der betroffenen Bevölkerung (500.000 Euro) sowie für Nahrungsmittelhilfe (250.000 Euro). Zudem unterstützte die Bundesregierung den Bau von drei UNRWA-Behelfsschulen in Nahr-el-Bared und Beddawi mit rund 1,5 Mio. Euro, damit der Schulunterricht trotz der zerstörten Schulen in Nahr-el-Bared weiter geführt werden konnte. Ebenfalls finanziert wurde die Notinstandsetzung von beschädigten Häusern in Nahr-el-Bared sowie Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen, um die hygienische Versorgung der Flüchtlingsfamilien und Kleinkinder zu sichern. In Reaktion auf den UNRWA-Hilfsaufruf für Nahr-el-Bared vom September 2008 stellte die Bundesregierung UNRWA 2008 weitere 250.000 Euro humanitäre Hilfe bereit und setzte auch ihre Unterstützung für die Notinstandsetzung von Häusern fort. 2009 unterstützte die Bundesregierung ein UNRWA-Projekt zum humanitären Minenräumen in Nahr-el-Bared. Der Wiederaufbau des Lagers durch UNRWA hat Ende 2009 begonnen.

Palästinensische Gebiete

In den palästinensischen Gebieten hat sich die humanitäre Lage im Berichtszeitraum weiter verschlechtert. Seit der Machtübernahme durch die Hamas im Gaza-Streifen im Sommer 2007 und der israelischen Militäroperation „Gegossenes Blei/Cast Lead“ zum Jahreswechsel 2008/2009 ist der Zugang auch für humanitäre Helfer und Hilfsgüter stark eingeschränkt. Die Militäroperation forderte nach VN-Angaben insgesamt ca. 1.400 Todesopfer. 5.215 Menschen wurden verletzt, darunter 200 Israelis. Mehr als 21.000 Gebäude wurden nach palästinensischen Angaben zerstört bzw. stark beschädigt. Die Auseinandersetzungen zum Jahreswechsel führten zu einer nochmaligen Vertiefung der Hilfeabhängigkeit der Bevölkerung in Gaza.

Die Menge der Hilfsgüter, die eingeführt werden können, deckt den humanitären Bedarf nicht ab. Nach VN-Angaben leben in Gaza 65% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, 37 % in extremer Armut. Etwa 74% der Gesamtbevölkerung Gazas von 1,4 Mio. Menschen sind palästinensische Flüchtlinge.

Die Bundesregierung hat sich im Berichtszeitraum wie die VN und die EU wiederholt für die Öffnung der Grenzen zum Gaza-Streifen und Lieferung von Lebensmitteln, Baumaterial und Erleichterung der Geldlieferung eingesetzt. Sie setzt diese Bemühungen

fort wie auch ihre Anstrengungen zur Linderung der Not der betroffenen Bevölkerung durch die Bereitstellung humanitärer Hilfe. Dieses bezog auch das Westjordanland mit ein. Auch dort stellt sich die humanitäre Lage aufgrund der anhaltenden Konfliktsituation und damit verbundenen Einschränkungen einschließlich Bewegungshindernissen unbefriedigend dar. Hauptpartner der Bundesregierung in der humanitären Hilfe in den Jahren 2006 bis 2009 waren UNRWA und das IKRK sowie deutsche Nichtregierungsorganisationen, die allein vom Auswärtigen Amt bereits im Berichtszeitraum insgesamt 13,3 Mio. Euro erhielten (ohne freiwillige Beiträge an UNRWA). Mit diesen Mitteln wurden Hilfs- und Schutzmaßnahmen in den palästinensischen Gebieten und die Bereitstellung von Notunterkünften und Notinstandsetzung von Wohnhäusern unterstützt. Die Bundesregierung finanzierte ferner Nahrungsmittelhilfe und Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und Trinkwasserversorgung sowie die Bereitstellung von Hilfsgütern wie Hygiene- und Babykits, Decken und Medikamenten.

11.4 Arabische Halbinsel

Jemen

Der teils politisch, teils religiös motivierte Konflikt im Norden Jemens zwischen den sogenannten Houthi-Rebellen und der Regierung flammte im Berichtszeitraum wiederholt auf. Laut OCHA und UNHCR ist die Zahl der registrierten Binnenvertriebenen, die seit Ausbruch des Konflikts 2004 auf der Flucht sind, im Zeitraum von 2004 bis 2009 auf ca. 250.000 gestiegen. Die Versorgungslage in den vom Konflikt betroffenen Regionen, insbesondere auch im Norden der Provinz Sa'ada ist nach VN-Angaben sehr schlecht. Zu bestimmten Konfliktgebieten besteht keinerlei Zugang. Die Regierung hat 2009 erstmals der Veröffentlichung eines Hilfsaufrufs der VN zur Begegnung der humanitären Krise infolge des Konflikts zugestimmt. Die VN richten sich auf ein längerfristiges humanitäres Engagement ein.

Neben der Zahl der Binnenvertriebenen ist auch die Zahl der Flüchtlinge im Jemen im Berichtszeitraum stetig angestiegen. Nach UNHCR-Angaben hielten sich 2009 etwa 170.000 Flüchtlinge, zumeist aus Somalia und Äthiopien, im Jemen auf. Die Aufnahme dieser Flüchtlinge stellt für den Jemen wirtschaftlich wie sozial eine große Herausforderung dar. 2008 wurde der Osten des Landes zudem von schweren Überschwemmungen betroffen.

Die Bundesregierung hat für Hilfs- und Schutzmaßnahmen zugunsten der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge dem UNHCR und dem IKRK in den Jahren 2007 bis 2009 humanitäre Hilfe in Höhe von 2,3 Mio. Euro bereit gestellt. Projektpartner war ferner das WEP, das Nahrungsmittelhilfe geleistet hat. Über Botschaftsprojekte wurden Hilfsgüter wie Decken, Kleidung und Wasserkanister an die Betroffenen verteilt.

Die Bundesregierung hat zudem Hilfsmaßnahmen des UNHCR für die Betroffenen der Überschwemmungen 2008 finanziert. Auf diesem Weg wurde die Versorgung der betroffenen Bevölkerung u.a. mit Notunterkünften, Decken und Küchensets unterstützt. In der Folge hat die Bundesregierung ein Projekt der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung zur Stärkung der Katastrophenvorsorgekräfte der Bevölkerung im Jemen aufgenommen.

Im Berichtszeitraum hat die Bundesregierung ferner ihr Engagement im Bereich des humanitären Minenräumens im Jemen fortgesetzt.

11.5 Amerika

Mittelamerika und die Karibik

Mittelamerika und die Karibik wurden 2006 bis 2009 regelmäßig von Wirbelstürmen betroffen. Zudem traten Starkregenfälle, Überschwemmungen, Erdbeben und Erdbeben auf, dies auch in anderen Teilen des lateinamerikanischen Subkontinents, beispielsweise in Peru 2007 mit 710.000 Betroffenen.

Besonders schwer betroffen war Haiti. Nach Überschwemmungen 2006 richteten der Hurrikan Dean 2007 sowie 2008 die Hurrikane Fay, Gustav, Hanna und Ike weitreichende Schäden an und forderten zahlreiche Opfer. Allein infolge der vier schweren Hurrikane waren dort 2008 820.000 Menschen betroffen, mehr als 790 Menschen kamen ums Leben. Die vier Hurrikane betrafen auch Kuba.

Im November 2009 führte der Wirbelsturm Ida zu einem Blitzaufruf der Vereinten Nationen für El Salvador, der den humanitären Bedarf für 75.000 Betroffene auf 13 Mio. USD für sechs Monate bezifferte. Auch in Nicaragua richtete der Wirbelsturm Schäden an.

Die Bundesregierung hat entsprechend dem jeweiligen Bedarf in diesen Ländern humanitäre Hilfsmaßnahmen deutscher Nichtregierungsorganisationen finanziert. Insbesondere wurden die medizinische Versorgung von Opfern unterstützt sowie die Auslieferung von Hilfsgütern zur Basisversorgung (Hygienekits, Küchensets, Wasserfilter u.Ä.). Zudem hat die Bundesregierung die Bereitstellung von Notunterkünften und die Notinstandsetzung von Häusern gefördert. Im Berichtszeitraum hat die Bundesregierung in Mittelamerika und der Karibik insgesamt rund 2,15 Mio. Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen zu Verfügung gestellt. Auch Nahrungsmittelhilfe wurde bereit gestellt.

Angesichts der regelmäßig wiederkehrenden schweren Naturkatastrophen hat die Bundesregierung ihre Anstrengungen zur Stärkung der Katastrophenvorsorge in dieser Region im Berichtszeitraum intensiviert, um dazu beizutragen, dass Leben und Lebensgrundlagen schon im Vorfeld von Naturkatastrophen besser geschützt werden.

Kolumbien

Anhaltender humanitärer Bedarf besteht daneben in Kolumbien. Der dortige Konflikt, der jährlich etwa 300.000 Menschen zu Binnenflüchtlingen oder Flüchtlingen macht, ist weiter ungelöst. Die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen infolge des bereits seit mehr als 40 Jahren andauernden Konflikts zwischen staatlichen Sicherheitskräften, Guerillagruppen und Paramilitärs liegt zwischen 3,1 und 4,6 Mio. Menschen. Auch die Nachbarländer sind betroffen: In Ecuador halten sich nach Angaben des UNHCR knapp 150.000 Flüchtlinge auf, davon 97% Kolumbianer. In Panama befinden sich ca. 17.200 Flüchtlinge und Asylbewerber, von denen 16.600 aus Kolumbien stammen.

Obwohl Kolumbiens Rechtssystem einen hohen Schutz der Rechte der Binnenvertriebenen gewährleistet und die kolumbianische Regierung erhebliche finanzielle Anstrengungen zur Eindämmung der Binnenvertreibung und zur Unterstützung der Betroffenen unternimmt, ist internationale Hilfe erforderlich, um den humanitären Bedarf der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge zu decken. Die Bundesregierung hat zur Versorgung der Binnenflüchtlinge das IKRK und deutsche Nichtregierungsorganisationen im Berichtszeitraum mit insgesamt 6,42 Mio. Euro unterstützt. Zudem hat die Bundesregierung den UNHCR in Ecuador und Panama bei der Durchführung von Hilfs- und Schutzmaßnahmen zugunsten kolumbianischer Flüchtlinge im Berichtszeitraum mit rund 600.000 Euro gefördert. Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung auch in Kolumbien für die Stärkung der

Katastrophenvorsorge durch Projektarbeit ein. Die Bundesregierung hat ferner Maßnahmen kolumbianischer Nichtregierungsorganisationen für Minenopfer in Kolumbien gefördert.

11.6 Europa

Balkan

Im Fokus der humanitären Hilfe in Europa stand 2006 bis 2009 die Unterstützung von Flüchtlingen und Vertriebenen der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan in den neunziger Jahren. Der UNHCR bezifferte die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in den Ländern des westlichen Balkans im Juli 2009 auf über 385.000 (349.981 Binnenvertriebene und 35.267 Flüchtlinge), die meisten von ihnen in Serbien, gefolgt von Bosnien und Herzegowina. Für Tausende Betroffene, die in so genannten Kollektivzentren und anderen temporären Unterkünften leben, sind Programme zur Schaffung von dauerhaften Lösungen weiterhin notwendig. Zwar kann in der Gesamtregion nicht mehr von einer allgemeinen, akuten humanitären Notlage gesprochen werden. Flüchtlinge, Vertriebene und Rückkehrer sind aber weiterhin bedürftige Zielgruppen für humanitäre Hilfe. Für Flüchtlinge und Vertriebene, denen eine Rückkehr aus persönlichen Gründen wie Alter oder Krankheit oder traumatischen Kriegserfahrungen nicht mehr möglich ist, müssen ebenfalls Lösungen gefunden werden. Die Reintegration in den früheren Wohnorten wird nicht zuletzt durch die allgemein schwierige gesamtwirtschaftliche Lage der Länder des ehemaligen Jugoslawiens, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und einen Mangel an Arbeitsplätzen erschwert. Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund ihr Engagement, das zugleich den insgesamt rückläufigen Flüchtlings- und Vertriebenen Zahlen sowie dem Prozess des Heranführens der betroffenen Länder an die EU Rechnung trägt, für eine erfolgreiche, nachhaltige Rückkehr und Reintegration der Vertriebenen fortgesetzt. Sie hat dazu 2006 bis 2009 auch Maßnahmen der humanitären Hilfe unterstützt und dafür schwerpunktmäßig Mittel des Stabilitätspakts Südosteuropa eingesetzt (2006: 3,3 Mio. Euro, 2007: 1,57 Mio. Euro, 2008: 1,4 Mio. Euro und 2009: 1,45 Mio. Euro). Mit diesen Mitteln wurden der Neubau und die Wiederherstellung von Wohnraum, die Instandsetzung und Ausstattung von Gesundheitszentren sowie Ausstattungs- und Winterhilfen finanziert. Projektpartner waren deutsche Nichtregierungsorganisationen. Schwerpunktländer waren Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kosovo, 2009 auch Montenegro.

Da große Teile von Kroatien und Bosnien und Herzegowina noch immer durch Landminen kontaminiert sind, hat die Bundesregierung Mittel des Stabilitätspakts Südosteuropa zudem auch für Projekte des humanitären Minen- und Kampfmittelräumens eingesetzt (2007: 0,746 Mio. Euro; 2008: 2,1 Mio. Euro; 2009: 0,850 Mio. Euro).

Die Bundesregierung hat darüber hinaus humanitäre Hilfsmaßnahmen in Rumänien nach Überschwemmungen 2006 und in Serbien, das 2007 von Überschwemmungen betroffen war, unterstützt. Ferner finanzierte die Bundesregierung 2008 ein Projekt zur medizinischen Nothilfe für Opfer der Explosion von Munitionsbeständen in Albanien.

12. Deutsche humanitäre Hilfe im internationalen Vergleich

Exakte und transparente Berichterstattung über die für humanitäre Hilfe eingesetzten Haushaltsmittel gehört zu den 23 Prinzipien und guten Praktiken humanitärer Geberschaft (siehe Kapitel 10.3.2.), auf die sich 2003 die großen humanitären Geber in Stockholm verpflichtet haben. Trotz vielfältiger Bemühungen, um im internationalen Maßstab vergleichbare Daten zur humanitären Hilfe zu erhalten, bleibt es schwierig, verlässliche und präzise Aussagen über die von den staatlichen Gebern bereit gestellten Mittel zu treffen. Dies liegt zum einen daran, dass es keine einheitliche und verbindliche Definition von humanitärer Hilfe für Zwecke der statistischen Erfassung der humanitären Zahlungsströme gibt und unterschiedliche Statistiken deshalb deutlich voneinander abweichende Ergebnisse liefern. Zum anderen beruhen alle Statistiken auf Datenmaterial, das von den Gebern selbst erhoben und übermittelt wird, so dass die in den Statistiken erfassten Daten auch von der Sorgfalt und von den spezifischen Interessen des jeweiligen Geberstaats beeinflusst werden. Vor diesem Hintergrund sind auch die im statistischen Anhang enthaltenen Tabellen zu betrachten (Anlagen 17 a und b), die gleichwohl einen realistischen Überblick über die Größenordnung der Ausgaben der einzelnen Geberstaaten sowie über generelle Trends vermitteln.

Das Volumen der gesamten internationalen humanitären Hilfe hat im Berichtszeitraum deutlich zugenommen und laut Datenbank des Büros der VN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA) 2009 den Betrag von 11,2 Mrd. USD erreicht. Mit Abstand größter internationaler Geber bleiben die USA, die bis zu 30% zum Gesamtbetrag der humanitären Hilfe staatlicher Geber beitragen. Zweitgrößter Geber ist die

EU, deren Beitrag sich auf rund 10% beläuft. Als mit rund 20% größter Beitragszahler hat Deutschland an den aus dem EU-Haushalt für humanitäre Hilfe bereit gestellten Mitteln einen erheblichen Anteil. Die EU und ihre Mitgliedstaaten zusammen stehen regelmäßig für mehr als die Hälfte der internationalen humanitären Hilfe.

Deutschland hat seine humanitäre Hilfe im Berichtszeitraum um rund 40% gesteigert und stieg in der Rangfolge der staatlichen humanitären Geber zum Ende des Berichtszeitraums auf den fünften Platz. Im Verhältnis zu seinem Bruttoinlandsprodukt erreichte Deutschland in den VN-Statistiken jedoch nur Rang 15. Diese Platzierung ergibt sich daraus, dass Deutschland im Vergleich zu den anderen großen Gebern einen weit unterdurchschnittlichen Anteil seiner öffentlichen Entwicklungshilfegelder (ODA) für humanitäre Hilfe bereit stellt. Laut Geberstatistik des Entwicklungshilfekomitees der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) entfielen 2008 nur 2,1% der deutschen ODA-Mittel auf humanitäre Hilfe, während andere große Geber wie Schweden (7,7%), Großbritannien und die Niederlande (je 5,8%) deutlich höhere Anteile für humanitäre Hilfe einsetzten. Der Durchschnittswert aller OECD-Länder für den Anteil der humanitären Hilfe an der Gesamt-ODA lag 2008 bei 7,25%. Die offizielle humanitäre Hilfe Deutschlands hat im internationalen Vergleich deshalb weiterhin nicht das Gewicht, das etwa in seiner Position in der weltweiten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (2009 weltweit dritt-größter ODA-Geber) oder im Beitrag zum Budget der Vereinten Nationen (2009 rund 8,8%) zum Ausdruck kommt. Dieser Umstand wurde im Rahmen des OECD-DAC-Deutschlandexamens 2005 von den Prüfern kritisch angemerkt und dürfte auch bei der 2010 turnusmäßig anstehenden neuerlichen DAC Peer Review wieder thematisiert werden.

13. Trends und Herausforderungen

Die humanitäre Hilfe sieht sich immensen Herausforderungen gegenüber. Allein die Zahl der von wetter- oder klimabedingten Naturkatastrophen betroffenen Menschen hat sich in den letzten dreißig Jahren kontinuierlich von rund 250 Mio. auf ungefähr 1,5 Milliarden erhöht. Nach dem World Development Report 2010 wird dieser Trend in Folge von Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und Klimawandel anhalten: Am stärksten von Naturkatastrophen betroffen sind mit deutlich zunehmender Tendenz die Bewohner von Staaten mit mittlerem bis geringem Einkommen. Führt man sich vor Augen, dass der

größte Teil des Bevölkerungszuwachses für die afrikanischen und asiatischen Metropolen vorhergesagt wird, in denen schon heute die Anfälligkeit gegenüber Naturkatastrophen am größten ist, wird die Dimension der Herausforderung klarer. Das Ausmaß der komplexen, mit politischen Problemen verwobenen humanitären Krisen ist dabei nicht geringer geworden. Für die humanitäre Hilfe bedeutet dies, dass der Bedarf weiter steigen wird. Mit Investitionen in die Katastrophenvorsorge und in Reformen des internationalen humanitären Systems wird versucht, wirksam gegenzusteuern.

Die erste Aufgabe ist natürlich: Verbesserung der Effizienz der eingesetzten Mittel, insbesondere auch durch bessere Koordinierung mit den Leistungen anderer bilateraler und multilateraler Geber. Dabei zeichnen sich Erfolge ab: So haben sich Volumen und Geberbasis des Nothilfefonds CERF (Central Emergency Response Funds) der VN, der die internationale Gemeinschaft in die Lage versetzt, auf humanitäre Notlagen schnell und effizient zu reagieren, in den ersten fünf Jahren seines Bestehens kontinuierlich ausgeweitet: auf deutlich über 100 Staaten, die 2009 399 Mio. US-Dollar bereit und für 2010 419 Mio. US-Dollar in Aussicht stellten. Eine im Frühjahr 2010 abgeschlossene internationale Evaluierung bewertet die Einführung des sog. Cluster-Systems, das die Koordinierung bestimmter Nothilfe-Sektoren einzelnen VN-Organisationen, VN-Programmen oder großen NGOs zuordnet, grundsätzlich positiv. Die konsolidierten Hilfsaufrufe der VN (Consolidated Appeal-Process, CAP) finden immer mehr Akzeptanz und Verbreitung. Sie sind als „Werkzeug“ angelegt, um gemeinsam die Beiträge der humanitären Hilfsorganisationen zur Bewältigung von Katastrophen zu planen, umzusetzen und zu überwachen. Gleichzeitig wird an ihrer Fortentwicklung (vor allem mit Blick auf einheitliche Grundlagen einer gemeinsamen Bedarfsermittlung, im Englischen „Common needs assessment“ genannt) gearbeitet. OCHA als zentraler Akteur des internationalen humanitären Systems treibt diese Prozesse voran und erfüllt im Katastrophenfall seine umfassende Koordinierungsfunktion immer effizienter.

Deutschland bietet sich mit Übernahme des Vorsitzes der OCHA-Unterstützergruppe (Donor Support Group) 2012-2013 die Chance, an zentraler Stelle mit zu steuern und Einfluss zu nehmen. Um dies glaubwürdig und erfolgreich tun zu können, empfiehlt es sich, im Vorfeld eine kritische Bestandsaufnahme der Strukturen, Ressourcen, Instrumente und Partner unserer humanitären Hilfe vorzunehmen. Zum Beispiel werden international zunehmend mehrjährige Unterstützungszusagen üblich. Darüber hinaus werden im Zuge

des Pooled Fundings immer mehr Länderfonds eingerichtet. Das deutsche Haushalts- und Zuwendungsrecht erlaubt aber noch keine Teilnahme an dieser Entwicklung, so dass es für Deutschland eine besondere Herausforderung sein wird, als Geber nicht an Bedeutung und Einfluss zu verlieren. Alternative und kreative Lösungen werden gefragt sein. Die DAC Peer Review der OECD und die Evaluierung der deutschen humanitären Hilfe, die auf eine Initiative aus dem 16. Deutschen Bundestag zurückgeht, dürften diesbezüglich wertvolle Hinweise geben. Mit ihren Ergebnissen ist im Herbst 2010 zu rechnen.

Die Zukunft ist damit beschrieben: Steigender humanitärer Bedarf bei schwer einschätzbaren budgetären Rahmenbedingungen fordert, noch gezielter vorzugehen, Möglichkeiten der Effizienzsteigerung an jeder Stelle auszuloten und eine noch größere Synergie mit den Vereinten Nationen zu suchen.

Humanitäre Hilfe der Bundesregierung nach Ressorts 2006 bis 2009

Auswärtiges Amt (AA)	
Humanitäre Hilfe und Katastrophenvorsorge (einschließlich Mittel der Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan) ¹	289.190.365
Humanitäres Minenräumen (einschließlich Mittel der Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan)	61.985.742
Freiwillige nicht zweckgebundene Beiträge ²	44.795.250
insgesamt	395.971.357

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	
Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	332.594.960
Ernährungssicherungsprogramme	58.079.516
Katastrophenvorsorge	27.212.038
Freiwillige nicht zweckgebundene Beiträge an das WEP ³	92.032.000
insgesamt	509.918.514

Bundesministerium des Innern (BMI)	
Kosten für Hilfsmaßnahmen des THW im Rahmen von EU-Abkommen und anderen Verträgen sowie Erkundungsmaßnahmen und Schnelleinsätze weltweit (THW-Eigenmittel, Kapitel 0629 Titel 532 02)	595.000

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)	
Hilfeinsätze der Bundeswehr im Ausland	19.021.886

Bund insgesamt	925.506.757
-----------------------	--------------------

Quellen: Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Verteidigung

¹ einschließlich Mittel der Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan sowie Projektmittel für UNRWA aus Titel 687 35 UT 5

² an UNHCR, UNRWA, OCHA

³ Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Hinweis: Angaben in Euro, sofern nicht ausdrücklich anders angegeben

Humanitäre Hilfe der Bundesregierung nach Zielländern und Ressorts 2006 bis 2009

Land	AA		insgesamt	BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP AFG ¹ und StP SOE ²)	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)		Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	Ernährungs- sicherungs- programme	insgesamt			
Afghanistan	23.145.421	18.741.271	41.886.692	38.336.995	8.900.000	47.236.995		541.201	89.664.888
Ägypten		526.433	526.433	0		0			526.433
Albanien	64.170	1.065.159	1.129.329	0		0			1.129.329
Algerien	100.000		100.000	200.000		200.000			300.000
Angola	56.786	3.600.919	3.657.705	4.051.700	1.817.014	5.868.714			9.526.419
Antigua und Barbuda			0	0		0			0
Argentinien	51.357		51.357	0		0			51.357
Armenien			0	0		0			0
Aserbaidschan			0	0		0			0
Äthiopien	3.956.600	613.982	4.570.582	7.258.500	1.382	7.259.882			11.830.464
Bangladesch	1.738.792		1.738.792	3.630.000		3.630.000			5.368.792
Belarus			0	0		0			0
Belize			0	0		0			0
Benin	86.840		86.840	0		0			86.840
Bhutan	50.000		50.000	0		0			50.000
Bolivien	883.037		883.037	660.000	698.520	1.358.520			2.241.557
Bosnien und Herzegowina	3.619.336	10.567.031	14.186.367	0		0			14.186.367
Botsuana			0	0		0			0
Brasilien	496.763		496.763	0		0			496.763
Bulgarien			0	0		0			0
Burkina Faso	189.659		189.659	1.200.000		1.200.000			1.389.659
Burundi	916.724		916.724	10.386.518	4.102.510	14.489.028			15.405.752
Chile		49.090	49.090	0		0			49.090

Land	AA		BMZ				BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP AFG ¹ und StP SOE ²)	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt			
China (Taiwan)			0	0		0			0
China	2.785.856		2.785.856	0		0		587.149	3.373.005
Costa Rica	54.939		54.939	0		0			54.939
Côte d'Ivoire	1.250.000		1.250.000	0		0			1.250.000
Dominikanische Republik	137.005		137.005	0		0			137.005
Dschibuti	181.713		181.713	0		0			181.713
Ecuador	491.163		491.163	0		0			491.163
El Salvador	100.000	200.000	100.000	0		0			100.000
Eritrea	297.107		297.107	0		0			297.107
Estland			0	0		0			0
Fidschi			0	0		0			0
Gabun			0	0		0			0
Gambia	100.500		100.500	0		0			100.500
Georgien	2.387.803	200.000	2.587.803	0		0			2.587.803
Ghana	424.876		424.876	1.200.000		1.200.000			1.624.876
Grenada			0	0		0			0
Griechenland			0	0		0			0
Guatemala			0	0		0			0
Guinea	501.759		501.759	2.324.981	2.710.000	5.034.981			5.536.740
Guinea-Bissau	227.942		227.942	450.000		450.000			677.942
Guyana			0	0		0			0
Haiti	858.185		858.185	2.096.000	1.027.000	3.123.000			3.981.185
Honduras	115.362		115.362	0		0			115.362
Indien	712.889		712.889	140.000		140.000			852.889

Land	AA			BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP AFG ¹ und StP SOE ²)	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt			
Indonesien	2.499.940		2.499.940	1.500.000		1.500.000			3.999.940
Irak	14.760.039	760.059	15.520.098	0		0			15.520.098
Iran	1.000.000		1.000.000	0		0			1.000.000
Israel									
Jamaika	50.000		50.000	0		0			50.000
Japan			0	0		0			0
Jemen	1.800.889	1.031.082	2.831.971	800.000		800.000			3.631.971
Jordanien		1.024.477	1.024.477	0		0			1.024.477
Kambodscha	26.612	3.446.004	3.472.616	4.975.000		4.975.000			8.447.616
Kamerun			0	0		0			0
Kap Verde			0	0		0			0
Kasachstan			0	0		0			0
Kenia	11.413.058		11.413.058	3.868.600	8.002	3.876.602			15.289.660
Kirgisistan	19.700		19.700	600.000	1.000.000	1.600.000			1.619.700
St. Kitts und Nevis			0	0		0			0
Kolumbien	6.414.993	674.233	7.089.226	7.374.375		7.374.375			14.463.601
Kongo, DR	21.340.067		21.340.067	16.223.873	14.048.951	30.272.824			51.612.891
Kongo, Rep.			0	0		0			0
Korea, DVR	1.565.000		1.565.000	7.300.350		7.300.350			8.865.350
Kosovo	373.050		373.050	0		0			373.050
Kroatien	516.302	3.200.000	3.716.302	0		0			3.716.302
Kuba	180.000		180.000	0		0			180.000
Laos	80.000	2.155.592	2.235.592	2.840.000		2.840.000			5.075.592
Lesotho			0	1.249.838		1.249.838			1.249.838

Land	AA		BMZ				BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP AFG ¹ und StP SOE ²)	Humanitäres Minderträumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt			
Lettland			0	0		0			0
Libanon	6.261.143	1.403.407	7.664.550	2.350.000		2.350.000		3.361.541	13.376.091
Liberia	1.134.868		1.134.868	13.381.995	1.600.000	14.981.995			16.116.863
Libyen	100.000		100.000	0		0			100.000
Litauen			0	0		0			0
Madagaskar	371.134		371.134	450.000		450.000			821.134
Malawi	87.227		87.227	1.349.920		1.349.920			1.437.147
Malediven			0	0		0			0
Mali	100.000	63.885	163.885	950.000		950.000			1.113.885
Malta			0	0		0			0
Marokko			0	0		0			0
Mauretanien	105.391	124.616	230.007	1.750.000		1.750.000			1.980.007
Mazedonien			0	0		0			0
Mexiko	282.437		282.437	0		0			282.437
Moldau, Rep.			0	0		0			0
Mongolei	47.150		47.150	0		0			47.150
Montenegro	654.602		654.602	0		0			654.602
Mosambik	1.312.531		1.312.531	5.940.000		5.940.000			7.252.531
Myanmar	2.689.557		2.689.557	11.623.500		11.623.500			14.313.057
Namibia	268.075		268.075	0		0			268.075
Nepal	147.711		147.711	8.065.000	3.497.928	11.562.928			11.710.639
Nicaragua	171.060		171.060	1.175.000		1.175.000			1.346.060
Niger	409.733		409.733	350.000		350.000			759.733
Nigeria	200.000		200.000	0		0			200.000
Niue			0	0		0			0

Land	AA		BMZ				BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP AFG ¹ und StP SOE ²)	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt			
Pakistan	10.873.140		10.873.140	13.200.000		13.200.000	14.531.995	38.605.135	
Palästinensische Gebiete	16.461.192		16.461.192	4.200.000		4.200.000		20.661.192	
Panama	195.172		195.172	0		0		195.172	
Papua Neuguinea	20.000		20.000	0		0		20.000	
Paraguay	12.802		12.802	0		0		12.802	
Peru	411.918	194.425	606.343	300.000		300.000		906.343	
Philippinen	2.358.922		2.358.922	2.005.000		2.005.000		4.363.922	
Polen			0	0		0		0	
Ruanda	298.022	300.000	598.022	1.920.000	1.205.202	3.125.202		3.723.224	
Rumänien	101.531		101.531	0		0		101.531	
Russische Föderation	1.477.430	234.485	1.711.915	0		0		1.711.915	
Salomonen	50.000		50.000	0		0		50.000	
Sambia	127.327		127.327	1.200.000		1.200.000		1.327.327	
Samoa	100.000		100.000	0		0		100.000	
Senegal	50.000		50.000	1.620.000	1.369.596	2.989.596		3.039.596	
Serbien ³	3.388.535	995.000	4.383.535	0		0		4.383.535	
Sierra Leone			0	3.420.000	1.754.994	5.174.994		5.174.994	
Simbabwe	6.733.248		6.733.248	14.329.567		14.329.567		21.062.815	
Slowakische Republik			0	0		0		0	
Somalia	16.560.118	300.000	16.860.118	14.305.000	1.700.000	16.005.000		32.865.118	
Sri Lanka	7.925.780	283.450	8.209.230	6.410.000	3.260.003	9.670.003		17.879.233	
Südafrika			0	0		0		0	

Land	AA		BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP AFG ¹ und StP SOE ²)	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme			
Sudan	29.113.142	2.953.253	32.066.395	31.722.279	2.300.000			66.088.674
Suriname			0	0			0	0
Swasiland	48.239		48.239	500.000			500.000	548.239
Syrien	1.040.000		1.040.000	0			0	1.040.000
Tadschikistan	84.534	3.024.617	3.109.151	3.170.000	2.000.000		5.170.000	8.279.151
Tansania	362.000		362.000	2.265.433			2.265.433	2.627.433
Thailand	319.933		319.933	0			0	319.933
Timor-Leste	50.000		50.000	200.000	700.000		900.000	950.000
Togo	135.162		135.162	0			0	135.162
Tonga			0	0			0	0
Tschad	16.953.236		16.953.236	9.617.340			9.617.340	26.570.576
Tschechische Republik			0	0			0	0
Tunesien			0	0			0	0
Türkei			0	0			0	0
Turkmenistan			0	0			0	0
Uganda	5.767.459	351.039	6.118.498	9.286.201	3.736.884		13.023.084	19.141.582
Ukraine			0	0			0	0
Ungarn			0	0			0	0
Uruguay	36.825		36.825	0			0	36.825
USA			0	0			0	0
Usbekistan			0	0			0	0
Venezuela			0	0			0	0
Vietnam	660.896	2.634.973	3.295.869	0			0	3.295.869
Westсахara		29.100	29.100	0			0	29.100

Land	AA	BMZ	BMI	BMVg	insgesamt		
Zentralafrikanische Republik	1.900.000		1.900.000	1.950.000			3.850.000
Länderübergreifend ⁴	16.728.191		16.728.191	27.212.038			43.940.229
Überregional na ⁵				39.921.994	641.531		
CERF	25.000.000		25.000.000			595.000	30.000.000
Koordinierung und Evaluierung	1.514.425	1.438.144	2.952.569			0	2.952.569
Summe	289.190.365	61.985.742	351.176.107	354.806.998	58.079.516	595.000	747.554.633

Quellen: Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Verteidigung

¹ StP AFG: Stabilitätspakt Afghanistan

² StP SOE: Stabilitätspakt für Südosteuropa

³ bis 2006: Serbien und Montenegro

⁴ Mittel der Katastrophenvorsorge

⁵ na: nicht aufteilbar

Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes nach Regionen

Region	2006	2007	2008	2009	2006- 2009
Afrika	29.251.847	28.155.660	31.826.157	34.107.357	123.341.021
Amerika	1.220.020	2.833.317	4.365.142	2.641.674	11.060.153
Asien / Pazifik / GUS	12.533.410	12.464.818	26.441.173	23.120.355	74.559.756
Europa	826.072	36.771	271.076	956.649	2.090.568
Naher und Mittlerer Osten	4.607.898	4.366.003	5.225.520	6.287.282	20.486.703
UNRWA Proj. Mittel UT 5	2.540.000	2.609.750			5.149.750
Katastrophenvorsorge	1.992.650	2.141.799	5.258.612	7.335.130	16.728.191
Humanitäres Minenräumen	8.370.432	9.449.150	12.191.649	12.950.572	42.961.803
Stabilitätspakt Südosteuropa	5.379.958	2.319.982	3.536.805	2.305.225	13.541.970
Stabilitätspakt Afghanistan	3.468.952	3.399.948	6.100.000	3.287.292	16.256.192
CERF ¹			10.000.000	15.000.000	25.000.000
Gesamt	70.191.239	67.777.198	105.216.134	107.991.536	351.176.107

Herkunft der Haushaltsmittel

Humanitäre Hilfe (bis 2008 Titel 687 12, ab 2009 Titel 687 72)	50.000.000	50.000.000	95.600.000	102.400.000	298.000.000
Projektmittel UNWRA (Titel 687 35 UT 5)	2.540.000	2.516.000			5.056.000
Humanitäres Minenräumen	8.396.000	9.846.000			18.242.000
Stabilitätspakt Südosteuropa	5.380.000	2.320.000	3.536.805	2.305.000	13.541.805
Stabilitätspakt Afghanistan	3.469.000	3.400.000	6.100.000	3.300.000	16.269.000
zugewiesene Mittel aus dem Bundeshaushalt, gesamt	69.785.000	68.082.000	105.236.805	108.005.000	351.108.805

¹: VN-Nothilfefonds Central Emergency Response Fund

Quelle: Auswärtiges Amt

**Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts 2006 – 2009 nach Ländern ohne
Katastrophenvorsorge (s. dazu Anlage 5) und humanitäres Minenräumen (s. dazu Anlage 6)**

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
2006				
Afghanistan	Bürgerkriegsfolgen	Medikamente, Trinkwasserversorgung, Nahrungsmittel, Non-food-items (NFIs ¹)	15	3.557.471
Algerien	Überschwemmungen	multisektorale humanitäre Hilfe ²	1	100.000
Äthiopien	Dürre, Überschwemmungen, Flüchtlinge	NFIs, Nahrungsmittel	6	1.053.859
Bangladesch	Vertreibung	multisektorale Nothilfe	2	217.683
Bolivien	Überschwemmungen	Nahrungsmittel, Medikamente, NFIs	3	148.810
Bosnien und Herzegowina	Vertreibung, harte Winterbedingungen	Notinstandsetzung, Einkommensschaffung, Nahrungsmittel, Holz, Hygieneartikel	12	1.719.989
Burkina Faso	Epidemie	medizinische Hilfe	1	49.820
Burundi	Dürre, Flüchtlingsrückkehr aus Tansania	NFIs, Nahrungsmittel	4	860.194
Côte d'Ivoire	Konflikt	multisektorale humanitäre Hilfe	2	750.000
Dschibuti	Dürre	Nahrungsmittel	1	33.900
Ecuador	Vertreibung	multisektorale Nothilfe	1	250.000
Eritrea	Dürre	Nahrungsmittel	1	158.607
Gambia	Konflikt, Explosion	medizinische Hilfe	2	100.500
Georgien	Vertreibung	multisektorale Nothilfe	3	514.993
Guinea-Bissau	Konflikt	Wasser, Sanitär, Nahrungsmittel	2	121.912
Haiti	Überschwemmungen	Wasser, Medikamente, NFIs	1	39.615
Indonesien	Erdbeben	Notunterkünfte, NFIs, medizinische Nothilfe, Trinkwasser	12	1.011.647
Irak	Bürgerkriegsfolgen	multisektorale Nothilfe	1	500.000
Kenia	Dürre, Überschwemmungen, Flüchtlinge	Wasser, Nahrungsmittel, NFIs	15	2.566.366
Kolumbien	Vertreibung	multisektorale Nothilfe	2	780.000
Kongo, Demokratische Republik	Binnenvertreibung	medizinische Nothilfe, Nahrungsmittel, Wasser, NFIs	17	3.650.815
Korea, DVR	allgemeine humanitäre Lage	medizinische Hilfe	1	510.000
Kroatien	Vertreibung, harte Winterbedingungen	Notinstandsetzung, Einkommensschaffung, Nahrungsmittel, Holz, NFIs	2	289.143
Libanon	Konflikt und Vertreibung	multisektorale Nothilfe	11	3.820.663
Liberia	Konflikt	multisektorale Nothilfe, medizinische Hilfe	3	959.406
Mauretanien	allgemeine humanitäre Lage	medizinische Hilfe	1	7.500
Nepal	Vertreibung	multisektorale Nothilfe	1	100.000
Niger	Überschwemmungen	NFIs, Nahrungsmittel	2	196.182

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Pakistan	Erdbeben	Notunterkünfte, NFIs, medizinische Nothilfe, Nahrungsmittel	7	4.738.856
Palästinensische Gebiete	Konflikt und Vertreibung	multisektorale Nothilfe	8	3.324.182
Philippinen	Erdrutsch, Ölpest	Notunterkünfte, NFIs, Trinkwasserversorgung	3	125.000
Ruanda	Flüchtlingsrückkehr aus Tansania	NFIs	2	218.022
Rumänien	Überschwemmungen	Zelte, Feldbetten, Hygieneartikel	2	101.531
Russische Föderation	Bürgerkriegsfolgen Tschetschenien	Nahrungsmittel, medizinische Nothilfe, Multisektorale Nothilfe	4	713.660
Sambia	Dürre	Nahrungsmittel	1	30.000
Serbien und Montenegro	Vertreibung, harte Winterbedingungen	multisektorale Nothilfe	13	2.018.671
Simbabwe	allgemeine humanitäre Lage	medizinische Nothilfe	1	44.496
Somalia	Bürgerkriegsfolgen	multisektorale humanitäre Hilfe	4	1.515.000
Sri Lanka	Bürgerkriegsfolgen	multisektorale Nothilfe	2	400.000
Sudan	Konflikt	medizinische Hilfe, multisektorale Nothilfe, technische Hilfe, NFIs, Wasser	26	8.276.088
Tansania	Dürre, Flüchtlinge	Nahrungsmittel, NFIs, medizinische Nothilfe	2	362.000
Timor-Leste	Bürgerkriegsfolgen	multisektorale Nothilfe	1	50.000
Tschad	Konflikt	NFIs, Wasser, multisektorale Nothilfe	11	4.696.201
Uganda	Binnenvertreibung	NFIs, Wasser, Nahrungsmittel	13	3.322.428
Vietnam	Taifun	Nahrungsmittel, NFIs	2	91.000
Zentralafrikanische Republik	Konflikt	multisektorale Nothilfe	2	200.000
sonstige	Koordinierung und Evaluierung	diverse	26	21.662
2007				
Afghanistan	allgemeine humanitäre Lage	medizinische Hilfe, Nahrungsmittel, Hygieneartikel, Winterhilfe	11	2.973.154
Argentinien	Überschwemmungen	Lebensmittel, NFIs, Hygieneartikel	1	47.142
Äthiopien	Flüchtlinge	multisektorale Nothilfe	3	852.676
Bangladesch	Überschwemmungen, Zyklon	Nahrungsmittel, NFIs, Medikamente, Wasser, Shelter	12	1.321.109
Benin	Überschwemmungen	NFIs	2	86.840
Bolivien	Überschwemmungen	Medikamente, Nahrungsmittel, NFIs, Hygieneartikel, Wasser	6	299.109
Bosnien und Herzegowina	Vertreibung, harte Winterbedingungen	Notinstandsetzung, Einkommensschaffung, Nahrungsmittel, Holz, Hygieneartikel	7	622.190
Burkina Faso	Überschwemmungen	NFIs	1	5.915
Burundi	allgemeine humanitäre Lage	Nahrungsmittel	2	56.530
China	Überschwemmungen	NFIs	1	130.000

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Côte d'Ivoire	Konflikt	multisektorale humanitäre Hilfe	1	500.000
Dominikanische Republik	Wirbelsturm, Überschwemmungen	NFIs, Wasser, Nahrungsmittel, Hygieneartikel	3	137.005
Dschibuti	Flüchtlinge	Nahrungsmittel, medizinische Nothilfe	1	45.240
Eritrea	Dürre	Nahrungsmittel	1	138.500
Ghana	Überschwemmungen	Wasser, multisektorale Nothilfe	3	238.350
Guinea	Streik, Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	3	459.759
Guinea-Bissau	allgemeine humanitäre Lage	Nahrungsmittel	1	23.386
Haiti	Hurrikan	Nahrungsmittel, Wasser, NFIs	2	138.050
Indonesien	Überschwemmungen	medizinische Hilfe, Hygieneartikel, NFIs, Wasser, Nahrungsmittel	5	291.317
Irak	Flüchtlinge, Bürgerkriegsfolgen	NFIs, Nahrungsmittel, Shelter, Hygieneartikel	10	4.233.972
Jamaika	Hurrikan	Notinstandsetzung von Häusern	1	50.000
Jemen	Flüchtlinge	multisektorale Nothilfe	1	50.889
Kenia	Flüchtlinge, Überschwemmungen	Wasser, Nahrungsmittel, NFIs	5	1.500.636
Kolumbien	Überschwemmungen, Vertreibung	Nahrungsmittel, medizinische Hilfe, NFIs, Wasser	4	1.340.093
Kongo, Demokratische Republik	Binnenvertreibung	medizinische Nothilfe, Nahrungsmittel, Wasser, NFIs	16	3.660.319
Korea, DVR	Überschwemmungen, allgemeine humanitäre Lage	NFIs, medizinische Nothilfe	3	755.000
Kroatien	Vertreibung, harte Winterbedingungen	Notinstandsetzung, Einkommensschaffung, Nahrungsmittel, Holz, NFIs	2	227.159
Kuba	Tropensturm	NFIs, Nahrungsmittel, Hygieneartikel, Hausreparaturen	1	30.000
Libanon	Vertreibung	medizinische Nothilfe, Hygieneartikel	3	2.140.480
Liberia	Bürgerkriegsfolgen	medizinische Nothilfe	1	175.462
Libyen	allgemeine humanitäre Lage	medizinische Nothilfe	1	100.000
Madagaskar	Wirbelsturm	Nahrungsmittel, NFIs	3	121.713
Mali	Überschwemmungen	Zelte	1	100.000
Mauretanien	Überschwemmungen, allgemeine humanitäre Lage	NFIs, Shelter, Wasser, ärztliche Versorgung	2	77.815
Mexiko	Überschwemmungen	Hygieneartikel, NFIs, Nahrungsmittel, Wasser, Medikamente	4	282.437
Montenegro	Vertreibung, harte Winterbedingungen	multisektorale Nothilfe	2	189.171
Mosambik	Überschwemmungen, Wirbelsturm	NFIs	6	929.936
Nicaragua	Hurrikan	Nahrungsmittel, Shelter	2	91.060
Niger	Überschwemmungen	NFIs, Shelter	1	63.027

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Pakistan	Überschwemmungen	NFIs, Shelter	5	317.102
Palästinensische Gebiete	Konflikt und Vertreibung	Wasser, Hygieneartikel, Nahrungsmittel, medizinische Nothilfe, NFIs	9	3.790.786
Papua-Neuguinea	Überschwemmungen	Nahrungsmittel	1	20.000
Paraguay	Dengue-Fieber-Epidemie	Medikamente	1	12.802
Peru	Überschwemmungen, Erdbeben, Kältewelle	Wasser, Hygieneartikel, NFIs, medizinische Nothilfe, Nahrungsmittel	6	361.918
Ruanda	Überschwemmungen	NFIs	1	30.000
Russische Föderation	Bürgerkriegsfolgen Tschetschenien	Winterhilfe, medizinische Hilfe	3	740.424
Salomonen	Erdbeben/Tsunami	NFIs	1	50.000
Serbien	Vertreibung, harte Winterbedingungen	multisektorale Nothilfe	7	565.563
Simbabwe	allgemeine humanitäre Lage	Nahrungsmittel, medizinische Nothilfe	2	348.876
Somalia	Flüchtlinge, allgemeine humanitäre Lage	multisektorale Nothilfe	14	4.649.618
Sri Lanka	Binnenvertreibung	Nahrungsmittel, NFIs, Shelter, Hygieneartikel, Wasser	7	1.432.232
Sudan	Konflikt	medizinische Hilfe, multisektorale Nothilfe, technische Hilfe, NFIs, Wasser	17	6.595.908
Swasiland	Dürre	Trinkwasser	1	48.239
Syrien	Flüchtlinge aus den palästinensischen Gebieten	Rehabilitierung des Gesundheitszentrums, Sozialzentrums und einer Schule im Flüchtlingslager	1	1.040.000
Tadschikistan	Energiekrise	NFIs	1	2.034
Thailand	Myanmar-Flüchtlinge	multisektorale Nothilfe	1	319.933
Tschad	Konflikt	Nahrungsmittel, NFIs, Wasser, medizinische Nothilfe	13	4.500.426
Uganda	Überschwemmungen, Flüchtlinge aus DR Kongo, IDPs	multisektorale Nothilfe	7	2.274.051
Uruguay	Überschwemmungen	NFIs	1	36.825
Vietnam	Überschwemmungen	Nahrungsmittel, Shelter	1	30.000
Zentralafrikanische Republik	Konflikt	medizinische Hilfe, Wasser, Sanitär, NFIs, Ernährung	2	500.000
CERF		Nothilfefonds der Vereinten Nationen	1	5.000.000 ³
sonstige	Koordinierung und Evaluierung	diverse	43	88.625
2008				
Afghanistan	allgemeine humanitäre Lage	Nahrungsmittel, NFIs, medizinische Nothilfe, Winterhilfe	19	10.867.297
Albanien	Explosion	medizinische Nothilfe	1	64.170
Angola	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	56.786
Äthiopien	Dürre, Hungerkrise, Eritrea-Flüchtlinge	Nahrungsmittel, Zusatznahrung, NFIs	4	1.583.065

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Bolivien	Überschwemmungen	Wasser, Sanitär, Nahrung, NFIs, Medikamente, Hygieneartikel	7	386.966
Bosnien und Herzegowina	Vertreibung, harte Winterbedingungen	Shelter, Winterhilfe, medizinische Hilfe	4	594.000
Brasilien	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	3	296.763
China	Erdbeben	mobiles Krankenhaus, Trinkwasser, Notunterkünfte	5	2.655.856
Dschibuti	Somalia-Flüchtlinge	medizinische Hilfe	2	102.573
Ecuador	Überschwemmungen, Vertriebene	multisektorale Nothilfe	2	241.163
Georgien	Krieg	medizinische Hilfe, Nahrungsmittel, Hygieneartikel, NFIs, Winterhilfe	6	1.822.810
Ghana	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	186.526
Guinea-Bissau	allgemeine humanitäre Lage	Nahrungsmittel	1	35.527
Haiti	Wirbelsturm	medizinische Versorgung, NFIs, Wasser, Hygieneartikel	4	680.520
Honduras	Überschwemmungen	NFIs, Hygieneartikel, Shelter, Wasser	2	115.362
Indien	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	6	688.719
Indonesien	Vulkanausbruch	multisektorale Nothilfe	1	4.121
Irak	allgemeine humanitäre Lage	Nahrungsmittel, NFIs, medizinische Versorgung	9	4.978.517
Jemen	Überschwemmungen, Flüchtlinge	multisektorale Nothilfe	3	750.000
Kenia	politische Unruhen, Binnenvertriebene, Somalia-Flüchtlinge	medizinische Hilfe, NFIs, Hygieneartikel	16	3.562.893
Kirgisistan	Erdbeben	Nahrungsmittel	2	19.700
Kolumbien	Überschwemmungen, IDPs	Nahrungsmittel, medizinische Nothilfe, Hygieneartikel, Shelter	5	2.444.900
Kongo, Demokratische Republik	Binnenvertreibung	medizinische Nothilfe, multisektorale Hilfe	19	7.117.948
Korea, DVR	allgemeine humanitäre Lage	Medikamente	1	300.000
Kosovo	harte Winterbedingungen	NFIs, Nahrungsmittel, Hygieneartikel	2	138.050
Kuba	Hurrikan	multisektorale Nothilfe	2	150.000
Libanon	Palästina-Flüchtlinge	Shelter, multisektorale Nothilfe	2	300.000
Madagaskar	Zyklon	multisektorale Nothilfe	3	249.422
Malawi	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	87.227
Mauretanien	allgemeine humanitäre Lage	Trinkwasser, medizinische Versorgung	1	20.076
Montenegro	Flüchtlinge	Shelter	1	162.684
Mosambik	Überschwemmungen, Zyklon	Wasser, Hygieneartikel, NFIs	3	382.595
Myanmar	Zyklon	Wasser, Shelter, NFIs, Hygieneartikel, medizinische Hilfe	9	2.689.557
Nepal	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	47.711

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Nigeria	Masern- und Meningitis-Epidemie	medizinische Nothilfe	1	200.000
Pakistan	Überschwemmungen, Erdbeben, allgemeine humanitäre Lage	multisektorale Nothilfe	8	1.487.228
Palästinensische Gebiete	Konflikt und Vertreibung	medizinische Hilfe, Nahrungsmittel, Hygieneartikel	8	4.065.638
Panama	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	45.169
Philippinen	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	3	567.263
Ruanda	Erdbeben	Shelter, NFIs, Hygieneartikel, Wasser	1	50.000
Sambia	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	2	97.327
Serbien	Vertreibung	Shelter, NFIs, sozioökonomische Unterstützung	3	542.071
Simbabwe	Cholera-Epidemie, Überschwemmungen, allgemeine humanitäre Lage	medizinische Hilfe, Nahrungsmittel, Wasser, multisektorale humanitäre Hilfe	13	2.729.543
Somalia	IDPs, allgemeine humanitäre Lage	Wasser, Medikamente, NFIs, Nahrungsmittel	8	3.926.761
Sri Lanka	Binnenvertreibung, Überschwemmungen	Shelter, Hygieneartikel, Nahrungsmittel, medizinische Hilfe, NFIs	8	2.905.859
Sudan	Konflikt	medizinische Hilfe, multisektorale Nothilfe, technische Hilfe, NFIs, Wasser	20	6.743.499
Tadschikistan	Kältewelle	multisektorale Nothilfe	1	82.500
Togo	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	85.200
Tschad	Konflikt	Wasser, Hygieneartikel, medizinische Versorgung	8	3.816.060
Uganda	IDPs	multisektorale Nothilfe	1	170.980
Vietnam	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	2	98.494
Zentralafrikanische Republik	Konflikt	medizinische Nothilfe	1	600.000
CERF		Nothilfefonds der Vereinten Nationen	1	10.000.000
sonstige	Koordinierung und Evaluierung	diverse	33	371.777
2009				
Afghanistan	allgemeine humanitäre Lage, Überschwemmungen	Winterhilfe, medizinische Hilfe, Nahrungsmittel, multisektorale Nothilfe	14	5.747.499
Argentinien	Sturm	multisektorale Nothilfe	1	4.216
Äthiopien	Dürre	Wasser, Hygieneartikel, NFIs	2	467.000
Bangladesch	Zyklon	multisektorale Nothilfe	1	200.000
Bhutan	Erdbeben	multisektorale Nothilfe	1	50.000
Bolivien	Dengue-Fieber-Epidemie	medizinische Hilfe	2	48.154
Bosnien und Herzegowina	Vertreibung, harte Winterbedingungen	Shelter, Winterhilfe, medizinische Hilfe, einkommensschaffende Maßnahmen	4	683.157
Brasilien	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	200.000
Burkina Faso	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	2	133.924
Costa Rica	Erdbeben	Trinkwasser, Shelter	1	54.939
El Salvador	Wirbelsturm	multisektorale Nothilfe	1	100.000
Georgien	Kältewelle	Brennmaterial	1	50.000

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Guinea	Gewalt durch Militärjunta	medizinische Hilfe, Betreuung	1	42.000
Guinea-Bissau	allgemeine humanitäre Lage	Nahrungsmittel	1	47.117
Indien	Zyklon	multisektorale Nothilfe	1	24.170
Indonesien	Erdbeben	Wasser, NFIs, Shelter, THW-Experten, multisektorale Nothilfe	9	1.192.855
Irak	Flüchtlinge, IDPs	multisektorale Nothilfe	7	5.047.550
Iran	Flüchtlinge aus Afghanistan	multisektorale Nothilfe	1	1.000.000
Jemen	Flüchtlinge	multisektorale Nothilfe	2	1.000.000
Kambodscha	Tropensturm	multisektorale Nothilfe	2	26.612
Kenia	Flüchtlinge, Dürre, Brand, Cholera	Shelter, NFIs, medizinische Hilfe, Wasser, Nahrungsmittel, Hygieneartikel	11	3.783.163
Kolumbien	Vertreibung	multisektorale Nothilfe	2	1.850.000
Kongo, Demokratische Republik	Binnenvertreibung	medizinische Hilfe, Wasser, Nahrungsmittel, multisektorale Nothilfe	17	6.910.985
Kosovo	Flüchtlinge	Shelter, NFIs	1	235.000
Laos	Tropensturm	multisektorale Nothilfe	2	80.000
Mongolei	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	47.150
Montenegro	Flüchtlinge	Shelter	1	302.747
Namibia	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	2	268.075
Nicaragua	Wirbelsturm	multisektorale Nothilfe	1	80.000
Niger	Meningitis, Überschwemmungen	medizinische Hilfe, multisektorale Nothilfe	2	150.524
Pakistan	Vertreibung, IDPs	Nahrungsmittel, medizinische Nothilfe, NFIs	12	4.329.954
Palästinensische Gebiete	Konflikt und Vertreibung	medizinische Hilfe, Shelter, Wasser, Nahrungsmittel, Hygieneartikel, NFIs	11	5.280.585
Panama	Flüchtlinge aus Kolumbien	multisektorale Nothilfe	1	150.003
Peru	Kältewelle	multisektorale Nothilfe	1	50.000
Philippinen	Überschwemmungen, Tropenstürme	Wasser, NFIs, medizinische Nothilfe	8	1.666.659
Russische Föderation	Bürgerkriegsfolgen Tschetschenien	Nahrungsmittel	1	23.346
Samoa	Tsunami	Wasser, Sanitärbereich, Hygieneartikel	1	100.000
Senegal	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	50.000
Serbien	Flüchtlinge	Shelter	2	262.230
Simbabwe	Cholera-Epidemie, allgemeine humanitäre Lage	medizinische Hilfe, Nahrungsmittel, Wasser, Hygieneartikel	11	3.610.333
Somalia	Binnenvertreibung, Dürre	medizinische Hilfe, Hygieneartikel, Wasser, Nahrungsmittel, multisektorale Nothilfe	10	6.468.739
Sri Lanka	Binnenvertreibung, Überschwemmungen	Wasser, Hygieneartikel, multisektorale Nothilfe	12	3.187.690
Sudan	Konflikt	medizinische Hilfe, multisektorale Nothilfe, technische Hilfe, NFIs, Wasser	22	7.497.646

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Togo	Überschwemmungen	multisektorale Nothilfe	1	49.962
Tschad	Konflikt, Flüchtlinge	Wasser, medizinische Hilfe, multisektorale Nothilfe	7	3.940.550
Vietnam	Wirbelsturm	multisektorale Nothilfe	4	441.402
Zentralafrikanische Republik	Konflikt	medizinische Hilfe	1	600.000
CERF		Nothilfefonds der Vereinten Nationen	1	15.000.000
sonstige	Koordinierung und Evaluierung	diverse	35	1.032.362

¹: Non-food-items sind z.B. Decken, Matten, Planen, einfaches Baumaterial, Wasserkanister, Eimer, Küchenutensilien und Moskitonetze

²: Multisektorale Nothilfe kombiniert verschiedene Förderbereiche wie Hygiene, Wasser, Erziehung, Gesundheit, Nahrungsmittel und Verteilung von Non-food-items

³: Der CERF-Beitrag wurde 2006 für das Haushaltsjahr 2007 aus Mitteln des BMZ gezahlt.

Quelle: Auswärtiges Amt

Maßnahmen der Katastrophenvorsorge des Auswärtigen Amts 2006 – 2009

Globale Aufgaben	2006	2007	2008	2009	2006 – 2009
ISDR ¹ -Sekretariat	1.150.982		100.000	250.000	1.500.982
DKKV ²	391.112	450.000	314.910	294.051	1.450.073
Sonstiges ³	153.942	154.099	163.075	61.379	532.495
Zwischensumme	1.696.036	604.099	577.985	605.430	3.483.550

Länder	2006	2007	2008	2009	2006 – 2009
Afghanistan			173.307	429.110	602.417
Afrika (länderübergreifend)				476.570	476.570
Angola			179.792		179.792
Bangladesch			265.651	335.591	601.242
Bolivien		413.836	765.354	720.364	1.899.554
China			207.000	519.620	726.620
Dominikanische Republik			220.749	14.638	235.388
El Salvador		35.213			35.213
Guatemala		103.000	47.300	18.046	168.346
Haiti	139.260			364.967	504.227
Indonesien		138.788	648.306	280.219	1.067.313
Irak				26.433	26.433
Jemen				69.749	69.749
Karibik				77.298	77.298
Kenia				48.818	48.818
Kirgisistan	37.346				37.346
Kolumbien				107.715	107.715
Madagaskar				60.075	60.075
Marshall-Inseln				100.000	100.000
Mosambik	106.334	287.595	453.774	237.777	1.085.480
Myanmar			80.640	122.360	203.000
Nepal und Philippinen		38.392	180.007		218.399
Nicaragua		131.254	178.478	49.637	359.369
Pakistan			149.265		149.265
Papua-Neuguinea				39.212	39.212
Peru		96.544	43.052	78.440	218.036
Philippinen			395.263	514.466	909.729
Senegal und Madagaskar		71.581			71.581
Simbabwe				64.782	64.782
Somalia				42.107	42.107
Sri Lanka				29.178	29.178
Südafrika	13.675				13.675
Tadschikistan		180.000	63.698		243.698
Togo			44.836	136.962	181.798
Uganda		41.496			41.496
Vietnam				40.980	40.980
Zentralamerika			155.592	951.465	1.107.057
Zentralasien			428.563	773.122	1.201.684
	296.615	1.537.699	4.680.627	6.729.700	13.244.641
Gesamt	1.992.650	2.141.799	5.258.612	7.335.130	16.728.191

Quelle: Auswärtiges Amt

1. International Strategy for Disaster Reduction: enthält auch Kosten der Early Warning Conference EWC III (27.-29.03.2006 in Bonn)

2. Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge

3. Konferenzen, Workshops, Training, Studien, Evaluierungen etc.

Projekte des humanitären Minenräumens des Auswärtigen Amts 2006 – 2009 nach Ländern

Länder	2006	2007	2008	2009	2006 - 2009
Afghanistan	4.072.096	4.481.614	4.890.000	5.297.561	18.741.271
Ägypten			526.433		526.433
Albanien	198.208	95.499	375.493	395.959	1.065.159
Angola	1.583.471	662.720	651.794	702.934	3.600.919
Äthiopien	199.912	98.600	157.635	157.835	613.982
Bosnien u. Herzegowina	2.272.000	2.731.409	3.863.374	1.700.248	10.567.031
Chile	49.090				49.090
Georgien			200.000		200.000
Irak	529.115	13.500		217.444	760.059
Jemen	238.759	232.072	243.049	317.202	1.031.082
Jordanien	328.443	189.407	251.464	255.163	1.024.477
Kambodscha	846.845	775.233	813.040	1.010.887	3.446.004
Kolumbien			474.233	200.000	674.233
Kroatien	800.000	800.000	800.000	800.000	3.200.000
Laos	368.796	442.491	411.100	933.205	2.155.592
Libanon		330.000	450.000	623.407	1.403.407
Mali		32.610	31.275		63.885
Mauretanien	124.616				124.616
Peru			99.998	94.427	194.425
Ruanda			300.000		300.000
Russische Föderation	234.485				234.485
Serbien ¹	200.000	400.000	295.000	100.000	995.000
Somalia				300.000	300.000
Sri Lanka				283.450	283.450
Sudan	403.876	805.066	844.311	900.000	2.953.253
Tadschikistan	343.954	453.836	733.020	1.493.807	3.024.617
Uganda	351.039				351.039
Vietnam	410.362	563.952	788.292	872.367	2.634.973
Westsahara	29.100				29.100
Sonstiges ¹	327.216	286.572	392.139	432.216	1.438.144
Gesamt	13.911.383	13.394.581	17.591.649	17.088.112	61.985.725

Quelle: Auswärtiges Amt

Finanzierung aus Kapitel 0502 Titel 687 23 (bis 2007) und 687 72 (ab 2008)
sowie Kapitel 2302 Titel 896 03 (bis 2007), Kapitel 0502 Titel 687 29 (2008) und 687 79
(2009)
(Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan)

¹ bis 2006: Serbien und Montenegro

² Maßnahmen zur Unterstützung des Geneva International Center for Humanitarian Demining,
des Survey Action Center, der International Campaign to Ban Landmines, Projektevaluierung,
Tests von Minenräumgerät, Ausrichtung einer Konferenz zum 10jährigen Bestehen des
Ottawa-Übereinkommens

Humanitäres Minenräumen
Wichtigste Geber 2006 – 2009 (in Mio. US-Dollar)

Länder	2006	2007	2008	2009¹	2006-2009	%
USA	95	70	85		249	18,1%
Europ. Kom.	87	46	90		222	16,2%
Norwegen	35	50	37		122	8,8%
Kanada	29	46	43		118	8,6%
Andere Geber	33	38	45		116	8,4%
Japan	25	36	52		112	8,2%
Niederlande	27	23	28		79	5,7%
Großbritannien	19	25	25		69	5,0%
Deutschland	19	18	27		64	4,6%
Australien	17	17	18		51	3,7%
Schweden	15	18	19		51	3,7%
Dänemark	15	12	15		41	3,0%
Schweiz	14	12	15		41	3,0%
Spanien	9	12	20		41	3,0%
Insgesamt	436,9	422,2	517,9	0	1377	100,0%

Quelle: Landmine Monitor Report

¹ Die Zahlen lagen zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

Freiwillige nicht zweckgebundene Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zu Internationalen Organisationen 2006 – 2009 (in Mio. €)

Internationale Organisation	federführendes Ressort	2006	2007	2008	2009	2006-2009
UNHCR ¹	AA	4,493	4,636 ⁵	5,750	8,000	22,880
UNRWA ²	AA	2,335	2,335	7,000	8,000	19,670
OCHA ³	AA	0,348	0,348	0,550	1,000	2,246
WEP ⁴	BMZ	23,008	23,008	23,008	23,008	92,032
Gesamt		30,184	25,691	36,308	40,008	136,828

Quelle: Bundeshaushalt

¹ Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen

² Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

³ Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

⁴ Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

⁵ enthält eine nachträgliche Aufstockung um 156.250 Euro

**Leistungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
nach Ländern für Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe (ENÜH) 2006 - 2009
(ohne Ernährungssicherung und Katastrophenvorsorge s. Anlagen 9a und 9b)**

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Afghanistan	Gesundheitsversorgung und Infrastrukturverbesserung in Day Kundi / Zentralafghanistan	DCV ¹³	2006	300.000
Afghanistan	Gesundheitsversorgung und Infrastrukturverbesserung	DCV	2007	250.000
Afghanistan	Gesundheitsversorgung und Infrastrukturverbesserung	DCV	2008	331.374
Afghanistan	Gesundheitsförderung und Infrastrukturverbesserung	DCV	2009	200.000
Afghanistan	Gemeindeentwicklung in Ostafghanistan	DWHH ¹⁴	2006	1.145.000
Afghanistan	Aus- und Aufbau der Trinkwasserversorgung in Nordafghanistan	DWHH	2006	600.000
Afghanistan	Aufbau und Rehabilitierung der Basisversorgung mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen	DWHH	2007	500.000
Afghanistan	Gemeindeentwicklung im Osten, Phase II	DWHH	2008	900.000
Afghanistan	Dürrehilfe in der Provinz Jovzjan / Nordafghanistan	DWHH	2008	850.000
Afghanistan	Aufbau der Basisversorgung mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen in ausgewählten Regionen	DWHH	2008	600.000
Afghanistan	Landwirtschaftliche Förderung II	DWHH	2009	300.000
Afghanistan	Aufbau der Basisversorgung mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen in ausgewählten Regionen der Provinz Takhar	DWHH	2009	65.000
Afghanistan	Aufbau der Basisgesundheitsversorgung mit Trinkwasser und sanitären Einrichtungen in Nordostafghanistan	DWHH	2009	200.000
Afghanistan	Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ ¹⁵	2006	7.000
Afghanistan	Unterstützung des Wiederaufbaus in ausgewählten Regionen Nordostafghanistans	GTZ	2006	500.000
Afghanistan	Entsendung von Entwicklungsbeauftragten	GTZ	2006	153.632
Afghanistan	Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2006	467.300
Afghanistan	Kleinprojektfonds	GTZ	2006	1.000.000
Afghanistan	Entwicklungsbeauftragter/In	GTZ	2006	1.195.000
Afghanistan	Entwicklungsorientierte Nothilfe und Wiederaufbau	GTZ	2006	64.889
Afghanistan	Unterstützung des Wiederaufbaus und Begleitung CIMIC (mit BMVg)	GTZ	2006	1.600.000
Afghanistan	Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2007	351.100
Afghanistan	Entsendung eines EZ ³ -Beauftragten nach Mazar-e-Sharif	GTZ	2007	600.000
Afghanistan	Überregionaler Kleinprojektfonds	GTZ	2007	800.000
Afghanistan	Wiederaufbau Südostafghanistan	GTZ	2007	4.600.000
Afghanistan	Unterstützung des Wiederaufbaus in ausgewählten Regionen Nordostafghanistans (mit BMVg)	GTZ	2007	1.900.000
Afghanistan	Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2008	358.700
Afghanistan	Überregionaler Kleinprojektfonds	GTZ	2008	2.000.000
Afghanistan	Unterstützung des Wiederaufbaus (Provincial Development Funds, mit BMVg und AA)	GTZ	2008	3.400.000
Afghanistan	Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2009	378.000
Afghanistan	Wiederherstellung und Stabilisierung der Lebensgrundlagen	GTZ	2009	1.100.000
Afghanistan	Überregionaler Kleinprojektfonds	GTZ	2009	970.000
Afghanistan	Entsendung von EZ-Beauftragten nach Mazar-e-Sharif, Kunduz und Faizabad	GTZ	2009	600.000
Afghanistan	Nothilfe nach Überschwemmungen in Nord-Afghanistan	GTZ	2009	1.000.000
Afghanistan	Reintegration von kriegsgeschädigten Kindern und Jugendlichen beiderlei Geschlechts	HELP ¹⁶	2006	250.000
Afghanistan	Reintegration von kriegsgeschädigten Kindern und Jugendlichen	HELP	2007	300.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Afghanistan	NM ⁴ und Saatgut zur Repatriierung aus dem Iran	HELP	2008	500.000
Afghanistan	Reintegration von afghanischen Rückkehrern und Vertriebenen durch Bereitstellung von NMn, Saatgut und landwirtschaftliche Ausbildung	HELP	2009	500.000
Afghanistan	Gemeinschaftsforen als Friedenskapazitäten	Mediothek ¹⁷	2006	500.000
Afghanistan	Friedensentwicklung und Stärkung der Zivilgesellschaft auf regionaler Ebene	Mediothek	2007	500.000
Afghanistan	Unterstützung zur Repatriierung und Schutz von extrem gefährdeten Rückkehrern	UNHCR ¹⁸	2007	1.000.000
Afghanistan	NMH ⁵ - PRRO ⁶ 10427.0 - Lieferung von 1.391 mt Weizen, 590 mt Hülsenfrüchte und 200 mt Salz	WEP ¹⁹	2006	1.000.000
Afghanistan	NMH - PRRO 10427.0 - Lieferung von 3.574 mt Weizen	WEP	2007	1.500.000
Afghanistan	NMH - PRRO 10427.0 - Lieferung von 2.070 mt Weizen (Wintereinbruch)	WEP	2008	1.000.000
Afghanistan	NMH - PRRO 10427.0 - Lieferung von 785 mt Speiseöl im Rahmen von Schulspeisung	WEP	2008	1.000.000
Afghanistan	NMH - PRRO 10427.0 - Lieferung von 815 mt Pflanzenöl (NM-Krise)	WEP	2008	1.000.000
Afrika na ¹ (nur EL ²)	Unterstützung der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in der Region der Großen Seen	GTZ	2006	1.882.600
Afrika na (nur EL)	NMNH ⁷ : Stärkung der Aufnahmekapazität ausgewählter Gemeinden für Flüchtlinge und Vertriebene	GTZ	2006	1.800.000
Afrika na (nur EL)	Unterstützung bei der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen in der Region der Großen Seen	GTZ	2008	2.627.600
Afrika na (nur EL)	Unterstützung der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen in Ost- und Zentralafrika	GTZ	2008	3.871.200
Afrika na (nur EL)	Unterstützung der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in Ost- und Zentralafrika	GTZ	2009	6.622.000
Afrika na (nur EL)	NMH - PRRO 10062.2 - Lieferung von 4.663 mt Mais, 289 mt Bohnen und 197 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2006	2.000.000
Afrika südlich der Sahara na (nur EL)	Unterstützung der Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2006	35.412
Afrika südlich der Sahara na (nur EL)	Unterstützung der Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in der Region Westafrika	GTZ	2007	1.003.500
Afrika südlich der Sahara na (nur EL)	Unterstützung der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in der Region Ost- und Zentralafrika	GTZ	2007	3.823.900
Afrika südlich der Sahara na (nur EL)	Unterstützung der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in der Region der Großen Seen	GTZ	2007	1.921.500
Algerien	NMH - PRRO 10172.1 - Lieferung von 571 t Weizenmehl	WEP	2006	200.000
Angola	Ernährungssicherung und Wiederaufbau Mambulo / Provinz Kwanza Sul	Diakonie ²⁰	2006	200.000
Angola	Ernährungssicherung und Wiederaufbau	Diakonie	2007	210.000
Angola	Entwicklungsorientierte Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion, sowie der Gesundheits- und Bildungssituation	Diakonie	2008	250.000
Angola	Rehabilitierung und Wiederaufbau	DWHH	2006	600.000
Angola	Rehabilitierung und Wiederaufbau	DWHH	2007	341.700
Angola	Rehabilitierung und Wiederaufbau in der Provinz Bengo	DWHH	2008	250.000
Angola	NM-Beistellung zum IESP ⁸	GTZ	2006	400.000
Angola	NM-Beistellung	GTZ	2007	300.000
Angola	Reintegration von Rückkehrern	UNHCR	2006	1.000.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Angola	NMH - PRRO 10433.0 - Lieferung von 400 mt Corn-Soja-Blend, 151 mt Zucker und 68 mt Pflanzenöl	WEP	2007	500.000
Äthiopien	ENÜH in Ziway Dugba	DWHH	2006	500.000
Äthiopien	Wasserversorgung und Dürrevorkehrung in der Afar Region	DWHH	2007	300.000
Äthiopien	Sicherung der Lebensgrundlage von dürre betroffenen Pastoralisten	DWHH	2009	250.000
Äthiopien	NMH - PRRO 10665.0 TSF - Lieferung von 6.761 mt Corn-Soja-Blend und 500 mt Pflanzenöl	WEP	2008	5.000.000
Äthiopien	NMH - PRRO 10127.3 - Lieferung von 917 mt Famix und 820 mt Hülsenfrüchte	WEP	2009	1.000.000
Bangladesch	NMH für Flutopfer	CARE ²¹	2007	200.000
Bangladesch	Katastrophenpräventiver Wiederaufbau in der Küstenregion in ausgewählten Gemeinden	GTZ	2009	500.000
Bangladesch	Hilfe für muslimische Flüchtlinge aus Myanmar	UNHCR	2009	300.000
Bangladesch	NMH - PRRO 10410.0 - Lieferung von 692 mt Biscuits	WEP	2007	500.000
Bangladesch	NMNH - EMOP ⁹ 10715.0 - Lieferung von 1.549 mt Reis	WEP	2007	630.000
Bangladesch	NMNH - EMOP 10715.0 - Lieferung von 670 mt Reis und 433 mt Gelbe Erbsen	WEP	2008	500.000
Bangladesch	NMNH - EMOP 10715.0 - Lieferung von 1.475 mt Hülsenfrüchte (NM-Krise)	WEP	2008	700.000
Bangladesch	NMH - PRRO 10045.4 - Lieferung von 510 mt Reis, 102 mt Weizengriess, 76 mt gelbe Bohnen, 36 mt Speiseöl, 19 mt Energiekekse, 19 mt Salz und 11 mt Zucker	WEP	2009	300.000
Bolivien	Verbesserung der Ernährungssituation der von den Überschwemmungen betroffenen Bevölkerung	CARE	2008	100.000
Bolivien	Verbesserung der Ernährungssicherheit für Kleinbauernfamilien in den von den Überschwemmungen der letzten beiden Jahre schwer betroffenen Gemeinden im Department Beni	DRK ²²	2009	160.000
Bolivien	NMNH - EMOP 10616.0 - Lieferung von 202 mt Reis, 103 mt Weizenmehl, 50 mt Bohnen, 24 mt Pflanzenöl, 24 mt NM-Mischung und 13 mt Salz	WEP	2007	200.000
Bolivien	NMNH - EMOP 10616.0 - Lieferung von 139 mt Reis, 65 mt Weizenmehl, 30 mt Bohnen, 15 mt Pflanzenöl, 15 mt gemischte Nahrungsmittel und 10 mt Salz	WEP	2008	200.000
Burkina Faso	NMH - PRRO 10541.0 - Lieferung von 700 mt Mais, 280 mt Bohnen and 1.011 mt CSB (NM-Krise)	WEP	2008	1.200.000
Burundi	Unterstützung bei der Wiedereingliederung von Rückkehrern und besonders bedürftigen Personengruppen in der Provinz Cankuzo	DRK	2009	225.000
Burundi	Soforthilfe zur Sicherung der Ernährungsgrundlage für besonders bedürftige Personen durch NMH	DWHH	2006	670.518
Burundi	Ernährungssicherung und Friedensentwicklung in Nordburundi 2008	DWHH	2008	1.021.000
Burundi	Ernährungssicherung und Friedensentwicklung in Nordburundi 2009	DWHH	2009	470.000
Burundi	NMH Burundi	GTZ	2006	350.000
Burundi	Wiederherstellung der produktiven und sozialen Lebensgrundlagen in der Provinz Rutana	GTZ	2007	1.400.000
Burundi	NM-Beistellung	GTZ	2007	300.000
Burundi	NM-Beistellung	GTZ	2008	500.000
Burundi	NM-Beistellung	GTZ	2009	500.000
Burundi	Krisenpräventiver Wiederaufbau	GTZ	2009	700.000
Burundi	Unterstützung zur Rückkehr und Reintegration der burundischen Flüchtlinge im Nord-Westen Tansanias	UNHCR	2008	1.000.000
Burundi	Integrations- und Rückkehrhilfe für burundische Flüchtlinge	UNHCR	2009	750.000
Burundi	NMH - PRRO 10528.0 - Lieferung von 558 mt Pflanzenöl, 707 mt Mais und 450 mt Hülsenfrüchte	WEP	2007	1.000.000
Burundi	NMH - PRRO 10528.0 - Lieferung von 1.269 mt Mais	WEP	2008	500.000
Burundi	NMH - PRRO 10528.1 - Lieferung von 1.159 mt Mais, 194 mt Corn-Soja-Blend, 174 mt Bohnen und 100 mt Zucker	WEP	2009	1.000.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Entwicklungsländer (regional na)	Überregionaler Kleinprojektfonds	GTZ	2006	400.000
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds "Not- und Übergangshilfe"	GTZ	2006	650.000
Entwicklungsländer (regional na)	Sektorvorhaben Katastrophenvorsorge in der EZ	GTZ	2006	1.200.000
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds "Nothilfe"	GTZ	2006	9.782
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds Not- und Übergangshilfe	GTZ	2007	1.650.000
Entwicklungsländer (regional na)	Sektorvorhaben Nahrungsmittelhilfe / Ernährungssicherung	GTZ	2009	600.000
Entwicklungsländer (regional na)	Einzahlung in den IRA ¹⁰ für 2006	WEP	2006	3.000.000
Entwicklungsländer (regional na)	Einzahlung in den IRA für 2007	WEP	2007	1.000.000
Entwicklungsländer (regional na)	Einzahlung in den IRA für 2009	WEP	2009	3.800.000
Fragile Staaten Westafrika	Unterstützung der Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in der Region Westafrika	GTZ	2006	1.682.000
Fragile Staaten Westafrika	Stärkung lokaler Durchführungskapazitäten zur Unterstützung von Flüchtlingen / intern Vertriebene in der Region Westafrika	GTZ	2008	142.500
Ghana	NMNH zur Überwindung der Flutschäden in der Nordregion	GTZ	2008	900.000
Ghana	NMNH - EMOP 10465.0 - Lieferung von 121 mt Mais	WEP	2006	50.000
Ghana	NMNH - EMOP 10703.0 - Lieferung von 511 mt Cerealien, 83 mt Bohnen und 39 mt Pflanzenöl	WEP	2007	250.000
Guinea	Unterstützung von sierraleonischen Flüchtlingen	GTZ	2006	6.656
Guinea	Unterstützung von sierraleonischen Flüchtlingen	GTZ	2006	9.127
Guinea	NM-Beistellung zum IESP	GTZ	2006	600.000
Guinea	NMNH	GTZ	2006	9.198
Guinea	NM-Beistellung	GTZ	2007	500.000
Guinea	NMH - PRRO 10553.0 - Lieferung von 2.300 mt Mais	WEP	2008	1.200.000
Guinea-Bissau	Ernährungssicherung und Rückkehrerförderung für vom Bürgerkrieg in der Casamance betroffenen Bevölkerungsgruppen im Grenzgebiet von Guinea-Bissau und Senegal (mit GTZ)	DCV	2009	450.000
Haiti	Wiederherstellung und Verbesserung der lokalen NM-Produktion und des Zugangs zu Wasser in der Gemeinde Bainet nach den Hurrikans im Jahr 2008	Diakonie	2009	250.000
Haiti	Verbesserung der Ernährungssicherheit von besonders bedürftigen Kleinbauernfamilien in der Provinz Sud-Est, die wiederholt von Wirbelstürmen und Überschwemmungen betroffen ist	DRK	2009	296.000
Haiti	Wiederaufbau und Anfälligkeitsreduzierung	GTZ	2009	1.050.000
Haiti	NMH - PRRO 10674.0 - Lieferung von 450 mt Pintobohnen	WEP	2009	500.000
Indien	NMH für die Flutopfer	DWHH	2007	140.000
Indonesien	NM- und Nicht-NMH für die Opfer der Überschwemmungen in Aceh & Nord Sumatra	DWHH	2007	100.000
Indonesien	Soforthilfe für die Opfer des Erdbebens in West-Sumatra	DWHH	2009	250.000
Indonesien	NMNH für Überschwemmungsoffer in der Provinz Aceh	GTZ	2007	200.000
Indonesien	Not- und Soforthilfe für die Erdbebenopfer in West-Sumatra	GTZ	2009	700.000
Indonesien	NMH - PRRO 10069.2 - Lieferung 218 mt Energiekekse nach Erdbeben	WEP	2009	250.000
Jemen	NMNH - EMOP 10684.0 - Lieferung von 267 mt Weizenkörnern	WEP	2007	100.000
Jemen	NMH - PRRO 10232.1 - Lieferung von 394 mt Reis, 120 mt Hülsenfrüchte und 80 mt Zucker	WEP	2008	200.000
Jemen	NMNH - EMOP 10684.0 - Lieferung von 813 mt Weizenmehl, 90 mt Speiseöl, 20 mt High-Energy-Biscuits und 10 mt jodiertes Salz	WEP	2009	500.000
Kambodscha	Not- und Übergangshilfe für Opfer des Wirbelsturms "Ketsana"	CARE Deutschland-Luxemburg e.V.	2009	200.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Kambodscha	Verbesserung der Infrastruktur und Trinkwasserversorgung	DWHH	2007	775.000
Kambodscha	Not- und Übergangshilfe nach Taifun "Ketsana"	DWHH	2009	200.000
Kambodscha	Verbesserung der Gesundheit und des Ernährungsstatus von Müttern und Neugeborenen	Malteser ²³	2009	300.000
Kambodscha	NMH - PRRO 10305.0 - Lieferung von 2.602 mt Reis, 136 mt Pflanzenöl und 50 mt Salz	WEP	2007	1.000.000
Kambodscha	NMH - PRRO 10305.1 - Lieferung von 2.285 mt Reis, 300 mt Dosenfisch (NM-Krise)	WEP	2008	1.500.000
Kambodscha	NMH - PRRO 10305.1 - Lieferung von 533 mt Fisch und 200 mt Pflanzenöl	WEP	2009	1.000.000
Karibik / Zentralamerika / Mexiko, überregional	NM-Beistellung zum KV-Projekt	GTZ	2006	200.000
Kenia	ENÜH	DWHH	2009	1.000.000
Kenia	NMNH im Umfeld der Flüchtlingslager	GTZ	2006	18.600
Kenia	NMH - PRRO 10258.1 - Lieferung von 703 mt Gelbe Erbsen, 413 mt Maismehl und 155 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2006	600.000
Kenia	NMH - PRRO 10258.1 - Lieferung von 1.238 mt Maismehl	WEP	2007	500.000
Kenia	NMH - PRRO 10258.2 - Lieferung von 630 mt Maismehl	WEP	2007	250.000
Kenia	NMH - PRRO 10258.2 - Lieferung von 747 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2009	500.000
Kenia	NMH - PRRO 10666.0 - Lieferung von 2.327 mt Mais	WEP	2009	1.000.000
Kirgisistan	NM-Beistellung	GTZ	2006	300.000
Kirgisistan	NMH	GTZ	2008	300.000
Kolumbien	Ernährungssicherungsprogramm für Gewaltvertriebene, Rückkehrer und Risikogruppen in der Region Nororiente	DCV	2006	150.000
Kolumbien	Übergangshilfen für Binnenvertriebene in der Nordostregion	DCV	2006	300.000
Kolumbien	Ernährungssicherung und Friedensförderung für Binnenvertriebene, Rückkehrer und von Vertreibung Bedrohte	DCV	2007	400.000
Kolumbien	Ernährungssicherung und Friedensförderung für Binnenvertriebene, Rückkehrer und von Vertreibung Bedrohte	DCV	2008	400.000
Kolumbien	Ernährungssicherung und Friedensförderung für Binnenvertriebene und von Vertreibung Bedrohte	DCV	2009	218.625
Kolumbien	Wiederherstellung der Lebensgrundlagen von kriegsvertriebenen Bauern in marginalen städtischen Gebieten durch Eigenproduktion von NMn psychosoziale Maßnahmen zur Wiederherstellung sozialer Netze	Diakonie	2006	70.000
Kolumbien	ENÜH für Kriegsvertriebene zur Förderung der Eigenproduktion von NMn, psychosoziale Unterstützung und Wiederherstellung sozialer Netze	Diakonie	2006	200.000
Kolumbien	Nothilfe und Wiederherstellung der Lebensgrundlagen von kriegsvertriebenen Familien im marginalen städtischen Bereich durch Eigenproduktion von NMn, soziale Vernetzung in den Aufnahmegebieten sowie den Schutz von Kindern und Jugendlichen	Diakonie	2007	800.000
Kolumbien	Reduzierung der Risikofaktoren und Wiederherstellung minimaler Lebensbedingungen für von Krieg und interner Vertreibung betroffenen Familien in urbanen und ländlichen Gebieten mittels eigener NM-Produktion, Schaffen und Stärkung...	Diakonie	2009	400.000
Kolumbien	Unterstützung der Integration von Binnenvertriebenen	DWHH	2006	193.750
Kolumbien	Sicherung der Ernährung vertriebener Kinder und ihre schulische Eingliederung	DWHH	2009	542.000
Kolumbien	Reintegration von intern vertriebenen Kindern und Jugendlichen in der Eje Cafetero	GTZ	2006	700.000
Kolumbien	Stärkung von Friedensallianzen und Integration von Kindern und Jugendlichen	GTZ	2007	750.000
Kolumbien	NMH - PRRO 10366.0 - Lieferung von 931 mt Reis, 40 mt Pflanzenöl, 40 mt Zucker, 60 mt Bohnen und 20 mt Salz	WEP	2006	750.000
Kolumbien	NMH - PRRO 10366.0 - Lieferung von 699 mt Reis	WEP	2007	500.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Kolumbien	NMH - PRRO 10588.0 - Lieferung von 647 mt Reis	WEP	2008	500.000
Kolumbien	NMH - PRRO 10588.0 - Lieferung von 587 mt Reis	WEP	2009	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Finanzierung von NMn, Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät für rückkehrende Flüchtlinge und Vertriebene	DCV	2006	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Finanzierung von NMn, Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät zur Reintegration von Kriegsopfern	DCV	2006	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Finanzierung von NMn, Saatgut, Hacken und Hausrat für Rückkehrer aus Tansania und Vertriebene in der Provinz Süd-Kivu	DCV	2007	650.000
Kongo, Demokratische Republik	Wiedereingliederung von 7.500 durch Krieg vertriebene Rückkehrerfamilien	DCV	2008	525.000
Kongo, Demokratische Republik	Reintegration von 9.000 intern vertriebenen Familien	DCV	2008	475.000
Kongo, Demokratische Republik	Unterstützung der Reintegration und Ernährungssicherung von 8.500 Familien	DCV	2009	700.000
Kongo, Demokratische Republik	Entwicklungsorientierte Nothilfe für von Krieg und Gewalt betroffenen Menschen	Diakonie	2006	300.000
Kongo, Demokratische Republik	Entwicklungsorientierte Nothilfe und NMH für von Krieg und Gewalt betroffene Menschen	Diakonie	2007	600.000
Kongo, Demokratische Republik	Entwicklungsorientierte Nothilfe und NMH für von Krieg und Gewalt betroffene Menschen in der Provinz Orientale im Osten	Diakonie	2008	600.000
Kongo, Demokratische Republik	Verbesserung der Ernährungslage der Bevölkerung	DRK	2006	550.000
Kongo, Demokratische Republik	Förderung der sozioökonomischen Entwicklung und Konfliktminderung	DWHH	2006	1.250.000
Kongo, Demokratische Republik	Wiederansiedlung von Flüchtlingen	GTZ	2006	41.660
Kongo, Demokratische Republik	Wiederansiedlung von Flüchtlingen	GTZ	2006	2.213
Kongo, Demokratische Republik	NM-Beistellung	GTZ	2009	340.000
Kongo, Demokratische Republik	NMH und Wiederaufbau der Grundstrukturen für die Ernährungssicherung in der Region Kaniola / Nindja	Malteser	2009	790.000
Kongo, Demokratische Republik	Unterstützende Reintegration für kongolesische Rückkehrer in die Provinz Süd-Kivu	UNHCR	2006	1.000.000
Kongo, Demokratische Republik	Erstellung friedlicher und geschützter Lebensumstände für de Rückkehr von intern Vertriebenen in die Ostprovinz	UNHCR	2007	1.000.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Kongo, Demokratische Republik	Rückkehr-, Reintegrations- und Flüchtlingshilfe	UNHCR	2009	1.000.000
Kongo, Demokratische Republik	NMH - PRRO 10288.0 - Lieferung von 500 mt CSB, 50 mt Zucker, 1.870 mt Maismehl, 400 mt Bohnen und 100 mt Öl	WEP	2006	2.000.000
Kongo, Demokratische Republik	NMH - PRRO 10288.0 - Lieferung von 1.782 mt Maismehl und 50 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2007	1.250.000
Kongo, Demokratische Republik	NMH - PRRO 10608.0 - Lieferung von 574 mt Hülsenfrüchte und 411 mt Maismehl	WEP	2008	850.000
Kongo, Demokratische Republik	NMH - PRRO 10608.0 - Lieferung von 1.786 mt Maismehl und 100 mt Salz	WEP	2009	1.500.000
Korea, Demokratische Volksrepublik	Übergangshilfe für sozial schwache Bevölkerungsgruppen	DCV	2009	150.000
Korea, Demokratische Volksrepublik	Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der städtischen Bevölkerung durch Steigerung des Gemüseanbaus in Gewächshäusern und ausgewählter Lebensmittelverteilung	DWHH	2006	222.350
Korea, Demokratische Volksrepublik	Förderung nachhaltiger Landnutzung / Ressourcenschutz zur Ernährungssicherung	DWHH	2007	980.000
Korea, Demokratische Volksrepublik	Teil A: Food-for-Work zur Verbesserung der NM-Versorgung in den betroffenen Projektregionen in Nordkorea Teil B: Ernährungssicherung durch Förderung und Management von Dauerkulturen	DWHH	2008	2.648.000
Korea, Demokratische Volksrepublik	NMH - PRRO 10488.0 - Lieferung von 210 mt Bohnen und 1.450 mt Weizenmehl	WEP	2006	500.000
Korea, Demokratische Volksrepublik	NMH - PRRO 10488.0 - Lieferung von 1.976 mt Weizenmehl, 1.032 mt Reis, 836,65 mt Öl und 636 mt Zucker	WEP	2007	2.050.000
Korea, Demokratische Volksrepublik	NMH - PRRO 10488.0 - Lieferung von 470 mt Hülsenfrüchten und 1.604 mt Mais	WEP	2008	750.000
Laos	Übergangshilfe für die Opfer des Wirbelsturms "Ketsana"	CARE	2009	200.000
Laos	Verbesserung der Infrastruktur und Ernährungssicherung	DWHH	2007	790.000
Laos	NMH - PRRO 10566.0 - Lieferung von 1.081 mt Reis	WEP	2007	500.000
Laos	NMH - PRRO 10566.0 - Lieferung von 1.274 mt Reis	WEP	2008	750.000
Laos	NMH - PRRO 10566.0 - Lieferung von 1.338 mt Reis	WEP	2009	600.000
Lesotho	Ernährungssicherung für AIDS-Waisenkinder	DRK	2006	465.000
Lesotho	Nothilfe für HIV / AIDS-Waisenkinder	DRK	2007	300.000
Lesotho	Verbesserung der NM-Sicherheit für AIDS-Waisen und bedürftige Kinder	DRK	2008	234.838
Lesotho	NMH - PRRO 10310.0 - Lieferung von 555 mt Maismehl	WEP	2007	250.000
Libanon	Bereitstellung Nothilfegüter	GTZ	2006	100.000
Libanon	NM-Unterstützung für vertriebene palästinensische Flüchtlinge aus Nahr-el-Bared	UNRWA ²⁴	2007	250.000
Libanon	NMNH - EMOP 10537.0 - Lieferung von 1.170,7 mt Weizenmehl, 43,5 mt Pflanzenöl, 87 mt Linsen in den Libanon / 275 mt Weizenmehl, 21,8 mt Pflanzenöl und 40 mt Hülsenfrüchte Linsen nach Syrien	WEP	2006	2.000.000
Liberia	Wiedereingliederung von Bürgerkriegsflüchtlingen	DCV	2006	34.575
Liberia	Wiederansiedlung von Inlandsvertriebenen und Flüchtlingen in der Diözese Cape Palmas	DCV	2006	400.000
Liberia	Wiederansiedlung von Flüchtlingen und Inlandsvertriebenen in der Diözese Cape Palmas	DCV	2008	400.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Liberia	Ernährungssicherung sowie Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen	Diakonie	2007	425.000
Liberia	Verbesserung der Lebensbedingungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ernährungssicherung	Diakonie	2008	675.000
Liberia	Verbesserung der Lebensbedingungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Schutz von Kindern	Diakonie	2009	1.000.000
Liberia	Wiederansiedlung von Bürgerkriegsflüchtlingen, Phase II	DWHH	2006	400.000
Liberia	Wiederansiedlung von Bürgerkriegsflüchtlingen, Phase II - Komplementierung	DWHH	2006	250.000
Liberia	Rehabilitierung von Straßen und Trinkwasserversorgung	DWHH	2007	1.150.000
Liberia	Rehabilitierung von Straßen und Konfliktmanagement	DWHH	2008	2.041.000
Liberia	Unterstützung des Wiederaufbaus von Western Lofa	GTZ	2006	2.750.000
Liberia	Nothilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen	GTZ	2006	7.371
Liberia	NMH - PRRO 10064.3 - Lieferung von 1.133 mt Bulgarweizen und 298 mt Pflanzenöl	WEP	2006	999.049
Liberia	NMH - PRRO 10064.3 - Lieferung von 224 mt Bulgur-Weizen, 36 mt Pflanzenöl und 80 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2007	250.000
Liberia	NMH - PRRO 10454.0 - Lieferung von 477 mt Bulgur Weizen, 180 mt Speiseöl, 300 mt CSB, 500 mt YSB und 77 mt Zucker (NM-Krise)	WEP	2008	1.400.000
Liberia	NMH - PRRO 10454.0 - Lieferung von 400 mt Reis und 81 mt Bulgur-Weizen	WEP	2009	500.000
Liberia	NMH - PRRO 10821.0 - Lieferung von 478 mt Bulgur-Weizen, 200 mt Gelbe Erbsen, 100 mt Speiseöl und 75 mt jodiertes Salt	WEP	2009	700.000
Madagaskar	Food for Work - Projekt für vom Zyklon Ivan betroffene Menschen	CARE	2008	50.000
Madagaskar	NMH - PRRO 10442.0 - Lieferung von 350 mt Reis und 42 mt Hülsenfrüchte	WEP	2007	200.000
Madagaskar	NMH - PRRO 10442.0 - Lieferung von 374 mt Reis	WEP	2008	200.000
Malawi	Verbesserung der Ernährungslage, Wasserversorgung, Sanitär- und Hygienebedingungen	DRK	2006	249.920
Malawi	NMH - PRRO 10586.0 - Lieferung von 962 mt Mais	WEP	2008	300.000
Malawi	NMH - PRRO 10586.0 - Lieferung von 1.413 mt Corn-Soja-Blend und 396 mt Hülsenfrüchte	WEP	2009	800.000
Mali	NMH für Überschwemmungsopfer in vier Diözesen	DCV	2007	100.000
Mali	NMH für bedürftige ländliche Familien in 64 Gemeinden	DWHH	2006	850.000
Mauretanien	NMH - PRRO 10359.0 - Lieferung von 226 mt WSB und 203 mt Gelbe Erbsen	WEP	2006	250.000
Mauretanien	NMH - PRRO 10605.0 - Lieferung von 2.465 mt Weichweizen (NM-Krise)	WEP	2008	1.500.000
Mosambik	Ernährungssicherung in drei Provinzen Mosambiks 2006	DCV	2006	400.000
Mosambik	Entwicklungsorientierte Nothilfe für von Dürre und Wirbelstürmen (Zyklonen) betroffene Menschen (in Zusammenarbeit mit dem DCV)	Diakonie	2007	540.000
Mosambik	Entwicklungsorientierte Nothilfe für von periodischer Dürre betroffene Menschen in vier Provinzen Mosambiks (mit DCV)	Diakonie	2008	650.000
Mosambik	Entwicklungsorientierte Nothilfe für von periodischer Dürre betroffene Menschen in vier Provinzen Mosambiks (50% DCV)	Diakonie	2009	900.000
Mosambik	ENÜH für Dürreopfer	DWHH	2006	50.000
Mosambik	Überlebenshilfe für stark benachteiligte Menschen	DWHH	2006	400.000
Mosambik	Flutkatastrophenhilfe im Distrikt Chinde	DWHH	2007	200.000
Mosambik	Überlebenshilfe für vom Zyklon Favio besonders betroffene Menschen	DWHH	2007	300.000
Mosambik	Nothilfemaßnahmen zur Unterstützung der Opfer von Naturkatastrophen und Krankheiten	DWHH	2007	300.000
Mosambik	NMNH im Mündungsgebiet des Zambesi	DWHH	2008	300.000
Mosambik	NMH - PRRO 10310.0 - Lieferung von 829 mt Mais und 438 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2007	700.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Mosambik	NMH - PRRO 10600.0 - Lieferung von 1.525 mt Mais	WEP	2008	700.000
Mosambik	NMH - PRRO 10600.0 - Lieferung von 806 mt Mais	WEP	2009	500.000
Myanmar	NMversorgung für Schulkinder sowie Maßnahmen zur sozialen Mindestversorgung in benachteiligten Stadtteilen von Rangun	DWHH	2006	400.000
Myanmar	Verbesserung von ländlicher Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung	DWHH	2006	903.500
Myanmar	Verbesserung der Lebensbedingungen der ärmsten Bevölkerungsgruppen außerhalb von Rangun	DWHH	2007	625.000
Myanmar	Verbesserung der infrastrukturellen Grundversorgung marginalisierter Bevölkerungsgruppen (in Kooperation mit Malteser, je 50%)	DWHH	2008	600.000
Myanmar	NMH und Wiederaufbau nach der Wirbelsturmkatastrophe in Bogale	DWHH	2008	750.000
Myanmar	Verbesserung der kommunalen Basisinfrastruktur und Stärkung der Lebensgrundlagen in ehemaligen Drogenanbegebenieten	DWHH	2009	325.000
Myanmar	Wiederaufbau sozialer Infrastruktur und KV nach der Wirbelsturmkatastrophe	DWHH	2009	400.000
Myanmar	Unterstützende Hilfsmaßnahmen in Myanmar 2006	IKRK ²⁵	2006	300.000
Myanmar	Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur und Sicherung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser in von Zyklon "Nargis" betroffenen Dörfern der Irrawaddy Division	Malteser	2008	270.000
Myanmar	Wiederherstellung einer infrastrukturellen Mindestversorgung in den von Zyklon "Nargis" betroffenen Gebieten des Irrawaddy Delta und in unterversorgten Gemeinden der Wa Special Region (Shan State)	Malteser	2009	500.000
Myanmar	NMH - PRRO 10066.2 - Lieferung von 2.740 mt Reis und 60 mt Weizen-Sojamischung	WEP	2006	750.000
Myanmar	NMNH - EMOP 10345.1 - Lieferung von 724 mt Reis	WEP	2006	250.000
Myanmar	NMH - PRRO 10066.3 - Lieferung von 356 mt Hülsenfrüchte, 248 mt Pflanzenöl, 1.004 mt Reis und 29 mt Salz	WEP	2007	800.000
Myanmar	NMH - PRRO 10066.3 - Lieferung von 1.987 mt Reis	WEP	2008	750.000
Myanmar	NMNH - EMOP 10749.0 - Lieferung von 1.800 mt Reis und 329 mt Hülsenfrüchte (EEF-Mittel)	WEP	2008	1.000.000
Myanmar	NMH - PRRO 10066.3 - Lieferung von 3.149 mt Reis und 150 mt Bohnen (NM-Krise)	WEP	2008	1.500.000
Myanmar	NMH - PRRO 10066.3 - Lieferung von 2.148 mt Reis	WEP	2009	1.000.000
Myanmar	NMH - PRRO 200032 - Lieferung von 995 mt Reis	WEP	2009	500.000
Nepal	Hilfsmaßnahmen zur Überwindung der akuten Ernährungskrise	DWHH	2008	1.100.000
Nepal	Reintegration von Exkombattanten	GTZ	2006	265.000
Nepal	NM-Beistellung	GTZ	2006	800.000
Nepal	Wiederherstellung und Stabilität der Lebensgrundlagen	GTZ	2007	2.000.000
Nepal	NM-Beistellung	GTZ	2007	400.000
Nepal	NMNH - EMOP 10523.0 - Lieferung von 317 mt Reis und 55 mt Weizen-Soja-Blend	WEP	2006	500.000
Nepal	NMH - PRRO 10676.0 - Lieferung von 1.000 mt Reis	WEP	2007	1.000.000
Nepal	NMNH - EMOP 10523.0 - Lieferung von 831,6 mt, 122 mt Hülsenfrüchten, 51 mt Öl und 15 mt Salz	WEP	2007	1.000.000
Nepal	NMH - PRRO 10676.0 - Lieferung von 638 mt Reis	WEP	2008	500.000
Nepal	NMH - PRRO 10676.0 - Lieferung von 658 mt Reis	WEP	2009	500.000
Nicaragua	Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion und kommunale Risikominderung für vom Hurrikan "Felix" betroffene Kleinbauern- und Ureinwohnerfamilien im Nordosten Nicaraguas	Diakonie	2008	375.000
Nicaragua	NMH und Saatgutverteilung für Opfer des Wirbelsturmes "Felix"	DWHH	2007	300.000
Nicaragua	NMH und Reaktivierung der landwirtschaftlichen Produktion nach Wirbelsturm "Felix"	DWHH	2008	500.000
Niger	Finanzierung der Beschaffung und Lieferung von Getreide als Grundstock für Getreidebanken für die von der Dürre in 2005 betroffenen ländliche Bevölkerung	DCV	2006	350.000
Pakistan	Rehabilitierung der landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen und Risikominimierung von Naturkatastrophen in den durch Erdbeben geschädigten Gemeinden	DWHH	2006	700.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Pakistan	Not- und Übergangshilfe nach dem Erdbeben	GTZ	2006	500.000
Pakistan	NMH - PRRO 10504.0 - Lieferung von 2.710 mt Weizen und 1.200 mt Speiseöl	WEP	2006	2.000.000
Pakistan	NMNH - EMOP 10828.0 - Lieferung von 5.450 mt Weizen, 1.600 mt Zucker, 1.000 mt Energieriegel, 200 mt Salz, 100 mt Kindernahrung und 90 mt Tee / 11.379 mt Weizen und 1.500 mt gelbe Erbsen	WEP	2009	10.000.000
Palästinensische Gebiete	NMNH	UNRWA	2008	200.000
Palästinensische Gebiete	NMH - PRRO 10387.0 - Lieferung von 1.410 mt Weizenmehl	WEP	2006	500.000
Palästinensische Gebiete	NMH - PRRO 10387.1 - Lieferung von 1.431 mt WHFL, 180 mt Zucker, 215 mt Öl, 212 mt Hülsenfrüchte	WEP	2008	1.500.000
Palästinensische Gebiete	NMNH - EMOP 10817.0 - Lieferung von 2.585 mt Weizenmehl, 185 mt Hülsenfrüchten, 200 mt Öl, 185 mt Zucker, 46 mt Salz, 142 mt High-Energy-Biscuits	WEP	2009	2.000.000
Peru	NMH für vom Erdbeben betroffene Familien	DRK	2007	100.000
Peru	Rehabilitierung von Schulgebäuden als temporäre Notunterkünfte und Ernährungssicherung für 1.000 Familien nach dem Erdbeben im Süden Perus	DWHH	2007	200.000
Philippinen	NMH für Wirbelsturmopfer	DWHH	2006	55.000
Philippinen	NMNH - EMOP 10489.0 - Lieferung von 658 mt Reis	WEP	2006	250.000
Philippinen	NMNH - EMOP 10489.0 - Lieferung von 1.081 mt Reis	WEP	2007	500.000
Philippinen	NMNH - EMOP 10489.1 - Lieferung von 644 mt Bohnen	WEP	2009	500.000
Philippinen	NMNH - EMOP 200076 - Lieferung von 1.966 mt Reis nach "Ketsana" und "Parma"	WEP	2009	700.000
Ruanda	Aufbau- und Integrationshilfe für aus Tansania Vertriebene im Osten	CARE	2007	250.000
Ruanda	Aufbau- und Integrationshilfe für aus Tansania Vertriebene in Ruanda	CARE	2008	250.000
Ruanda	Verteilung von Haushaltsgegenständen und Werkzeugen an 7.500 Vertriebene	DRK	2006	100.000
Ruanda	Wiederansiedlungshilfe für Vertriebene in Bugesera	DRK	2007	250.000
Ruanda	Integration der Vertriebenen aus Tanzania durch Unterstützung beim Hausbau und Verbesserung der Ernährungs-, Einkommens- und Gesundheitssituation	DRK	2008	450.000
Ruanda	Verbesserung der produktiven Infrastruktur und der Ernährungssicherung im Base-Kirjango-Tal des Distrikts Ruhango	DWHH	2009	350.000
Ruanda	NM-Beistellung	GTZ	2006	270.000
Sambia	NMH - PRRO 10071.2 - Lieferung von 462 mt Mais, 301 mt Cassava und 374 mt Maismehl	WEP	2006	500.000
Sambia	NMH - PRRO 10310.0 - Lieferung von 453 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2007	200.000
Sambia	NMH - PRRO 10593.0 - Lieferung von 181 mt Öl	WEP	2008	250.000
Sambia	NMH - PRRO 10593.0 - Lieferung von 118 mt Speiseöl und 190 mt mit Protein angereicherte Energiekekse	WEP	2009	250.000
Senegal	NM-Beistellung	GTZ	2006	500.000
Senegal	NM-Beistellung	GTZ	2007	600.000
Senegal	Ernährungssicherung und Rückkehrförderung (mit DCV)	GTZ	2009	520.000
Sierra Leone	Schulspeisung für Vorschulen und Schüler der Primar- und Sekundarstufe	DCV	2009	220.000
Sierra Leone	NM-Beistellung	GTZ	2006	500.000
Sierra Leone	NM-Beistellung	GTZ	2007	400.000
Sierra Leone	NM-Beistellung (zum TZ-Vorhaben)	GTZ	2009	300.000
Sierra Leone	NMH - PRRO 10554.0 - Lieferung von 400 mt Corn-Soja-Blend, 200 mt Gelbe Bohnen und 1.324 mt Bulgur Weizen (NM-Krise)	WEP	2008	1.500.000
Sierra Leone	NMH - PRRO 10554.0 - Lieferung von 430 mt Weizen, 250 mt Gelbe Bohnen, 135 mt Speiseöl und 14 mt Salz	WEP	2009	500.000
Simbabwe	Verbesserung der Trinkwasserversorgung sowie der Ernährungssicherung durch die Einführung bewässerten Gartenbaus und nachhaltiger Landwirtschaft	Diakonie	2008	875.141
Simbabwe	Entwicklungsorientierte Nothilfe für von Hunger betroffene ländliche Bevölkerung in den Distrikten Gutu und Mwenezi	Diakonie	2008	250.000
Simbabwe	Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion durch FFW ¹² -Maßnahmen	DWHH	2006	300.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Simbabwe	Verbesserung landwirtschaftlicher Produktionsbedingungen	DWHH	2006	1.100.000
Simbabwe	Wasser - Management - Projekt	DWHH	2007	1.759.000
Simbabwe	Landwirtschaftliches Übergangshilfe- und Trinkwasserprojekt	DWHH	2008	950.000
Simbabwe	Landwirtschaftliches Produktions- und Wasserversorgungsprojekt	DWHH	2009	600.000
Simbabwe	Landwirtschaftliches Nothilfe- und Wasserversorgungsprojekt	DWHH	2009	600.000
Simbabwe	NMNH Simbabwe	GTZ	2006	50.000
Simbabwe	NMNH für AIDS-Opfer	HELP	2006	591.840
Simbabwe	Rehabilitierung von Brunnen und Handpumpen	HELP	2007	220.975
Simbabwe	Landwirtschaftliches Rehabilitationsprogramm (in Kombination mit ECHO)	HELP	2007	243.000
Simbabwe	NMNH in Kombination mit der Förderung einkommensschaffender Maßnahmen für die HIV/AIDS-Patienten	HELP	2007	506.518
Simbabwe	NMNH für Dürreopfer	HELP	2007	501.580
Simbabwe	Rehabilitierung der Wasserversorgung und Errichtung von 12 solarbetriebenen Brunnen in ländlichen Grundschulen	HELP	2008	404.050
Simbabwe	Rückführung, Wiedereingliederung und Notversorgung von Opfern politischer Gewalt	HELP	2008	250.000
Simbabwe	NMNH in Kombination mit der Förderung einkommensschaffender Maßnahmen für die HIV/AIDS-Patienten	HELP	2008	742.760
Simbabwe	Rehabilitierung der Wasserversorgung	HELP	2009	408.000
Simbabwe	Rückführung, Wiedereingliederung und Notversorgung von Opfern politischer Gewalt	HELP	2009	490.000
Simbabwe	NMNH in Kombination mit der Förderung landwirtschaftlicher Maßnahmen für die HIV/AIDS-Patienten	HELP	2009	736.703
Simbabwe	NMH - PRRO 10310.0 - Lieferung von 1.406 mt Mais	WEP	2006	500.000
Simbabwe	NMH - PRRO 10310.0 - Lieferung von 3.127 mt Mais	WEP	2007	1.250.000
Simbabwe	NMH - PRRO 10595.0 - Lieferung von 1.725 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2009	1.000.000
Somalia	Förderung alternativer Existenzgrundlagen	CARE	2009	500.000
Somalia	Verbesserung der Trinkwasserversorgung durch den Bau von fünf solarbetriebenen Schachtbrunnen	Diakonie	2006	325.000
Somalia	NMH und Trinkwasserversorgung für intern Vertriebene	Diakonie	2008	400.000
Somalia	ENÜH für intern vertriebene Familien	Diakonie	2009	700.000
Somalia	ENÜH in ländlichen Gebieten	DWHH	2007	550.000
Somalia	ENÜH	DWHH	2008	1.080.000
Somalia	Unterstützung der Landwirtschaft	DWHH	2009	250.000
Somalia	NM-Beistellung	GTZ	2009	600.000
Somalia	Unterstützende Aktivitäten in Somalia 2006	IKRK	2006	900.000
Somalia	Unterstützende Aktivitäten in Somalia 2007	IKRK	2007	1.000.000
Somalia	Unterstützende Aktivitäten in Somalia 2008	IKRK	2008	500.000
Somalia	Unterstützende Aktivitäten in Somalia 2009	IKRK	2009	500.000
Somalia	Reintegrationsunterstützung für Rückkehrer in Nord - Somalia	UNHCR	2006	1.000.000
Somalia	Reintegrationsunterstützung für Rückkehrer in Somaliland	UNHCR	2007	1.000.000
Somalia	NMH - PRRO 10191.0 - Lieferung von 1.262 mt weißem Mais und 916 mt Reis	WEP	2006	1.250.000
Somalia	NMH - PRRO 10191.1 - Lieferung von 1.627 mt Mais, 1.500 mt Reis und 319 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2007	1.750.000
Somalia	NMH - PRRO 10191.1 - Lieferung von 2.285 mt Mais	WEP	2008	1.000.000
Somalia	NMNH - EMOP 10812.0 - Lieferung von 1.855 mt Mais	WEP	2009	1.000.000
Sonstige	Deutsche Beteiligung am CERF	OCHA ²⁶	2006	5.000.000
Sri Lanka	NMH für Inlandsvertriebene im Norden	DWHH	2006	230.000
Sri Lanka	Soforthilfe für Rücksiedler	DWHH	2009	380.000
Sri Lanka	Reintegrationsvorhaben Allaipiddy	GTZ	2006	50.000
Sri Lanka	NMH - PRRO 10067.1 - Lieferung von 2.134 mt Reis	WEP	2007	750.000
Sri Lanka	NMH - PRRO 10067.1 - Lieferung von 2.000 mt Reis und 225 mt Zucker	WEP	2008	1.000.000
Sri Lanka	NMH - PRRO 10756.0 - Lieferung von 4.159 mt Reis, 897 mt gelbe Bohnen, 400 mt Pflanzenöl, 1.500 mt Corn-Soya-Blend (ohne Zucker) und 800 mt Zucker	WEP	2009	4.000.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Sudan	Übergangshilfe zur Sicherung der Existenzgrundlage für bedürftige Menschen im Twic East County	CARE	2008	1.100.000
Sudan	Projekt in Westdarfur zur Wasserversorgung, Umweltschutz und Schaffung von Wasserinfrastruktur	CARE	2008	610.279
Sudan	Übergangshilfe zur Sicherung der Existenzgrundlage für bedürftige Menschen in Unity State / Transitional Livelihood Programme (USTLP)	CARE	2009	750.000
Sudan	Humanitäre Hilfe für spontane Rückkehrer, intern Vertriebene und vulnerable Gastgemeinden in vier Payams	DCV	2007	550.000
Sudan	Humanitäre Hilfe für spontane Rückkehrer, intern Vertriebene und vulnerable Gastgemeinden in 4 Payams im Bezirk Yei und 2 Payams im Bezirk Lainja	DCV	2008	500.000
Sudan	Bereitstellung einer Basisgesundheitsversorgung für Rückkehrer, lokale Bevölkerung und intern Vertriebene in den Bezirken Rumbek und Cueibet	Diakonie	2006	210.000
Sudan	Wiederaufbau- und NMH im Bezirk Ikotos, Eastern Equatoria - Südsudan	Diakonie	2006	550.000
Sudan	Unterstützung der Wiederansiedlung von Rückkehrern sowie der lokalen Bevölkerung	Diakonie	2007	400.000
Sudan	Verbesserung der Trinkwasserversorgung, der mittelfristigen Ernährungssicherung und des Zugangs zu Bildung im Südsudan	Diakonie	2009	300.000
Sudan	Basisgesundheitsversorgung für die Bevölkerung im Osten des Sudans	DRK	2006	150.000
Sudan	NMSicherheit für Kleinbauern und Semi-Nomaden	DRK	2006	500.000
Sudan	Mobile und stationäre Basisgesundheitsversorgung in West-Darfur	DRK	2007	400.000
Sudan	Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Zugang zu sauberem Wasser für Bürgerkriegsrückkehrer und bedürftige lokale Bevölkerung	DRK	2007	600.000
Sudan	Basisgesundheitsversorgung und Ernährungssicherheit für Rückkehrer	DRK	2007	400.000
Sudan	Basisgesundheitsversorgung und Ernährungssicherung für Nomaden und sesshafte Bevölkerungen im Bezirk Telkook und am Atbara, Provinz Kassala	DRK	2008	550.000
Sudan	Weiterentwicklung der Basisgesundheitsversorgung und der Ernährungssicherheit für Bürgerkriegs-Rückkehrer sowie bedürftige lokale Bevölkerung	DRK	2008	600.000
Sudan	Nachhaltige Verbesserung der Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung der Stärkung der KV der Bevölkerung und insbesondere für Rückkehrer in den Nuba-Bergen sowie bei El Obeid (Süd- und Nordkordofan)	DRK	2009	350.000
Sudan	Hilfsgüter für vom Bürgerkrieg betroffene Menschen und Rehabilitation in Darfur und Unity State	DWHH	2006	800.000
Sudan	Rehabilitation und Konstruktion von Klassenzimmern für Opfer des Bürgerkriegs	DWHH	2007	280.000
Sudan	Rehabilitation und Konstruktion von Klassenzimmern für Opfer des Bürgerkriegs in Darfur, West Sudan	DWHH	2008	200.000
Sudan	Schutz von natürlichen Ressourcen und Unterstützung der sozialen Infrastruktur für die vom Krieg betroffene Bevölkerung im Ostsudan	DWHH	2009	400.000
Sudan	Rehabilitation von Schulen für Opfer des Bürgerkriegs in Darfur	DWHH	2009	400.000
Sudan	Unterstützung der Betreuung, Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in der Region Ostafrika	GTZ	2006	2.017.000
Sudan	Förderung der Integration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2007	1.000.000
Sudan	Wiederherstellung und Stabilität der Lebensgrundlagen	GTZ	2008	1.700.000
Sudan	NM-Beistellung	GTZ	2009	780.000
Sudan	Wiederherstellung der Basisgesundheitsstrukturen im Südsudan für eine integrierte Versorgung der Bevölkerung im Bereich Tuberkulose	Malteser	2008	625.000
Sudan	Dauerlösungen durch Gemeinschaftsentwicklung und Rehabilitation von Flüchtlingslagern sowie Kapazitätenbildung der Regierung, des Staates und lokaler Autoritäten im Ostsudan	UNHCR	2006	1.000.000
Sudan	Kontinuierliche Unterstützung zu UNHCR's nachhaltigen Optionen für Existenzsicherheit im Ostsudan (SOLSES - Programm)	UNHCR	2007	1.000.000
Sudan	Humanitäre Unterstützung und interner Schutz für intern Vertriebene	UNHCR	2007	500.000
Sudan	Friedensbildende Maßnahmen zur Stärkung der Rückkehrer, intern Vertriebenen und Grundstrukturen	UNHCR	2008	1.000.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Sudan	Friedensbildende Aktivitäten zur Stärkung der Rückkehrer, intern Vertriebener und gemeindebasierter Strukturen im Südsudan	UNHCR	2009	1.000.000
Sudan	NMNH - EMOP 10503.0 - Lieferung von 2.501 mt Mais und 1.946 mt Sorghum	WEP	2006	3.500.000
Sudan	NMNH - EMOP 10557.0 - Lieferung von 2.238 mt Sorghum und 500 mt Salz	WEP	2007	2.000.000
Sudan	NMNH - EMOP 10693.0 - Lieferung von 808 mt Sorghum	WEP	2007	500.000
Sudan	NMNH - EMOP 10693.0 - Lieferung von 2.424 mt Sorghum	WEP	2008	1.500.000
Sudan	NMNH - EMOP 10760.0 - Lieferung von 1.023 mt Maismehl, 917 mt Bohnen, 991 mt Zucker, 500 mt Salz	WEP	2009	3.000.000
Swasiland	NMH - PRRO 10310.0 - Lieferung von 609 mt Maismehl	WEP	2007	250.000
Swasiland	NMH - PRRO 10602.0 - Lieferung von 520 mt Mais und 157 mt Gelbe Bohnen	WEP	2009	250.000
Tadschikistan	Verbesserung der Ernährungssituation und der Einkommensgrundlage von Bauernfamilien im Norden	DWHH	2006	200.000
Tadschikistan	Dorfentwicklung und Ressourcenschutz als Mittel zur weiteren Stabilisierung der Einkommen von Bauern in Gebieten im Norden	DWHH	2008	500.000
Tadschikistan	Ergänzende Nothilfe- und Rehabilitierungsmaßnahmen zur Ernährungssicherung im Norden	DWHH	2008	670.000
Tadschikistan	Förderung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Tadschikistan und Afghanistan	GTZ	2007	1.100.000
Tadschikistan	NM-Beistellung zum KV-Projekt	GTZ	2009	400.000
Tadschikistan	NMH - PRRO 10603.0 - Lieferung von 205 mt Gelbe Erbsen und 100 mt Pflanzenöl	WEP	2008	300.000
Tansania	Verbesserung der Ernährungssituation in der durch Flüchtlinge belasteten Region Kigoma	GTZ	2006	15.433
Tansania	Flüchtlingshilfe für burundische Flüchtlinge in Tansania	UNHCR	2008	1.000.000
Tansania	Dauerlösungen mit lokaler Reintegration für burundische Flüchtlinge im Westen	UNHCR	2009	750.000
Tansania	NMH - PRRO 10529.0 - Lieferung von 1.654 mt Mais und 350 mt Salz	WEP	2007	500.000
Timor-Leste	Stärkung von friedensfördernden Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen	GTZ	2007	200.000
Tschad	Nachhaltige Ernährungssicherung und Konfliktprävention durch Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und Verringerung der Ressourcen-Übernutzung	CARE	2007	350.000
Tschad	Sicherung der Lebensgrundlagen um Umfeld von Flüchtlingslagern im Kontext des TZ-Vorhabens PRODADO	GTZ	2006	50.000
Tschad	Betreuung und Versorgung von sudanesischen Flüchtlingen im Tschad	GTZ	2006	951.000
Tschad	Sicherung der Lebensgrundlagen im Umfeld von Flüchtlingslagern	GTZ	2006	800.000
Tschad	Sicherung der Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung im Umfeld von Flüchtlingslagern	GTZ	2007	700.000
Tschad	Sicherung der Lebensgrundlagen um Flüchtlingslager	GTZ	2008	1.200.000
Tschad	Sicherung der Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerung	GTZ	2009	1.000.000
Tschad	NM-Beistellung	GTZ	2009	350.000
Tschad	Verbesserung der Wasserversorgung und der medizinischen Möglichkeiten in der Grenzregion zum Darfur	HELP	2006	189.420
Tschad	Dringende Renovierungsarbeiten im Hospital Abéché	HELP	2008	229.920
Tschad	Erweiterung OP-Trakt und Kreissaal im Hospital Abéché	HELP	2009	297.000
Tschad	Unterstützende Maßnahmen im Tschad 2006	IKRK	2006	500.000
Tschad	Unterstützende Maßnahmen im Tschad 2007	IKRK	2007	500.000
Tschad	Unterstützende Maßnahmen im Tschad 2008	IKRK	2008	500.000
Tschad	Unterstützende Maßnahmen im Tschad 2009	IKRK	2009	500.000
Tschad	NMNH - EMOP 10559.0 - Lieferung von 669 mt Weizenmehl	WEP	2007	500.000
Tschad	NMNH - EMOP 10559.0 - Lieferung von 209 mt Pflanzenöl und 170 mt Zucker	WEP	2008	500.000
Tschad	NMNH - EMOP 10559.1 - Lieferung von 460 mt Weizen	WEP	2009	500.000
Uganda	Finanzierung von NM, Hausrat, Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät für Bürgerkriegsopfer in Norduganda	DCV	2006	400.000
Uganda	Not- und Übergangshilfe für intern Vertriebene, Rückkehrer und lokale Bevölkerung im Distrikt Katakwi - Nord-Ost Uganda	Diakonie	2006	100.000

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	(ab) Jahr	Kosten
Uganda	Unterstützung für rückkehrwillige intern Vertriebene bei der Wiederansiedlung in ihre Heimatdörfer im Nordosten Ugandas	Diakonie	2006	300.000
Uganda	Unterstützung für rückkehrwillige intern Vertriebene bei der Wiederansiedlung in ihre Heimatdörfer im Nordosten Ugandas	Diakonie	2007	650.000
Uganda	Verbesserung der Trinkwasserversorgung sowie der mittelfristigen Ernährungssicherung in vom Konflikt betroffenen Gemeinden im Norden Ugandas	Diakonie	2009	500.000
Uganda	Wiederaufbau und Verbesserung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser sowie Verbesserung der Hygiene- und Gesundheitssituation für ehemalige intern Vertriebene, die sich im Prozess der Wiederansiedlung in den vier nördlichen Unterbezirken des Distrikts Oyam befinden	DRK	2007	400.000
Uganda	Verbesserter Zugang zu sauberem Trinkwasser und hygienischen Sanitäreinrichtungen für Rückkehrer und Binnenflüchtlinge im Distrikt Oyam, Norden	DRK	2009	360.000
Uganda	Maßnahmen zur Ernährungssicherung von Rückkehrern und ehemals intern Vertriebenen im Oyam-Distrikt / Norden	DRK	2009	380.000
Uganda	Förderung der Reintegration von intern Vertriebenen im Norden	DWHH	2006	422.025
Uganda	Unterstützung der Wiederansiedlung intern Vertriebener in ihren Ursprungsgebieten	DWHH	2007	695.000
Uganda	Reaktivierung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials und der Wasserversorgung	DWHH	2008	1.050.000
Uganda	Konfliktprävention und Ernährungssicherung durch Gemeindeentwicklung in Norduganda	DWHH	2009	267.600
Uganda	ENÜH und Wiederaufbau im Westnilgebiet zur Reintegration der intern Vertriebenen	GTZ	2006	50.000
Uganda	Unterstützung der Repatriierung ruandischer Flüchtlinge aus Uganda	GTZ	2006	11.576
Uganda	NM-Beistellung	GTZ	2006	200.000
Uganda	NM-Beistellung	GTZ	2008	800.000
Uganda	NMNH und Saatgut für Flutopfer	HELP	2007	200.000
Uganda	Schutz und Unterstützung der Reintegration der intern Vertriebenen im Norden	UNHCR	2008	1.000.000
Uganda	Schutzleistungen, Unterstützung sowie Suche nach Dauerlösungen für ruandisch intern Vertriebene im Norden	UNHCR	2009	500.000
Uganda	NMH - PRRO 10121.1 - Lieferung von 1.776 mt Mais	WEP	2007	500.000
Uganda	NMH - PRRO 10121.2 - Lieferung von 1.534 mt Maiskörnern	WEP	2008	500.000
Zentralafrikanische Republik	Unterstützende und Schutzmaßnahmen	IKRK	2007	300.000
Zentralafrikanische Republik	Unterstützende und Schutzmaßnahmen	IKRK	2008	300.000
Zentralafrikanische Republik	Unterstützung von Binnenvertriebenen	IKRK	2009	600.000
Zentralafrikanische Republik	NMH - PRRO 10189.1 - Lieferung von 341 mt Corn-Soja-Blend	WEP	2006	250.000
Zentralafrikanische Republik	NMH - PRRO 10189.1 - Lieferung von 136 mt Maismehl, 407 mt Corn-Soja-Blend, 46 mt Pflanzenöl und 44 mt Salz	WEP	2007	500.000
Gesamt				332.594.960

Quelle: BMZ

- ¹ na: nicht aufteilbar
- ² EL: Entwicklungsländer
- ³ EZ: Entwicklungszusammenarbeit
- ⁴ NM: Nahrungsmittel
- ⁵ NMH: Nahrungsmittelhilfe
- ⁶ PRRO: Programmform des WEP mit Nummer - Protracted relief and recovery operation
- ⁷ NMNH: Nahrungsmittelnothilfe
- ⁸ IESP: Integriertes Ernährungssicherungsprojekt, siehe dazu Anlage 9
- ⁹ EMOP: Programmform des WEP mit Nummer: Emergency Operation
- ¹⁰ IRA: Hilfsfonds zum schnellen Eingreifen bei NM-Notsituationen - Immediately Response Account
- ¹¹ KV: Katastrophenvorsorge
- ¹² FFW: Food For Work
- ¹³ DCV: Deutscher Caritasverband e.V.
- ¹⁴ DWHH: Deutsche Welthungerhilfe e.V.
- ¹⁵ GTZ: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH
- ¹⁶ HELP: Hilfe zur Selbsthilfe e.V.
- ¹⁷ Mediothek: Mediothek für Afghanistan
- ¹⁸ UNHCR: Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen
- ¹⁹ WEP: Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
- ²⁰ Diakonie: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschland
- ²¹ CARE: CARE Deutschland-Luxemburg e.V.
- ²² DRK: Deutsches Rotes Kreuz
- ²³ Malteser: Malteser Hilfsdienst e.V.
- ²⁴ UNRWA: VN-Hilfswerk für Palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten
- ²⁵ IKRK: Internationales Rotes Kreuz
- ²⁶ OCHA: VN-Büro für die Koordination von humanitären Angelegenheiten

**Ernährungssicherungsprogramme¹ des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2006 bis 2009**

Land / Region	Träger	Bezeichnung	Festlegung
Afghanistan	GTZ ²	Förderung von Ernährungssicherheit in Afghanistan	1.900.000
	GTZ	Programm zur Förderung der ES ¹ in Afghanistan, 2.Phase	1.500.000
	GTZ	Förderung von Ernährungssicherheit, Wiederaufbau und Stabilität	4.600.000
	DWHH ³	Landwirtschaftliche Förderung in der Provinz Jowzjan	900.000
		Summe Afghanistan 2006 – 2009	8.900.000
Äthiopien	GTZ	IESP ⁴ Bahir Dar	1.382
Angola	GTZ	ES, Wiederaufbau und Konsolidierung des Friedens in der Provinz Uige	1.599.814
	DWHH	IESP in der Gemeinde Ambovia, Kwanza Sul	217.200
		Summe Angola 2006 – 2009	1.817.014
Bolivien	GTZ	Katastrophenrisikomanagement und ES im Wassereinzugsgebiet des Rio San Pedro, 2.Phase	698.520
Burundi	GTZ	ES und Friedensförderung in Süd-Burundi	1.322.510
	DWHH	ES und Friedensentwicklung in Kirundo und Muyinga	1.040.000
	DWHH	ES und Friedensentwicklung in Kirundo	1.740.000
		Summe Burundi 2006 – 2009	4.102.510
Guinea	GTZ	ES, Wiederaufbau und Konfliktbearbeitung	1.510.000
	GTZ	Stabilisierung der Lebensgrundlagen	1.200.000
		Summe Guinea 2006 – 2009	2.710.000
Haiti	DWHH	ES und Wiederherstellung produktiver sowie sozialer Infrastrukturen für katastrophengeschädigte kleinbäuerliche Familien in der Gemeinde Ennery	527.000
	DWHH	ES durch Verbesserung produktiver Infrastruktur sowie Intensivierung und Inwertsetzung landwirtschaftlicher Produktion	500.000
		Summe Haiti 2006 – 2009	1.027.000
Kaukasus na ⁵ (nur EL ⁶)	GTZ	Förderung von ES, Regionaler Kooperation und Stabilität im Südkaukasus	638.938
	GTZ	Programm zur Förderung der ES im Süd-Kaukasus	2.593
		Summe Kaukasus na 2006 – 2009	641.531
Kenia	GTZ	IESP Mwingi	252
	GTZ	IESP Bahir Dah	7.750
		Summe Kenia 2006 – 2009	8.002
Kirgisistan	GTZ	Förderung von Ernährungssicherheit regionaler Kooperation und Stabilität in der Region Batken, 2.Phase	1.000.000
Kongo, Demokratische Republik	GTZ	ES und Stabilität im Osten des Landes	3.853.420
	GTZ	Wiederherstellung der Stabilität und der Lebensgrundlagen in der Grenzregion zu Angola	2.100.000
	GTZ	Stabilisierung der Lebensgrundlagen	2.051.300
	GTZ	Wiederherstellung und Stabilisierung der Lebensgrundlagen	800.000
	GTZ	Wiederherstellung der Lebensgrundlagen und sozialen Zustände	700.000
	DWHH	Armutsminderung und Friedensförderung in der Provinz Nordkivu	2.250.000
	DWHH	Armut- und Konfliktminderung	1.200.165
DWHH	Unterstützung von Rückkehrern	1.094.066	
		Summe Demokratische Republik Kongo 2006 – 2009	14.048.951
Liberia	GTZ	Wiederherstellung der Lebensgrundlagen	1.600.000

Land / Region	Träger	Bezeichnung	Festlegung
Nepal	GTZ	Förderung von ES, Wiederaufbau und Stabilisierung der Lebensgrundlagen	867.928
	GTZ	Förderung von ES, Wiederaufbau und Stabilisierung der Lebensgrundlagen, 2.Phase	1.600.000
	GTZ	Reintegration von Rückkehrern und Lebensgrundlagen	800.000
	DWHH	Förderung sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung	230.000
		Summe Nepal 2006 – 2009	3.497.928
Ruanda	GTZ	Ernährungssicherheit und strukturelle Stabilität im Süden von Ruanda	805.202
	GTZ	Ernährungssicherung und strukturelle Stabilität im Süden Ruandas, Folgephase	400.000
		Summe Ruanda 2006 - 2009	1.205.202
Senegal	GTZ	Stabilisierung der Ernährungssicherheit in der Casamance	769.596
	GTZ	Stabilisierung der ES in der Casamance, 2.Phase	600.000
		Summe Senegal 2006 - 2009	1.369.596
Sierra Leone	GTZ	ES Sierra Leone	754.994
	GTZ	Ernährungssicherung, Wiederaufbau und Konfliktberatung in den grenznahen Distrikten	1.000.000
		Summe Sierra Leone 2006 - 2009	1.754.994
Somalia	GTZ	Verbesserung der Lebensgrundlagen und der strukturellen Stabilität in der Region Bay	1.500.000
	GTZ	Wiederherstellung und Stabilität der Lebensgrundlagen	200.000
		Summe Somalia 2006 - 2009	1.700.000
Sri Lanka	GTZ	IESP Batticaloa	657.536
	GTZ	ES in Batticaloa, 2.Phase	600.000
	GTZ	IESP Trincomalee	2.467
	DWHH	IESP Nord Vavuniya, 2.Phase	2.000.000
		Summe Sri Lanka 2006 - 2009	3.260.003
Sudan	DWHH	ES und friedliche Entwicklung im Sudan	1.750.000
	DRK ⁷	IESP für Rückkehrer	550.000
		Summe Sudan 2006 - 2009	2.300.000
Tadschikistan	GTZ	Programm zur Förderung von ES, 2.Phase	1.100.000
	GTZ	Sicherung und Stärkung der Lebensgrundlagen	900.000
		Summe Tadschikistan 2006 - 2009	2.000.000
Timor-Leste	GTZ	ES im Ost-Timor	700.000
Uganda	GTZ	Ernährungssicherheit und Friedensstabilisierung in Nord-Uganda	931.184
	GTZ	Ernährungssicherung und Friedensstabilisierung in Nord-Uganda, 2.Phase	1.540.000
	GTZ	Förderung der ES und Stärkung friedlicher Konfliktbearbeitung	1.000.000
	DWHH	Verbesserung der ES und Verminderung der gewaltsam ausgetragenen Konflikte in den Sub-Counties Lotome und Lorengedwat in der Region Karamoja	265.700
		Summe Uganda 2006 - 2009	3.736.884
Gesamt			58.079.516

Quelle: BMZ

¹ Ernährungssicherungsprogramme (ES) sind längerfristige Projekte (ca. 3 Jahre), die auf eine nachhaltige Verbesserung der landwirtschaftlichen Möglichkeiten abzielen; sie umfassen neben der Lieferung von Saatgut Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssituation

² GTZ: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH

³ DWHH: Deutsche Welthungerhilfe e.V.

⁴ IESP: Integriertes Ernährungssicherungsprojekt

⁵ na: nicht aufteilbar

⁶ EL: Entwicklungsländer

⁷ DRK: Deutsches Rotes Kreuz e.V.

**Katastrophenvorsorge¹ des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2006 bis 2009**

Land / Region	Träger	Bezeichnung	Festlegung
Bangladesch	GTZ ²	Katastrophenpräventiver Wiederaufbau in der Küstenregion in ausgewählten Gemeinden	500.000
	KNH ³	Wiederaufbau von Bildungseinrichtungen und ihre Lehrer als direkt Begünstigte sowie ihre Eltern und Familien als indirekt Begünstigte	264.800
		Summe Bangladesch 2006 - 2009	764.800
Haiti	DWHH ⁴	Sicherstellung von Trinkwasser zugunsten der Bevölkerung von Jean Rabel und Maßnahmen des Ressourcenschutzes und KV	550.000
	DWHH	Reduzierung von Katastrophenrisiken in den Gemeinden Dubré und Grison Garde	400.000
	GTZ	Wiederaufbau und Anfälligkeitsreduzierung in Gonaive	1.050.000
		Summe Haiti 2006 - 2009	2.000.000
Karibik / Zentral-amerika / Mexiko, überregional	GTZ	Wiederaufbau und Katastrophenrisikomanagement im Grenzgebiet Haiti / Dominikanische Republik	2.300.000
	GTZ	Wiederaufbau nach Hurrikan "Stan" und KV	2.950.000
		Summe Karibik / Zentralamerika / Mexiko überregional 2006 - 2009	5.250.000
Mosambik	DWHH	Beitrag zur Katastrophenreduzierung	900.000
	DWHH	Förderung der Katastrophenprävention durch die Anpassung der Lebens- und Produktionsstrategien der Bevölkerung an die naturräumlichen Bedingungen	400.000
		Summe Mosambik 2006 - 2009	1.300.000
Myanmar	Malteser ⁵	Gemeindeorientierte KV in den zyklon- und flutgefährdeten Gebieten des Rakhine State	250.000
Niger	GTZ	Unterstützung der nationalen Einrichtung zur Vorsorge und Management von Nahrungskrisen	2.022.038
	GTZ	Unterstützung der nationalen Einrichtung zur Vorsorge und zum Management von Nahrungskrisen (DN)	1.500.000
	GTZ	Unterstützung der nationalen Einrichtung zur Vorsorge und zum Management von Nahrungskrisen (DN)	1.500.000
		Summe Niger 2006 - 2009	5.022.038
Peru	GTZ	Katastrophenrisikomanagement zur ES im Department Arequipa, 2.Phase	850.000
	GTZ	Wiederaufbau und KV in 3 Regionen	600.000
	Diakonie ⁶	Wiederaufbau erdbebenresistenten Wohnraums und Schaffung von Bedingungen zur Reduktion von Risiken in zwei ländlichen Gemeinden	400.000
		Summe Peru 2006 - 2009	1.850.000
Philippinen	GTZ	Stärkung der Vorsorgekapazitäten	500.000
Sudan	DWHH	Überschwemmungsschutz und Wasserkonservierung im Osten	620.000
Tadschikistan	DCV ⁷	Beitrag zum Aufbau im Distrikt Khuroson	220.000
	GTZ	Frühwarnung und KV (mit DRK und UNDP)	2.300.000
		Summa Taschikistan 2006 - 2009	2.520.000
EL ⁸ na ⁹	GTZ	Überregionaler Kleinprojektfonds - KV	1.600.000
	GTZ	Sektorvorhaben: KV in der EZ	300.000
	Weltbank	Einzahlung in den GFDRR, Track 2	6.000.000
		Summe Entwicklungsländer na 2006 - 2009	7.900.000
Gesamt			27.212.038

Quelle: BMZ

¹ Katastrophenvorsorge: KV - Projekte mit überwiegender Ausrichtung auf katastrophenpräventive Maßnahmen² GTZ: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH³ KNH: Kindermothilfe e.V.⁴ DWHH: Deutsche Welthungerhilfe e.V.⁵ Malteser: Malteser Hilfsdienst e.V.⁶ Diakonie: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschland⁷ DCV: Deutscher Caritasverband e.V.⁸ EL: Entwicklungsländer⁹ na: nicht aufteilbar

**Humanitäre Hilfe der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) 2006-2009
nach Empfängerländern (aus Mitteln des AA, BMI, BMZ, der Länder, dritter Staaten und anderen
Quellen)**

Empfängerland	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Afghanistan	2.586.192	1.233.148			3.819.340
China			558.864		558.864
Ghana		73.820	62.759		136.579
Indonesien	6.472.550	1.808.117	1.465.990	46.588	9.793.245
Italien				118.282	118.282
Kosovo	1.237.407				1.237.407
Libanon	177.228	926.982			1.104.210
Liberia	1.003.053	650.598			1.653.650
Myanmar			463.562		463.562
Pakistan	3.170.766	110.251			3.281.016
Senegal				121.950	121.950
Sierra Leone	433.084	500.177	448.969		1.382.229
Sri Lanka	1.844.691				1.844.691
Somalia	223.457				223.457
Sudan	322.002	505.824	686.590	866.297	2.380.713
Uganda		206.026	90.628		296.654
Zypern	63.218				63.218
Gesamtsumme	17.533.648	6.014.942	3.777.362	1.153.117	28.479.069

Quelle: Technisches Hilfswerk

Hilfseinsätze der Bundeswehr im Ausland 2006 – 2009

2006

Einsatzland	Zeitraum	Art der Maßnahme	Summe in €
Pakistan	1.1.2006- 31.3.2006	Erdbebenhilfe Islamabad - Muzafarabad	
		Hilfsmaßnahmen sonstige Kosten, Personal, MatErhalt, BstF u.a.	3.700.000 10.831.994,95
Libanon	21.8.2006 - 21.9.2006	Transport von Hilfsgütern nach Beirut	
		Hilfsflüge	2.894.488,70
		Sonstige Sachkosten	467.052,08
Afghanistan	18.11.2006 - 22.11.2006	Hochwasserhilfe Badghis	
		Einsatzunterstützung mit ISAF-Kräften (15 Soldaten, 2 Hubschrauber, 2 LKW, ohne Personalkosten)	272.185,10
		Gesamt	18.165.720,83

2007

Einsatzland	Zeitraum	Art der Maßnahme	Summe in €
keine Einsätze			

2008

Einsatzland	Zeitraum	Art der Maßnahme	Summe in €
Afghanistan	31.1.2008 - 31.3.2008	Winterhilfe	
		aus Einzelplan 14 Kauf von 6.600 Nahrungsmittelpaketen 6.500 Bundeswehrdecken San	250.000 19.016,00
China	3.6.2008 - 22.6.2008	Erdbebenhilfe	
		80 Einheitszelte mit Zubehör 6 Sold. Aufbaukommando 3,5 Tonnen SanMat	300.000 87.149
		Transport mit 2 AN 124 und 1 Bw A-310	200.000
		Gesamt	856.165

2009

Einsatzland	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Summe in €
keine Einsätze			
Gesamt 2006-2009			19.021.885,83

Quelle: BMVg EFS Eins Berat

Länder	Baden Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen- Anhalt ¹	Schleswig- Holstein	Thüringen	Summe
Litauen	76.521					18.000	500									95.021
Mazedonien	679.932			50.726												730.658
Moldau	108.073															108.073
Rumänien	323.657	810.253		20.000			8.000			2.500						1.164.410
Russische Föderation						143.000			96.325							239.325
Serbien ²																24.122
Slowakei							500									500
Tschechische Republik																1.800
Ukraine									479.500							796.852
Ungarn																10.072
Europa-GUS gesamt	2.129.606	810.253		70.726		179.500	12.500		834.428	2.500	132.269		5.000			4.176.782
Israel							500									10.500
Libanon						2.185										2.185
Palästinensische Gebiete				50.000												
Naher und mittlerer Osten gesamt	10.000			50.000		2.185	500									62.685
Gesamt	2.139.606	870.753		130.726		197.890	2.316.000		885.166	484.000	1.600.360		13.000			8.637.501

Quelle: Länder

¹ Sachspenden, deren nomineller Wert nicht ermittelt wurde, sind nur in Anlage 14 aufgeführt.² bis 2006: Serbien und Montenegro

Baden-Württemberg - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Albanien	0	0	7.142	0	7.142
Armenien	0	0	38.890	48.908	87.798
Bosnien-Herzegowina	0	2.940	2.437	596	5.973
Bulgarien	0	0	94.476	145.407	239.883
Israel	0	0	10.000	0	10.000
Kosovo	0	0	59.000	59.000	118.000
Kroatien	0	0	59.000	11.000	70.000
Lettland	0	0	2.921	1.734	4.655
Litauen	0	0	2.068	74.453	76.521
Mazedonien	0	0	151.850	528.082	679.932
Moldau	0	6.850	40.716	60.507	108.073
Rumänien	0	3.852	77.993	241.812	323.657
Serbien-Montenegro	0	2.709	2.946	18.467	24.122
Tschechien	0	0	0	1.800	1.800
Ukraine	0	23.697	169.056	124.599	317.352
Ungarn	0	0	923	9.149	10.072
Weißrussland	0	4.753	22.735	27.138	54.626
Gesamt	0	44.801	742.153	1.352.652	2.139.606

Quelle: Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg

Bayern – Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Mosambik	0	15.000	0	0	15.000
Rumänien	214.646	206.200	206.200	183.207	810.253
Südafrika	0	22.500	0	0	22.500
Tansania	0	23.000	0	0	23.000
Gesamt	214.646	266.700	206.200	183.207	870.753

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Berlin - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Gesamt	0	0	0		

Quelle: Senatskanzlei des Landes Berlin

Brandenburg - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Burundi			10.000		10.000
Mazedonien		50.726			50.726
Rumänien	20.000				20.000
Palästinensische Gebiete			25.000	25.000	50.000
Gesamt	20.000	50.726	35.000	25.000	130.726

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Brandenburg

Bremen - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
					0
Gesamt	0	0	0	0	0

Quelle: Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Bulgarien	5.500				5.500
Ghana		2.000	4.500		6.500
Kosovo		8.500			8.500
Lettland		4.500			4.500
Libanon	2.185				2.185
Litauen	4.000	9.500		4.500	18.000
Nicaragua	3.790			4.901	8.691
Russische Föderation		23.000	120.000		143.000
Tansania				1.014	1.014
Gesamt	15.475	47.500	124.500	10.415	197.890

Quelle: Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg

Hessen - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Afghanistan		500			500
Bulgarien		500	500		1.000
China			2.299.000		2.299.000
Israel		500			500
Kambodscha		1.000			1.000
Litauen	500				500
Rumänien			8.000		8.000
Slowakei		500			500
Südafrika		2.500			2.500
Weißrussland	1.000	500	500	500	2.500
Gesamt	1.500	6.000	2.308.000	500	2.316.000

Quelle: Staatskanzlei des Landes Hessen

Mecklenburg-Vorpommern - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
					0
Gesamt	0	0	0	0	0

Quelle: Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
China			2.744		2.744
Russische Föderation	5.173	14.328	64.824	12.000	96.325
Südafrika		7.994			7.994
Sudan		20.000		20.000	40.000
Ukraine	267.000	29.000	126.000	57.500	479.500
Weißrussland	45.000	54.000	93.880	65.723	258.603
Gesamt	5.173	42.322	67.568	32.000	147.063

Quelle: Staatskanzlei des Landes Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
China			260.000	209.000	469.000
Ghana		12.500			12.500
Rumänien			2.500		2.500
Gesamt	0	12.500	262.500	209.000	484.000

Quelle: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Sri Lanka	452.511	598.256	417.324		1.468.091
Weißrussland	37.768	32.457	33.285	28.759	132.269
Gesamt	490.279	630.713	450.609	28.759	1.600.360

Quelle: Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz

Saarland - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
					0
Gesamt	0	0	0	0	0

Quelle: Staatskanzlei des Saarlandes

Sachsen - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
					0
Gesamt	0	0	0	0	0

Quelle: Staatskanzlei des Freistaates Sachsen

Sachsen-Anhalt - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
Bulgarien			5.000		5.000
Uganda	8.000				8.000
Rumänien	Sachspenden				0
Indonesien	Sachspenden				0
Gesamt	8.000	0	5.000	0	13.000

Quelle: Staatskanzlei Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
					0
Gesamt	0	0	0	0	0

Quelle: Staatskanzlei Schleswig -Holstein

Thüringen - Humanitäre Hilfe

Länder	2006	2007	2008	2009	2006-2009
					0
Gesamt	0	0	0	0	0

Quelle: Staatskanzlei Thüringen

Humanitäre Hilfe ausgewählter deutscher Hilfsorganisationen 2006 – 2009
Ausgaben für Hilfsprojekte im Ausland

	ADRA ¹	ASB ²	Care ³	Caritas ⁴	DRK ⁵	DWHH ⁶	Diakonie ⁷	HELP ⁸	World Vision ⁹
Gesamt	14.360.488	25.468.759	29.440.902	109.224.056	163.157.000	369.811.424	118.811.929	67.506.035	73.775.804
	ADRA	ASB	Care	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Ägypten					6.000				
Algerien							74.100		
Angola	1.412			612.749	975.000	1.202.276	1.194.431		2.229.011
Äthiopien	870.968		484.288	2.916.437	1.199.000	9.915.459	486.533		712.247
Benin				50.000					
Burkina Faso						2.051.264	95.685	99.346	
Burundi	11.500			5.995.095	980.000	10.486.270	314.179		989.532
Eritrea							286.559		
Gambia		169.318							
Ghana					63.000		64.302		342.566
Guinea				64.500	81.000		95.628		
Guinea-Bissau				866.147					
Kenia	239.943		2.776.118	570.670	4.427.000	21.290.063	1.636.973		1.489.270
Kongo, DR			202.581	13.170.827	1.673.000	43.372.161	6.573.827		1.099.563
Lesotho			241.526		3.527.000				67.373
Liberia				1.380.802	123.000	21.073.862	3.195.994		110.198
Madagaskar			215.545			6.750.491	50.343		
Malawi			419.510		264.000		125.715		59.847
Mali	13.078			409.308	271.000	7.058.934	225.521		
Mauretanien				80.000					9.199
Mosambik		180.124	150.569	2.328.643	1.754.000	7.137.110	2.325.421		606.307
Namibia					1.099.000				
Niger		931.521	371.454	1.191.987	259.000		200.293	5.805.308	108.401
Nigeria					30.000				
Ruanda			658.463	111.076	1.935.000	156.039	37.902	164.914	
Sambia							87.449		
Senegal				20.000	372.000				33.267
Seychellen					424.000				
Sierra Leone				283.609	50.000	4.308.489	85.229		
Simbabwe			2.485.874	754.151	1.040.000	12.292.946	2.339.429	11.918.091	5.260.421
Somalia	2.138.976		1.615.504	1.555.500	6.034.000		10.979.768		857.016
Südafrika				149.300	151.000			18.105	
Sudan	537.313		2.882.018	2.828.775	15.148.000	137.151.997	5.795.578		12.909.262
Swasiland					87.000		100.000		306.244
Tansania				289.954	677.000	76.930			
Togo				204.000	2.351.000				
Tschad		297.638	2.271.196	118.920	61.000		295.773	5.516.796	
Tunesien	20.000								
Uganda	26.492	4.059.953	15.021	2.338.521	970.000	3.085.437	3.606.395	205.142	3.874.861
Zentral-afrikanische Republik					10.000				
Afrika länder-übergreifend				38.042			2.251.786		98.790
Afrika gesamt	3.859.682	5.638.554	14.789.667	38.329.012	46.041.000	287.409.728	42.524.813	23.727.702	31.163.375

Anlage 14

	ADRA	ASB	Care3	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Argentinien	4.125								
Belize					126.000				
Bolivien			181.733	694.920	853.000		115.843		481.760
Brasilien				1.437.287	334.000				
Chile					44.000				
Dominikanische Republik					165.000	49.707	41.608		330.485
Ecuador				1.101.990	34.000	477.011	89.910		
El Salvador			2.521	273.496	339.000		20.873		
Guatemala				400.813	14.000		88.643		17.232
Haiti			10.021	91.800	1.487.000	6.661.211	2.549.294		
Honduras		212.687	8.750	340.616	109.000		83.044		
Jamaika	55.207								
Kolumbien				4.522.497	13.000	1.068.435	7.024.620		
Kuba			10.021	369.974	31.000	9.855.383	20.354		
Mexiko	4.929			381.695			16.794		126.767
Nicaragua		1.117.069	45.643	248.000	12.000	1.238.169	491.707		65.882
Panama					51.000				
Peru	12.047		58.411	2.228.679	2.001.000	1.020.373	817.808	72.642	628.040
USA	96.026		67.000		599.000		1.121.530		
Amerika, länderübergreifend				93.405	130.000		2.137.084		
Amerika gesamt	172.334	1.329.757	384.101	12.185.174	6.342.000	20.370.289	14.619.112	72.642	1.650.166

	ADRA	ASB	Care3	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Afghanistan	926.848		134.595	6.603.344	1.250.000	5.843.566	333.388	3.388.828	1.087.188
Bangladesh	14.780		489.587	2.106.268	2.346.000	18.949	2.499.721	140.103	469.300
China	35.000			2.744.655	4.377.000		486.057		
Indien	3.545.758	68.043	175.021	4.640.656	2.005.000	1.918.928	10.516.187	97.789	497.599
Indonesien	1.373.465	2.213.896	4.255.368	3.315.746	31.535.000	9.683.116	10.697.413	11.476.373	2.165.957
Kambodscha	1.615.976		583.024	107.407	1.001.000	3.817.472			
Korea, DVR				200.000	2.313.000	6.764.421			
Laos			129.557		429.000	1.644.954			
Malediven					3.327.000				
Mongolei				40.000	94.000				77.491
Myanmar		397.654	1.327.131	1.757.047	1.499.000	21.055.575	2.297.128	318.831	1.005.765
Nepal	179.916			430.021	126.000	1.710.000			
Osttimor									514.922
Pakistan	154.467	382.008	834.053	5.285.233	10.410.000		6.280.251	1.015.956	2.726.587
Philippinen	80.000			485.900	741.000	125.418	1.869.928		129.036
Sri Lanka	240.627	9.022.517	1.997.732	1.668.094	27.779.000	6.508.163	7.702.980	5.026.594	7.807
Thailand	447.983		50.021	600.684	212.000	135.838			
Vietnam			1.479.101	341.074	1.200.000		166.527		200.158
Ozeanien				50.000			51.000		
Asien, länderübergreifend			282.820	19.064.008			763.542		27.428.903
Asien, Australien und Ozeanien gesamt	8.614.820	12.084.118	11.738.009	49.440.136	90.644.000	59.226.400	43.664.122	21.464.474	36.310.713

Anlage 14

	ADRA	ASB	Care3	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Albanien	34.300			191.000					
Armenien				50.000	274.000				519.771
Belarus					245.000				
Bosnien und Herzegowina		991.301		354.000	3.000		337.489	1.739.676	
Bulgarien	10.696			466.000	215.000		90.209		
Deutschland	130.857			639.363			7.757.986		
Frankreich				5.655					
Georgien			504.038	745.462			532.019		726.004
Italien					79.000		60.000		
Kasachstan					2.283.000				
Kirgisistan					1.737.000	305.947			
Kosovo			430.632		830.000				
Kroatien	559.103	3.956.402							
Moldau, Republik	36.287			75.626					
Polen					453.000				
Rumänien	12.950		31.680	1.100.508	337.000		486.060		
Russische Föderation	63.104		20.238	1.132.953	283.000		117.606	2.543.073	1.086.860
Serbien ¹⁰	535.691	1.445.628	265.807	259.154	66.000			15.469.347	
Slowakei	3.000		4.071						
Tadschikistan	20.384			471.336	417.000	2.464.997			
Tschechische Republik				130.000	183.000		172.510		
Türkei		23.000		500.118	484.000		10.000		
Ukraine	233.954			80.000	181.000				
Ungarn					19.000				
Usbekistan	2.550				1.822.000	34.063			204.646
Europa, länderübergreifend				81.390			2.502.882		
Europa und GUS gesamt	1.642.876	6.416.331	1.256.467	6.282.566	9.911.000	2.805.007	12.066.761	19.752.096	2.537.281

	ADRA	ASB	Care3	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Irak	3.662		41.902	583.000	735.000		1.009.474	1.387.298	
Iran	62.115		1.159	255.000	4.836.000		1.322.416	2.795	
Israel				255.319			30.000		
Jemen			10.021						
Jordanien				1.083.450	855.000				157.321
Libanon	5.000		28.921	726.400	416.000		221.000	9.670	925.533
Palästinensische Gebiete			1.190.656		3.276.000		859.148		1.031.415
Syrien				84.000	101.000			1.089.358	
Naher und Mittlerer Osten gesamt	70.777		1.272.659	2.987.169	10.219.000		3.442.038	2.489.121	2.114.269
Weltweit gesamt						179.281	2.495.083		

Quelle: eigene Angaben der Hilfsorganisationen

- 1 Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe e.V.
- 2 Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
- 3 CARE Deutschland - Luxemburg e.V. (Cooperative for Assistance and Relief to Everywhere)
- 4 Deutscher Caritas Verband e.V.
- 5 Deutsches Rotes Kreuz
- 6 Deutsche Welthungerhilfe e.V.
- 7 Diakonisches Werk der EKD e.V. - Katastrophenhilfe
- 8 HELP Hilfe zur Selbsthilfe e.V.
- 9 World Vision Deutschland e.V.
- 10 bis 2006: Serbien und Montenegro

Humanitäre Hilfe der Europäischen Union 2006 – 2009
ECHO1 - Regionale Verteilung in Mio. Euro

Regionen	2006	2007	2008	2009	2006-2009	in %
Afrika, Karibik, Pazifik	322,1	418,7	546,8	497,2	1.784,8	54,0%
Europa/GUS	33,0	25,8	20,4	10,3	89,5	2,7%
Asien	86,9	109,8	148,3	193,0	538,0	16,3%
Amerika (ohne Karibik)	18,6	32,1	24,1	16,3	91,1	2,8%
Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika	144,9	99,1	124,9	109,5	478,4	14,4%
Katastrophenvorsorge (DIPECHO ²)	19,0	19,5	32,3	33,4	104,2	3,1%
Sonstiges/Global (einschl. thematischer Schwerpunktfinanzierungen an IOen ³ , Field Support, Evaluierung etc.)	46,5	63,5	39,8	70,7	220,5	6,7%
Summe	671,0	768,5	936,6	930,4	3.306,5	100%

Quelle: ECHO

1 Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Union

2 "Disaster Preparedness and Prevention Programme" von ECHO

3 IKRK, UNHCR, UNICEF, OCHA, WEP u.a.

**Humanitäre Hilfe der Europäischen Union
ECHO-Partnerorganisationen 2006 – 2009**

Partnerorganisationen	2006		2007		2008		2009	
	Betrag	in % der Gesamtsumme	Betrag	in % der Gesamtsumme	Betrag	in % der Gesamtsumme	Betrag	in % der Gesamtsumme
EU-NROen¹:	326.867.175	50,21%	330.480.188	44,62%	354.140.300	40,44%	346.912.953	41,55%
Belgien	6.010.309	0,92%	8.864.156	1,20%	9.094.770	1,04%	12.751.794	1,53%
Dänemark	25.198.365	3,87%	17.241.416	2,33%	22.851.704	2,61%	17.581.431	2,11%
Deutschland	35.265.613	5,42%	32.344.729	4,37%	39.769.525	4,54%	40.441.261	4,84%
Finnland	-	-	-	-	2.232.000	0,25%	1.689.406	0,20%
Frankreich	82.311.868	12,64%	77.332.276	10,44%	78.531.287	8,97%	77.490.342	9,28%
Griechenland	650.000	0,10%	1.676.220	0,23%	250.000	0,03%	1.040.000	0,12%
Großbritannien	76.209.203	11,71%	89.048.002	12,02%	103.069.857	11,77%	102.538.391	12,28%
Irland	7.545.170	1,16%	10.515.187	1,42%	12.216.555	1,39%	10.594.366	1,27%
Italien	29.859.914	4,59%	25.342.327	3,42%	20.579.441	2,35%	17.230.096	2,06%
Luxemburg	-	-	210.000	0,03%	590.000	0,07%	-	-
Niederlande	29.701.952	4,56%	25.754.196	3,48%	26.399.004	3,01%	23.699.325	2,84%
Österreich	9.966.762	1,53%	8.843.114	1,19%	7.405.619	0,85%	10.952.303	1,31%
Polen	450.000	0,07%	1.394.367	0,19%	290.000	0,03%	-	-
Portugal	329.217	0,05%	1.379.519	0,18%	1.714.331	0,19%	439.612	0,05%
Schweden	1.037.000	0,16%	1.133.000	0,15%	2.225.966	0,25%	1.190.000	0,14%
Slowakische Republik	-	-	-	-	-	-	45.000	0,01%
Spanien	21.402.802	3,29%	28.856.679	3,90%	26.020.543	2,97%	28.005.138	3,35%
Tschechische Republik	929.000	0,14%	545.000	0,07%	899.698	0,10%	1.224.488	0,15%
andere NROen¹:	11.314.100	1,73%	23.133.614	3,12%	27.392.091	3,13%	24.367.722	2,92%
Norwegen	7.313.247	1,12%	10.300.443	1,39%	7.780.915	0,89%	9.799.106	1,17%
Schweiz	4.000.853	0,61%	5.333.171	0,72%	11.611.178	1,33%	14.568.616	1,75%
sonstige	-	-	7.500.000	1,01%	7.999.998	0,91%	-	-

Organisationen der VN	242.699.274	37,28%	307.976.859	41,58%	404.395.572	46,18%	311.667.849	37,33%
FAO	13.621.446	2,09%	15.611.623	2,11%	26.355.614	3,01%	22.169.249	2,66%
PAHO	900.000	0,14%	2.355.000	0,32%	1.890.000	0,22%	1.599.719	0,19%
UNCHS-HABITAT	-	-	1.113.068	0,15%	349.783	0,04%	-	-
UNFPA	2.394.859	0,37%	1.104.000	0,15%	330.000	0,04%	802.863	0,10%
UNDP	3.112.400	0,48%	10.287.818	1,39%	5.743.316	0,65%	7.097.251	0,85%
UNESCO	-	-	461.000	0,06%	-	-	-	-
UNESCO	-	-	-	-	-	-	499.891	0,06%
UNHCR	56.771.707	8,72%	49.367.700	6,66%	53.545.034	6,11%	53.544.000	6,41%
UNICEF	26.551.537	4,08%	29.515.529	3,98%	32.572.031	3,72%	39.564.412	4,74%
UNOCHA	11.052.465	1,70%	10.288.295	1,39%	7.335.000	0,84%	12.726.460	1,52%
UNRWA	24.956.793	3,83%	19.981.857	2,70%	38.000.000	4,34%	16.330.000	1,96%
WFP	87.398.572	13,42%	156.334.560	21,11%	228.034.945	26,04%	146.373.762	17,53%
WHO	15.939.495	2,45%	11.556.409	1,56%	10.239.849	1,17%	10.960.242	1,31%
andere internationale Organisationen (einschließlich IKRK, IFRK, IOM)	70.192.630	10,78%	79.085.987	10,68%	89.823.200	10,25%	109.995.190	13,18%
andere ²	-	-	-	-	-	-	41.893.029	5,02%
Gesamt	651.073.179	100,00%	740.676.648	100,00%	875.751.163	100,00%	834.836.743	100,00%

Quelle: ECHO

¹ Nichtregierungsorganisationen einschließlich nationaler Rotkreuzgesellschaften² einschließlich EU-Einrichtungen, Regierungen

Geberstatistik internationaler humanitärer Hilfe des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten des VN- Sekretariats (UN OCHA) - Financial Tracking Service (FTS) - 2006-2009

	2006		2007		2008		2009	
	Betrag in US-Dollar	Rang	Betrag in US-Dollar	Rang	Betrag in US-Dollar	Rang	Betrag in US-Dollar	Rang
Vereinigte Staaten	1.933.525.161	1.	1.876.827.402	1.	3.050.640.743	1.	3.230.311.008	1.
Vereinigtes Königreich	483.090.951	2.	471.075.525	2.	716.512.123	3.	635.544.094	2.
Norwegen	412.180.063	3.	438.762.460	3.	505.685.137	5.	430.401.575	3.
Schweden	371.495.885	4.	376.145.845	5.	620.666.798	4.	423.972.871	4.
Deutschland	192.267.436	10.	240.763.019	7.	356.255.311	9.	405.326.165	5.
Japan	225.555.868	8.	218.149.442	8.	365.938.086	8.	396.851.033	6.
Kanada	246.133.251	7.	309.988.145	6.	444.832.264	7.	389.470.608	7.
Niederlande	354.970.124	5.	395.023.969	4.	470.403.883	6.	322.657.202	8.
Dänemark	197.469.434	9.	175.102.940	12.	278.060.537	10.	209.045.824	9.
Schweiz	264.390.608	6.	217.412.402	9.	147.697.540	14.	208.010.224	10.
Australien	88.857.369	15.	109.371.739	15.	142.303.147	15.	182.358.274	11.
Spanien	71.197.577	17.	149.064.896	13.	135.560.017	16.	166.923.425	12.
Belgien	67.278.445	18.	78.414.476	18.	96.537.374	19.	129.892.949	13.
Irland	132.791.745	11.	191.607.182	11.	207.012.585	12.	124.734.772	14.
Finnland	73.125.025	16.	105.835.926	16.	113.290.370	17.	109.459.356	15.
EU- Kommission	932.429.327		1.070.482.493		1.335.678.173		1.314.615.553	

Geberstatistik des Entwicklungshilfekomitees (DAC) der Organisation für
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) - einschließlich Humanitärer Hilfe 2006-2008

(in Mio. US-Dollar, jeweils laufende Preise und Wechselkurse)

	2006			2007			2008			2009*		
	darin enthalten:			darin enthalten:			darin enthalten:			darin enthalten:		
	ODA ¹	HH ²	Anteil HH/ODA ³	ODA ¹	HH ²	Anteil HH/ODA ³	ODA ¹	HH ²	Anteil HH/ODA ³	ODA ¹	HH ²	Anteil HH/ODA ³
Belgien	1.978	86	4,37%	1.951	92	4,73%	2.386	127	5,32%			
Dänemark	2.236	151	6,75%	2.562	140	5,46%	2.803	169	6,03%			
Deutschland	10.435	357	3,42%	12.291	279	2,27%	13.981	303	2,17%			
Finnland	834	70	8,44%	981	105	10,75%	1.166	82	6,99%			
Frankreich	10.601	48	0,45%	9.884	35	0,36%	10.908	23	0,21%			
Griechenland	424	19	4,54%	501	13	2,53%	703	17	2,44%			
Irland	1.022	87	8,53%	1.192	190	15,94%	1.328	178	13,41%			
Italien	3.641	74	2,03%	3.971	83	2,09%	4.861	119	2,44%			
Luxemburg	291	37	12,71%	376	30	7,98%	415	34	8,15%			
Niederlande	5.452	397	7,28%	6.224	339	5,44%	6.993	403	5,76%			
Österreich	1.498	17	1,13%	1.808	15	0,82%	1.714	44	2,59%			
Portugal	396	7	1,77%	471	1	0,15%	620	1	0,19%			
Schweden	3.955	295	7,46%	4.339	308	7,09%	4.732	365	7,71%			
Spanien	3.814	137	3,60%	5.140	225	4,39%	6.867	431	6,28%			
Vereinigtes Königreich	12.459	855	6,86%	9.849	352	3,57%	11.500	667	5,80%			
Australien	2.123	191	9,00%	2.669	150	5,62%	2.954	299	10,12%			
Japan	11.136	183	1,64%	7.679	95	1,24%	9.579	257	2,68%			
Kanada	3.684	231	6,27%	4.080	275	6,75%	4.785	359	7,50%			
Neuseeland	259	21	8,29%	320	29	9,03%	348	26	7,53%			
Norwegen	2.954	282	9,55%	3.728	355	9,54%	3.963	361	9,11%			
Schweiz	1.646	175	10,66%	1.685	173	10,26%	2.038	165	8,12%			
USA	23.532	3.022	12,84%	21.787	2.994	13,74%	26.842	4.381	16,32%			
DAC-Länder insgesamt	104.370	6.744	6,46%	103.488	6.278	6,07%	121.486	8.811	7,25%			

Quelle: OECD, DAC

¹ Bilaterale und multilaterale staatliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance); Leistungen an fortgeschrittene Entwicklungsländer und Übergangsländer

² sind hierin nicht enthalten; in Deutschland Leistungen des Bundes und der Länder

³ Humanitäre Hilfe gem. DAC-Code 700 – enthält Soforthilfe und entsprechende Dienstleistungen, Wiederaufbauhilfe und -herstellungsmaßnahmen, Katastrophenprävention und -vorsorge

*Anteil Humanitärer Hilfe gem. DAC-Code 700 an der ODA

*Daten für 2009 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vor

Hoher Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)
Wichtigste Geber 2006 – 2009 (in Mio. US-Dollar)

	2006	2007	2008	2009	2006-2009	%
USA	329	367	510	640	1846	33,6%
Europ. Kom.	80	85	130	120	415	7,5%
Japan	75	90	111	111	387	7,0%
Schweden	68	85	85	106	344	6,3%
Niederlande	67	74	105	81	327	5,9%
Norwegen	55	55	61	61	232	4,2%
Dänemark	51	58	56	46	211	3,8%
Großbritannien	52	56	57	42	207	3,8%
Deutschland¹	31	33	49	55	168	3,1%
Kanada	27	35	43	46	151	2,7%
Spanien	28	33	36	38	135	2,5%
Finnland	20	24	27	27	98	1,8%
Schweiz	26	21	25	24	96	1,7%
Australien	13	17	28	33	91	1,7%
Italien	10	19	44	15	88	1,6%
Andere Geber	148	216	164	174	702	12,8%
Insgesamt	1080	1268	1531	1619	5498	100,0%

Quelle: UNHCR

¹ Hierin enthalten sind die freiwilligen nichtzweckgebundenen Beiträge sowie Projektfinanzierungen aus Mitteln des AA und des BMZ

Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP)
Wichtigste Geber 2006 – 2009 (in Mio. US-Dollar)

	2006	2007	2008	2009	2006-2009	%
USA	1.123	1.184	2.076	1.757	6.140	46,1%
Europ. Kom.	266	250	355	344	1.215	9,1%
Kanada	149	161	275	225	810	6,1%
Japan	71	119	178	203	571	4,3%
Saudi Arabien	30	7	504	23	564	4,2%
Großbritannien	100	67	169	128	464	3,5%
Spanien	17	30	117	214	378	2,8%
Deutschland	60	66	101	132	359	2,7%
Niederlande	80	76	117	76	349	2,6%
Australien	61	62	108	81	312	2,3%
Schweden	58	65	82	72	277	2,1%
Dänemark	44	45	57	42	188	1,4%
Norwegen	51	40	53	40	184	1,4%
Italien	12	31	102	30	175	1,3%
Schweiz	34	32	46	39	151	1,1%
Frankreich	25	32	40	23	120	0,9%
Finnland	18	26	28	29	101	0,8%
Belgien	11	18	25	39	93	0,7%
Andere Geber	212	208	235	206	861	6,5%
Insgesamt	2.422	2.519	4.668	3.703	13.312	100,0%

Quelle: WEP

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Wichtigste Geber 2006 – 2009 (in Mio. Schweizer Franken)

	2006	2007	2008	2009 ¹	2006-2009	%
USA	218	205	238	282	943	22,5%
Großbritannien	98	107	139	92	436	10,4%
Europ. Kom.	85	111	129	117	442	10,6%
Schweiz	97	97	103	106	403	9,6%
Schweden	55	79	79	70	283	6,8%
Niederlande	62	73	66	42	243	5,8%
Norwegen	40	38	43	49	170	4,1%
Kanada	29	35	32	39	135	3,2%
Deutschland	22	24	33	31	110	2,6%
Australien	16	14	23	25	78	1,9%
Spanien	15	14	23	23	75	1,8%
Frankreich	14	15	15	18	62	1,5%
Japan	16	10	16	30	72	1,7%
Finnland	12	16	12	13	53	1,3%
Dänemark	12	12	15	11	50	1,2%
Belgien	13	11	14	11	49	1,2%
Irland	8	13	14	11	46	1,1%
Luxemburg	10	13	11	10	44	1,1%
Italien	0	11	18	10	40	0,9%
Andere Geber	121	103	117	109	450	10,7%
Insgesamt	943	1.001	1.139	1.099	4.182	100,00%

Quelle: IKRK

¹ Zahlen für 2009 lagen bei Erstellung des Berichts noch nicht vor

**Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Wichtigste Geber 2006 – 2009 (in Mio. US-Dollar)**

	2006	2007	2008	2009	2006-2009	%
USA	137.000.000	154.150.000	187.008.231	267.959.631	746.117.862	25,4%
Europ. Kom.	143.253.616	133.526.440	176.171.461	227.549.736	680.501.253	23,1%
Schweden	41.188.153	44.713.476	51.568.339	48.576.325	186.046.293	6,3%
Großbritannien	27.088.784	30.648.330	37.518.975	50.194.278	145.450.367	4,9%
Norwegen	25.315.258	36.345.100	35.098.941	39.055.606	135.814.905	4,6%
Kanada	27.727.123	28.481.665	28.052.235	18.889.723	103.150.746	3,5%
Niederlande	18.185.640	4.717.076	31.344.886	28.820.122	83.067.724	2,8%
Spanien	14.461.998	17.036.780	15.531.381	24.356.881	71.387.040	2,4%
Dänemark	13.725.388	13.959.936	18.581.388	19.703.791	65.970.503	2,2%
Japan	13.864.390	15.121.798	14.876.329	17.662.092	61.524.609	2,1%
Schweiz	12.805.360	13.427.547	16.506.030	16.864.623	59.603.560	2,0%
Deutschland	8.301.927	12.506.310	18.456.221	15.708.555	54.973.013	1,9%
Frankreich	11.973.653	12.769.870	13.078.830	11.049.683	48.872.036	1,7%
Italien	2.962.923	11.320.284	16.983.925	9.976.479	41.243.611	1,4%
Finnland	5.146.406	7.024.511	7.009.346	8.550.765	27.731.028	0,9%
Sonstige	66.853.883	38.558.923	123.221.935	201.836.440	430.471.181	14,6%
Insgesamt	569.854.502	574.308.046	791.008.453	1.006.754.730	2.941.925.731	100,0%

Quelle: UNRWA, Pledges to UNRWA (cash and in kind)